

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzeln Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit Aufrichter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1897 unter Nr. 7437.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Kassenprüfer: Aul I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 16. April 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Für die Folter!

Oft schon haben wir darauf hingewiesen, wie der Kapitalismus von dem Augenblick an, wo er die Arbeiterbewegung zu fürchten begann, nicht bloß allen freiheitlichen Bestrebungen feindlich gesinnt ward, sondern auch der Kultur, die nur auf dem Boden der Freiheit gedeihen kann. Wie die französische Bourgeoisie, die vor hundertundacht Jahren die Bastille stürzte, sich nach der Juni-Insurrektion des Jahres 1848 dem Flachkopf und Lumpapuz Louis Bonaparte in die Arme warf und die Sabeldiktatur errichtete, bloß um vor den Arbeitern sicher zu sein; — wie die deutsche Bourgeoisie einen rohen, unwissenden Junker wie Bismarck, der nur den Doppeltakt der rohen Gewalt und des goldenen Kalbs kannte und kennt, zu ihrem Idol machte — das sind Thatsachen, die sich vor unseren und unserer Väter Augen vollzogen haben. Die Verherrlichung des Soldatenwesens und des Krieges, das Schüren des Nationalhasses, die Unterdrückung mißliebiger Meinungen, die Verfolgung, womöglich gar Achtung politischer Gegner, die Wiedereinführung der Todesstrafe, der Ruf nach scharfen Maßnahmen gegen die angebliche Verrohung der Massen — welche in Wirklichkeit darin besteht, daß die Massen nicht mehr wie Leibeigene des Mittelalters behandelt sein wollen — das alles sind Symptome des Rückfalls in die Barbarei, mit welchem der, an seiner inneren Berechtigung zweifelnde, nur noch an die „Blut- und Eisen“-Politik glaubende Kapitalismus die moderne Zivilisation bedroht. Das stärkste Attentat aber auf Zivilisation und Kultur, das in der Neuzeit verübt worden ist, geht von dem „Bund der Landwirthe“ aus, der die Blüthe des agrarischen Junkerthums in sich vereinigt hat. Wer mit dem Bildungsniveau dieser Menschenart einigermaßen vertraut ist, der weiß, daß sie unter allen kapitalistischen Elementen die rücksichtsloseste Geldgier mit dem niedrigsten Maße von Gerechtigkeit vereint. So war es denn nur natürlich, daß die ganze Bestialität des profitwütigen Kapitalismus zuerst von dem „Bund der Landwirthe“ zynisch enthüllt ward. Die „Deutsche Tageszeitung“ des börsenspekulativen Herrn v. Plöb verlangt in einer ihrer letzten Nummern, daß in unser Strafgesetzbuch eingeführt werden, die auch wirklich ab- | chrecken“ sind. Nicht einmal die Körperkerze genügt dem Muster-Plöb. Die Enthauptung ist ja „schmerzlos“! Bald wird er wohl entdecken, daß es ein Vergnügen ist, sich den Kopf elegant abzulegen zu lassen — wie es unseren Soldaten jünger als eine wahre Wonne geschildert ward, wenn ein der Achtmillimeter-Geschosse durch den Körper einer lebenden Kreatur hindurchfliegt.

Und das Zuchthaus oder gar das Gefängnis ist für den Muster- und Junker-Plöb das reinste Paradies.

Der Viehische Bursche — nicht Herr v. Plöb, sondern der Verbrecher, den er zum Gesandten seiner reformatorischen Thätigkeit nehmen will — der Viehische Bursche weiß ganz genau, daß ihn in den meisten Fällen keine andere Strafe trifft als Schmerzlose Enthauptung, ein paar Jahre Zuchthaus oder Gefängnis. Dort wird er auf Staatskosten genährt und gepflegt, und wehe dem Aufseher, der ihm zu nahe tritt. Er ist auf Jahre hindurch der Sorge für sich überhoben. Das ist die Strafe, die ihn erwartet. Ja, er kann sogar noch hoffen, daß er unter Umständen für geistig nicht normal gehalten und in einer Irrenanstalt untergebracht wird, wo er ein noch besseres und freieres Leben führt.

So schreibt, so denkt ein ostelbischer Junker am Ende des neunzehnten Jahrhunderts.

Uebrigens möchten wir dem Herrn v. Plöb doch an die Hand geben, ob das Zuchthaus nicht für ihn und seinesgleichen ein erstrebenswerther Aufenthalt wäre — da werden sie ja nach seiner eigenen Schilderung „auf Staatskosten genährt“ — was ja des preussischen Junkers höchstes Ideal ist — und leben herrlich und in Freuden. Warum tauschen sie nicht mit den Viehischen Burschen? Wir hätten sicherlich nichts dagegen einzuwenden.

Doch weiter, damit wir den Gipfel der Junkerkultur sehen, den unser Geistes der Erde erklimmen hat. „Würde wohl“ — das ist der Schluß, zu dem diese ostelbische Kulturbüchse gelangt.

„Würde wohl der Verbrecher mit derselben Kaltblütigkeit an seine That gehen, wenn er wissen müßte, daß seine Strafe nicht bloß in der schmerzlosen Enthauptung oder in mehrjähriger Freiheitsentziehung, sondern in einer regelmäßig sich wiederholenden eindringlichen und nachhaltig fühlbaren Schmerzregung besteht? Weg doch endlich mit der unseligen Gefäßbluselei!“

Regelmäßig sich wiederholende, und nachhaltig fühlbare Schmerzregung! — Herr von Plöb leidet selber noch an einem Restchen von „unseliger Gefäßbluselei“; sonst würde er schlankweg gesagt haben: Folter.

Die Folter — das ist das letzte Wort dieser Sippe, deren „letzter Grund“ nach dem Spruch eines Fürsten die Kanone ist.

Als neulich die Kunde von der Folterung politischer Gefangener in Spanien durch die europäische Presse ging, da wollte im ersten Moment niemand das Entsetzliche glauben — die Folter in Europa! am Ende des neunzehnten Jahrhunderts! — Das schien unmöglich. Und als die Kunde bestätigt ward, da durchzuckte ein Schauer des Herz jedes Menschen, der werth ist, ein Mensch genannt zu werden.

Und diese spanischen Greuel — das ist das Ideal der Elite des preussischen Junkerthums, das sich die Elite des gesammten Menschengeschlechts dünkt! Der römische Dichter bezeichnete das Höchstmenschliche in dem Vers:

Homo sum nil humani a me alienum puto.
 Ein Mensch bin ich, nichts Menschliches ist mir fremd.

Für Herrn von Plöb und seine Mitjunker muß der Vers umgedichtet werden, so daß er lautet:

Ein Junker bin ich, nichts Unmenschliches ist mir fremd.

Politische Ueberflucht.

Berlin, 15. April.

Zur nationalen Begeisterung unserer Agrarier stimmt recht wenig das Schmunzeln, mit der die „Landwirthschaft schützende“ Presse die folgende Notiz begleitet:

„Mühselig überschreiten über zehntausend russische Feldarbeiter des Weichselgebiets die preussische Grenze, um sich im Auslande als Lohnarbeiter zu verbinden. Da dieselben die hohen Pabgebühren, die für das Überschreiten der Grenze festgesetzt sind, nicht leisten können, so geschieht der Uebergang heimlich. Im Hinblick hierauf hat das russische Ministerium des Innern die Verfügung getroffen, daß den russischen Feldarbeitern in Zukunft kostenfreie Pässe zum Ueberstreiten der Grenze ausgefolgt werden sollen, damit den deutschen Landwirthen das billige Arbeitermaterial nicht entzogen wird.“

Nationale Begeisterung und Bethätigung hört beim Geldbeutel auf. Die Seite der Nationalpolitik und die wichtigste, daß man durch gute Zustände, Freiheit der Interessenvertretung, würdige Arbeitsverhältnisse, anständige Löhne die heimischen Arbeiter dem Vaterlande erhalte, ist unseren Agrariern immer fremd geblieben. Fordern deutsche Arbeiter einen Erhöhen Lohnhöhe, dann mögen sie über's Wasser gehen und zur Hebung der nordamerikanischen Landwirtschaft beitragen, wenn nur die Grenzen offen sind, daß anspruchlos, mit jedem Lohne, mit der elendesten Behandlung zufrieden, an die Herrschaft der Krute und die stärkste Ausbeutung gewöhnte slavische Arbeitermassen in beliebiger Zahl zur Verfügung stehen. Nationale Politik, die sich darauf beschränkt, daß für die nachgeborenen Söhne genug Offiziers- und Landrathstellen geschaffen werden und daß der nationale Getreidepreis hochgehalten werde, die ist bei unseren Agrariern zu finden. Aber Opfer zu bringen für wahrhaft nationale Aufgaben, liegt niemandem ferner als dem ostelbischen Junkerthume. —

Das Ober-Verwaltungsgericht im Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Eine Lokart, die gewiß bei allen Interessenten der heute noch bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung das lebhafteste Entzücken hervorruft, schlägt ein Erkenntnis des Disziplinarsenats vom 29. Januar an, welches zu Ruh und Frommen gemeiner Christenheit in der amtlichen Berliner Korrespondenz Köllerschen Ursprungs ans Tageslicht gefördert wird. Das Dokument von unserer Seite in Größe lautet:

„Ein Beamter, zumal ein Polizeivormalter, versteht die Pflichten seines Amtes und zeigt sich zugleich des Vertrauens, das sein Beruf erfordert, unwürdig, wenn er die Bestrebungen einer politischen Partei, welche die Grundlagen der bestehenden Rechts- und Staatsordnung grundtätig bekämpft, bewußt unterstützt oder fördert. Die sozialdemokratische Partei, welche notorisch die Grundlagen der bestehenden Rechts- und Staatsordnung grundtätig bekämpft und, wofern sie die Macht zur Verwirklichung ihrer Ziele hätte, bis zu deren Erreichung auf gesetzmäßigem Wege schwerklich warten würde, ist bemüht, Anhänger bei der ihr noch fern stehenden ländlichen Bevölkerung zu gewinnen, indem sie bei derselben Unzufriedenheit mit ihrer Lage zu erregen und dadurch den sozialdemokratischen Ideen Eingang zu verschaffen sucht.“

Diesem Zwecke dienen die Versammlungen, welche die sozialdemokratischen Agitatoren auf dem Lande veranstalten. Daran folgt, daß es einem Beamten nicht gestattet ist, derartige Versammlungen irgend wie zu unterstützen oder zu fördern. Das gilt zwar nicht von der vorgängigen Genehmigung, die nach Maßgabe des Gesetzes nur unter bestimmten Voraussetzungen versagt werden darf, wenn diese nach dem Ermessen des Beamten nicht vorliegen, wohl aber von der Ueberlassung einer im Privateigenthume des Beamten stehenden, seiner Verfügung unterliegenden Ortschaftlichkeit zur Abhaltung der Versammlung. Denn damit fördert er ohne jeden gesetzlichen Zwang freiwillig deren Abhaltung und unterläßt es nicht bloß, wie die Berufungsschrift unzutreffend ausführt, Privatverhältnisse zur Verhinderung der Versammlung zu benutzen. Der Angeschuldigte will die Hergabe seines Waldes für „nebensächlich“ gehalten haben; aber er mußte wissen, daß er durch Ueberlassung eines tauglichen Platzes für die Versammlung die sozialdemokratische Agitation thätlich förderte, und daß dies mit seiner Amtspflicht unvereinbar war. Ob sich, wie der Angeschuldigte meint, die der Zusammenberufung nachgekommenen Personen sonst vielleicht zu einer Versammlung nach N. N. begeben haben würden, kommt nicht in Betracht, weil er ihnen darum gleichwohl nicht die Theilnahme an einer sozialdemokratischen Versammlung dadurch hätte erleichtern sollen, daß er seinen Grund und Boden zur Verfügung stellte. Die Ueberlassung eines geheimen Agitationsortes für schädlicher als eine die Möglichkeit der Widerlegung durch Gegenrede darbietende öffentliche, so durfte er doch auch die letztere Form der sozialdemokratischen Agitation nicht begünstigen. . . .

Bei Abmessung der Strafe war zu erwägen, daß in der Ausbreitung der sozialdemokratischen Gesinnung unter der ländlichen Bevölkerung eine große Gefahr für Staat und Gesellschaft liegt. Jede Begünstigung dieser Ausbreitung von seiten eines Beamten muß daher auf das strengste geahndet werden. . . .“

Soweit aus diesem Gerichtskenntnis ersichtlich, scheint der Beamte, der sich derart grauenvoll vergangen hat, ein ehelicher Idealist gewesen zu sein, der, weit entfernt davon, mit der Sozialdemokratie zu sympathisiren, muthig die Gelegenheit ergreifen wollte, die heiligsten Güter der Nation, Gott, König und Vaterland, einmal im eigenen Revier gegen die vermaledeite Pötte in Schutz zu nehmen. Das Gerichtskenntnis ist aber über derartige schaurige Ideen erhaben und spricht unverblümt aus, daß diese Art der Bekämpfung die sozialdemokratische Agitation begünstige. Das ist ein so werthvolles Eingeständnis der Unbesiegbarkeit unserer Ideen und der Auglosigkeit ihrer Bekämpfung mit „geistigen Waffen“, daß unsere Parteigenossen sich schwerlich das neue, ihnen von höchster Gerichtsstelle gelieferte Agitationsmaterial entgehen lassen werden. Die nächsten Wahlen werden aber auch dem Theil unserer Feinde, der es noch nicht weiß, keinen Wein darüber einschenken, daß außer dem Kampfe mit geistigen Waffen auch der normale Polizeikampf die Ausbreitung unserer Lehren befördert. Wird das Ober-Verwaltungsgericht dann Gelegenheit bekommen, die ganze preussische Polizei disziplinarisch abzustrafen? —

„Internationale Völker-Verbrüderungsfeste“ will ein „Verein für internationale Friedensjustiz“ veranstalten, wie ein uns vorliegender Aufruf besagt. Der Zweck des Vereins wie der geplanten Völker-Verbrüderungsfeste ist die Gründung einer regelmäßigen „obligatorischen Friedensjustiz mit entsprechender Exekutive“. Das ist ja sehr schön und ebenso probat wie das berühmte Rezept, daß man dem Spatz Salz auf den Schwanz streuen muß, um ihn sicher zu fangen.

Wie die „Friedensjustiz“, soweit sie heutzutage möglich ist, in Wirklichkeit aussieht, zeigt das samose „europäische Konzert“, welches jetzt in Thätigkeit ist. Das dieses verschiedene Leute, die noch an die Weisheit der Weltregierenden glauben, um den Verstand gebracht hat, ist übrigens nicht zum Verwundern.

Das erste der „Verbrüderungsfeste“ soll nächsten September in Berlin stattfinden — da werden wir ja wohl Näheres hören. —

Im Orient hat sich seit gestern nichts an der Situation geändert: Nach einer der „Politischen Korrespondenzen“ aus Athen zur gehenden Meldung soll der griechische Ministerpräsident Deljanis folgende Aeußerungen gethan haben: Die griechische Regierung, so ungefähr sagte Deljanis, befaßt sich angeblich nicht ausschließlich mit der Kreta-Frage, welche durch die Kretenser selbst werde entschieden werden, indem diese die Mächte zur Erfüllung ihrer Forderungen zwingen würden; sie richte vielmehr die Aufmerksamkeit auf die Frage betreffend die Griechenland durch den Berliner Vertrag zugewiesene Grenzlinie, auf welche Griechenland einen unbestreitbaren Anspruch besitze. In dieser Beziehung habe das Athener Kabinet Unterhandlungen eingeleitet und beabsichtige, das beanspruchte Grenzgebiet, falls die Türkei dasselbe freiwillig nicht räumen würde, durch griechische Truppen besetzen zu lassen. Die Verbeißung einer Erhebung in dem jenseits der Grenzlinie gelegenen Theile Makedoniens halte die griechische Regierung vorläufig nicht für opportun und werde hierzu nur im Falle der äußersten Nothwendigkeit schreiten, um eine möglichst weitgreifende Konflagration auf der Balkanhalbinsel hervorzurufen.

Mittwoch trat die griechische Deputirtenkammer wieder zusammen. Ueber die Sitzung liegt folgende Meldung vor: Die Tribünen sind überfüllt. Ministerpräsident Deljanis legt einen Gesetzentwurf betreffend die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 25 Millionen Drachmen für Ausgaben des Kriegs- und des Marine-Ministeriums vor und empfiehlt die Annahme des Budgets. Redner giebt hierauf einen geschichtlichen Ueberblick über den Gang der äußeren Politik und erklärt, die Mächte hätten bisher über die Vorschläge Griechenlands zur friedlichen Lösung der kretensischen Frage in keiner Weise ihre Ansicht kundgegeben. Der Ministerpräsident betont sodann das Recht der Kreten, ihr Geschick selbst zu gestalten. Trotz allem bewahre Griechenland die Hoffnung, daß die Mächte die friedliche Lösung annehmen werden. Die Lage an der griechisch-türkischen Grenze sei nicht durch Griechenland geschaffen, sondern durch die selbstsame Politik des Nachbarlandes, der durch seine eiligen Rüstungen Griechenland gezwungen habe, ein Heer aufzustellen, welches im Stande sei, den Umständen die Spitze zu bieten, sowie die Interessen und die Ehre des Vaterlandes zu verteidigen. (Bewegung.) Die Regierung sei nach Möglichkeit bestrebt, die Unvollkommenheiten des eilig zusammengezogenen Heeres auszugleichen, und hoffe, daß in einigen Tagen alle Lücken ausgefüllt sein werden, und das Heer im Stande sein werde, seine Pflicht zu erfüllen. (Lebhafte Beifall im Hause und auf den Tribünen.) Hall erklärt im Namen der Opposition, angesichts der gegenwärtigen Umstände dürfe die Kammer nicht in die Berathung des Budgets eintreten. Der Ministerpräsident ist damit einverstanden und erklärt, er werde morgen einen Gesetzentwurf betreffend die Bewilligung drei provisorischer Zwölftel dem Hause vorlegen. Hieraus wird die Sitzung aufgehoben. —

Aus Athen wird der „Neuen Freien Presse“ gemeldet, daß das Verhalten der Engländer und Russen auf Kreta in der griechischen Hauptstadt Beunruhigung hervorzurufen beginne. Dieselben schienen sich auf ein dauerndes Verbleiben auf Kreta vorzubereiten. Das Benehmen gegenüber der einheimischen Bevölkerung habe sich völlig verändert. Die Türken würden bei jeder Gelegenheit brüskirt, den Christen aber werde nach Möglichkeit Vorhieb geleistet; auch erhielten dieselben reichliche Geldmittel. Das Bombardement seitens der russischen und englischen Kriegsschiffe habe gänzlich aufgehört. Die beiden Mächte schienen weitgehende Pläne zu verfolgen, die mit der Passivisirung Kreta wenig zu thun haben. Der Glaube an die Unzweckmäßigkeit der englischen Politik sei völlig geschwunden.

Aus Athen wird ferner gemeldet: Die Türken haben das Korps unter Sipriani's Leitung bei Grevena umzingelt. 2000 Freiwillige sind bemüht, die Eingeschlossenen zu befreien.

Ravea, 15. April. (Meldung der „Agence Havas“.) Die Aufständischen haben mit den österreichischen Truppen einige Schiffe gemischt. — In der Umgebung von Geraklion finden lebhafteste Kämpfe statt.

Athen, 15. April. Deputirtenkammer. Karapanos fragt an, ob die Nachricht von direkten Verhandlungen zwischen Griechenland und der Türkei über Kreta richtig sei, und ob es wahr sei, daß ein derartiges Einvernehmen durch die zwischenkunft einer Großmacht verhindert wurde. Minister

präsident Delany erwiderte, die Einleitung von Unterhandlungen sei auf bloß halbamtlichem Wege erfolgt; die Nachricht, daß irgend eine Großmacht ein direktes Einmischen zu verhindern suchte, stellte der Minister entschieden in Abrede.

Die Kammer genehmigte die Militärcrédite in erster Lesung.

Zweischonik. Aus Kiel wird uns geschrieben: Auf die Dauer eines halben Jahres heurathet worden ist der Amtsrichter Clausen in Apenrade, der bekanntlich vor einiger Zeit von seinem Kollegen Lindemann zum Zweikampfe herausgefordert wurde, die Forderung aber ablehnte und seinen Kollegen bei der Staatsanwaltschaft denunzierte. Es wäre fastlich an der Zeit, einmal beim Justizminister anzufragen, wer den Urlaub des Amtsrichters Clausen eigentlich verfügt hat. Die Thatsache selbst ist jedenfalls äußerst charakteristisch.

Deutsches Reich.

Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe ist nach Paris gereist. Wie weit ihn private Interessen oder Fragen der auswärtigen Politik, speziell die Entwicklung der orientalischen Frage zu dieser Reise veranlaßt haben, läßt sich noch nicht feststellen.

Die Konvertirung der vierprozentigen Reichsanleihe ist völlig geblüht. Die „Berl. Corr.“ schreibt:

Infolge der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 12. März d. Js., betreffend die Umwandlung der vierprozentigen Reichsanleihe in eine dreieinhalbprozentige, sind Anträge auf Baarzahlung des Kapitalbetrages nicht eingetragen, so daß es einer Kündigung nach den §§ 1 und 12 des Konvertirungsgesetzes vom 8. März 1897 überhaupt nicht bedarf.

Diese Mitteilung beweist, wie berechtigt die Forderung der Sozialdemokraten war, die Reichsanleihe sofort in dreiprozentige zu konvertieren. So haben die Steuerzahler bisher das Geld für die Bezahlung zu hoher Zinsen aufgebracht und Unstighin werden sie es auch thun.

Das nothleidende Kapital kann sich bei uns nicht über mangelnden Schutz beklagen.

Die Vereinsgesetz-Novelle soll nach Information verschiedener Blätter schon in den nächsten Tagen dem Abgeordnetenhaus zugehen.

Der ersten Ausfahrt Bismarck's, nach seiner Krankheit, widmen die „Hamburger Nachrichten“ einen Leitartikel in auffallendster Schrift. Ebenso auffallend ist der — Stil des Artikels.

Das Wolff'sche Telegraphen-Bureau hat allen Anlaß, für größere Zuverlässigkeit seiner Nachrichten zu sorgen. Auch nach der Entlassung des Postrats, de Grahl sind bewußt unrichtige Angaben an die Presse, und zwar in bezug auf die Todesart des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin gesandt worden. Ist das Bureau mehr höfische Dementirungsanstalt oder Nachrichtenbureau?

Frankfurt a. M., 15. April. In der gestrigen Sitzung des „Frankfurter Journalisten- und Schriftsteller-Vereins“ nahm der Vorstand, der zugleich den Vorsitz im Verbands deutscher Journalisten- und Schriftsteller-Vereine führt und als solcher den im Juni nach Leipzig einuberufenen Journalistentag zu leiten hat, Veranlassung, auf die Mittheilungen auswärtiger Blätter einzugehen, wonach der König von Sachsen das Protektorat über den diesjährigen Tag übernommen habe, unter der Bedingung, daß politische Erörterungen bei den Verhandlungen ausgeschlossen seien. Der Vorstand gab daraufhin die Erklärung ab, daß der Verein „Leipziger Presse“, der die lokalen Vorbereitungen zum Journalistentag übernommen habe, ohne Wissen des Verbandsvorstandes die Verhandlungen wegen Uebernahme des Protektorates durch den König von Sachsen einleitete und führte und auch jene Bedingungen akzeptierte. Dem Vorstande sei erst das fertige Resultat der Verhandlungen mitgeteilt worden mit dem Serjichen um Zustimmung. Der Vorstand trat daraufhin am 9. April zu einer Beratung zusammen, deren Ergebnis war, daß der Vorsitzende beauftragt wurde, gegen das unbedingte, eigenmächtige Vorgehen des Leipziger Vereines energig zu protestieren. Der Vorstand behielt sich weitere Maßregeln vor bis nach Eintreffen einer Antwort aus Leipzig. Der Frankfurter Verein nahm diese Mitteilung zur Kenntnis und sprach in einer Resolution die Erwartung aus, daß sein Vorstand als Verbands-Vorstand jeden Versuch energig ablehne, der auf eine Beschränkung der Verhandlungen des allgemeinen Journalisten- und Schriftstellertages abziele.

Die nationalliberale Partei hat als Kandidaten für die Reichstags-Erwahl in Wiesbaden den Stadtrat Partin aufgestellt, der die Kandidatur auch angenommen hat. Die „Nat.-Ztg.“ hofft, daß die Kandidatur auch von den Konservativen und der freisinnigen Vereinigung unterstützt werden wird.

Köln, 14. April. (Sig. Ber.) Das Berliner Telegraphenbureau hat mit seiner Meldung über die Unterschlagung in der Lese-gesellschaft Unglück gehabt. Der Vorhändler der Lese-gesellschaft, Dr. Albert Bachem, ist Redakteur der „Kölnischen Zeitung“, nicht der „Kölnischen Volks-Zeitung“. Die „Lese-gesellschaft“ ist eine nationalliberale Gesellschaft. Die „Köln. Volks-Zeitung“ gehört J. P. Bachem. Dieser sowohl als Dr. Karl Bachem und Rechts-anwalt Julius Bachem stehen mit Dr. Albert Bachem nur in einem sehr entfernten Verwandtschaftsverhältnis. Dieselben sind sonst politische Gegner. Außer den 97 000 M. fehlt auch ein Ausweis über 60 000 M. des Weintontes.

Zu der bekannten Unterschlagung des Kassiers der Lese-gesellschaft wird gemeldet, daß die Gesellschaft beschloffen hat, von einem Strafmandat abzusehen. Es wurde des weiteren eine fünf-gliedrige Kommission eingesetzt, die den Auftrag hat, die Sachlage auf das genaueste zu untersuchen. Inzwischen verfügte indes der Staatsanwalt die Verhaftung des Kassiers und ordnete angeblich ein Verhör der anderen Vorstandsmitglieder an. Wie verlautet, sollen bei den gerichtlichen Verhandlungen mannigfache Ueber-raschungen bevorstehen.

Hamburg, 15. April. (Sig. Ber.) Der Prozeß gegen den Genossen Stengel vom „Hamburger Echo“ wegen Verleumdung des Königs der Belgier, in dem Verhandlungstermin auf den 21. April vor der Strafkammer II des Hamburger Landgerichts angehängt war, ist auf Antrag der Verteidigung vertagt worden. Genosse Stengel will für die in den beiden inkriminierten Artikeln über den König der Belgier aufgestellten Behauptungen den Wahrheitsbeweis erbringen. Um das Beweismaterial zu beschaffen, hatte er den Antrag auf Vertagung stellen lassen. Bis jetzt sind als Zeugen benannt verschiedene Beamte des Zivilkabinetts des Königs Leopold und außerdem ist beantragt, den belgischen Abgeordneten Eugen Verloz zur Hauptverhandlung zu laden. So weit sich die Sache überblicken läßt, verspricht der Prozeß sehr interessant zu werden. Jedenfalls wird das Ansehen des Königs der Belgier durch den Prozeß in deutschen Landen nicht allzusehr gehoben werden.

Hans Blum's Abschied vom Rechtsanwaltsstande. Der ehemalige Student der unveräußerlichen Menschen-rechte, Sozialphilosoph und sachverständige Uebersetzer Dr. Hans Blum wurde am 27. Oktober v. J. vom Obergericht der sächsischen Anwalts-kammer wegen pflichtwidrigen Verhaltens bei Abrechnungen und wegen Gebührensüberhebungen aus dem Rechtsanwaltsstande ausgeschlossen. Blum verkündete damals in seinem Leibzügen „Leipziger Neueste Nachrichten“, daß er gegen dieses Urtheil beim Obergericht des Reichsgerichts Berufung einlegen würde. Die Trauben scheinen aber sehr sauer gewesen zu sein, denn der Präsi-dent des Landgerichts Leipzig veröffentlicht folgende Bekanntmachung im Amtsblatt:

Der Rechtsanwalt Dr. Johann Georg Maximilian Blum in Leipzig hat die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft aufgegeben und

ist in Folge dessen in der Anwaltsliste des unterzeichneten Land-gerichts gelöscht worden.

Leipzig, den 18. April 1897.

Königliches Landgericht.

Dr. Hagen.

Dölling.

Sollte die Berufung lediglich die Mafste sein, um dann „frei-willig“ die Rechtsanwaltschaft aufzugeben?

Niederhasslau (Sachsen), 14. April. (Sig. Ber.) Der Kampf unserer Gemeindevertretung gegen die ihr entgegenstehende Aufsichts-behörde ist in ein neues Stadium getreten. Die Gemeindeverordneten beschloffen, das Gehalt des Standesbeamten zu verweigern, welches bekanntlich in Sachsen dann von der Gemeinde zu tragen ist, wenn dieses Amt von einem Gemeindebeamten versehen wird. — Die Ver-treter der Gemeinde beschloffen ferner, den ganzen Ort abzulehnen, falls die Aufsichtsbehörde auch fernerhin den Willen der Häufschstel-Mehrheit der Einwohner nicht respektieren sollte. — Zweifellos ist, daß die Amtshauptmannschaft Zwidau nunmehr den Gemeinderath auflösen wird, der Ausfall der Neuwahlen dürfte ihr ja dann zeigen, daß nahezu alle Einwohner von Niederhasslau hinter ihren Ver-tretern stehen. —

Bei der Landtags-Erwahl in Herbst verdrängten die Konservativen die Liberalen. —

In Anhaltischen Landtage ward am Montag die zweite Lesung eines neuen anhaltischen Gerichts-Gesetzes ohne erhebliche Debatte erledigt. Neu ist in dem neuen Gesetz die solidarische Haftung der Kostenschuldner, deren Nichtvorhandensein der Staatskasse bisher wesentliche Einbußen gebracht hat und deren Einführung über zahlreiche Bezirke also noch mehr Unglück bringen wird als bisher. Im übrigen sind nur geringe Änderungen erfolgt.

Die Vorlage betr. das Dienstlohn der Volksschullehrer ward in dritter Lesung endgiltig angenommen. Statt 84 950 M., welche die Staatsregierung für die Neuregelung der Gehälter verlangte, sind nunmehr 112 700 M. bewilligt worden. In Staats-Einkommensteuer wurden 15 Einheiten bemittelt. Eine Petition von 62 Gemeinde-Kirchenräthen des Landes, betr. Befreiung der Kirchen von der Besteuerung der Pfarrgüter, wurde mit Uebergang zur Tagesordnung erledigt. —

Oesterreich.

Lueger's Wahl zum Bürgermeister von Wien hat die kaiserliche Behörde erhalten. Für die feierliche Einführung in das Amt bereiten Antisemiten, Christlich-Soziale und Meritale große Demonstrationen vor. —

Schweiz.

Basel, 14. April. (Sig. Ber.) Für die am 25. April statt-findende Erwählung in den Regierungsrath an stelle des zum Bundesrath gewählten Herrn Dr. Brenner haben die Ver-trauensmänner der sozialdemokratischen Partei den Genossen Nationalrath Wulschleger als Kandidaten aufgestellt.

Frankreich.

Paris, 15. April. Gerücheweise verlautet, der in die Panama-Affäre verwickelte ehemalige Deputirte Plantou sei verhaftet worden. — In verschiedenen Finanzinstituten wurden polizeiliche Nachforschungen betreffs der Geldeinlagen einzelner kompromittirter Parlamentarier angestellt. —

Belgien.

Brüssel, 15. April. Der Führer der katholischen Mehrheit in der Kammer, Woeste, bekämpfte gestern den Antrag der Christlich-Sozialen Dhans und Rankin betreffs Einführung der Schulpflicht in Belgien. Woeste erklärte, vor dem Oktober müsse das Schulgesetz von 1896 revidirt und der Religions-unterricht für alle Schulen obligatorisch sein.

Italien.

Die Deputirtenkammer vertagte sich bis zum 4. Mai. Aus der letzten Sitzung ist die Bemerkung des Ackerbauinnehmers Grafen Guiccardini hervorzuheben, daß die Regierung die Frage der Anwendung des von dem amerikanischen Senate noch nicht genehmigten neuen Tarifes der Vereinigten Staaten von Nordamerika einer Prüfung unterziehe, und nicht ermangeln werde, eventuell zweck-dienliche diplomatische Schritte zu unternehmen. —

Afrika.

Nigrit, 15. April. Wie es heißt, hätte der Sultan von Marokko infolge der Streitigkeiten unter den marokkanischen Stämmen an der Grenze, welche die Entsendung zweier Schwadronen französischer Jäger nothwendig machten, die Missionen mobil gemacht, welche auf Uddja vorrücken sollen. Man besirchtet Un-ruh, welche das Einschreiten französischer Truppen erheischen könnten.

Brätorja, 14. April. In der Klagesache der „Argus Company“ gegen die Regierung von Transvaal wegen ungesetzlichen Verbots der Umländer-Zeitung „The Johannesburg Star“ wurde heute das Urtheil gefällt. Der oberste Gerichtshof entschied zu gunsten des Klägers einschließlich der Kosten, und erklärte, es liege nicht in der Macht des Präsidenten, irgend welche Nummern irgend einer Zeitung vor dem Erscheinen zu unterdrücken. — Der „Star“ erscheint heute wieder. —

Amerika.

Der kubanische Aufstand ist noch lange nicht zu Ende, die Prophezeiungen der spanischen Regierung haben sich wieder einmal nicht bewahrheitet.

Nach einer Drahtmeldung aus Havanna landete der Dampfer „Lauraba“ Freischärler unter Führung Koloff's bei Banos in der Nähe von Gibara (Provinz Santiago de Cuba). Die Ausländischen besetzten Banos. —

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Die Kupferschmiede beschloffen heiligen Blättermeldungen zu-folge, in allen Geschäften, wo Kupfersäuren, getriebene Sachen u. s. w. hergestellt werden, eine Lohnerhöhung von 12 1/2 pCt. zu fordern.

Achtung, Zimmerer! Bei dem Zimmermeister Pillekuss, Gneisenaustr. 62 sind gestern 14 Mann wegen Verweigerung von Ueberstunden entlassen worden. Die Bauten an der Oberbaum-Brücke sind deshalb so lange zu meiden, bis die Verhandlungen ihren Abschluß gefunden haben. Die Lohnkommission der Berliner Zimmerleute.

Achtung, Zimmerer! Die Differenzen bei dem Bauunter-nehmer Gerde in Zehlendorf sind zu gunsten der Arbeiter beendet. Die Lohnkommission.

Die „Deutschnationalen Handlungsgehilfen“ halten am Ostermontag einen Verbandstag ab. Als Dielame erscheint in der „Deutschen Tageszeitung“ folgende Notiz: „Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, die einzige kaufmännische Vereinigung, in der nur Handlungsgehilfen Stimmrecht besitzen, und die trotz der kurzen Zeit ihres Bestehens und aller Anfeindungen seitens der übrigen kaufmännischen Vereine stets zu allen, die Handlungsgehilfen inter-essierenden Fragen energig Stellung nahm, hält am Oster-sonntag in den Viktoria-Sälen, Leipzigerstraße 134, seinen 2. Verbandstag ab.“

Daß die deutsch-nationalen Handlungsgehilfen die einzigen wären, in deren Verband nur Handlungsgehilfen Stimmrecht hätten, ist Renommisterei, und von ihrem Eifer ist der Mitwelt bisher wenig bekannt geworden. Kurz, die Reklame ist ganz im Geschmack der goldenen Hundertjahr gehalten! —

Deutsches Reich.

In Rathenow haben 6 Zimmerer des Meisters Wilhelm Gädling die Arbeit niedergelegt, weil er ihnen den geforderten

Stundenlohn von 83 Pf. nicht zahlen will. Der Meister sucht durch Annoncen in Berliner Blättern andere Arbeitskräfte. Dem gegen-über wird von seiten der Arbeiter gebeten, den Zugang von Zimmerern nach Rathenow bis auf weiteres fernzuhalten.

Aus Luckenwalde wird uns geschrieben: Die Lohnbewegung der Holzarbeiter verläuft überaus günstig. Am 14. April haben mehrere ausschlaggebende Versammlungen die Forderungen bewilligt und es wird nunmehr ein leichtes sein, die noch ausstehenden Kleinmeister ebenfalls zur Bewilligung zu bewegen. Die Forderungen betreffen zehnjährige Arbeitszeit und 10 pCt. Lohnzuschlag.

Die Tischler Stettins beschloffen in einer Versammlung mit 401 gegen 75 Stimmen den Generalstreik.

Die Tischler in Rostock haben folgende Forderungen auf-gestellt: Stundenlohn 83 Pf., Ueberstunden 85 Pf.; Sicherung des vereinbarten Lohnes bei Akkordarbeit; die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 58 Stunden (Montags und Sonnabends je eine Stunde weniger wie bisher); Lohnzahlung am Freitag; Anschaffung von Lohnbüchern.

Die Forderungen sind der Innung unterbreitet worden und diese hat die Bewilligung abgelehnt. Es sollen nun sämtlichen einzelnen Meistern die Forderungen mit dem Ersuchen vorgelegt werden, sich bis Sonnabend zu erklären. Bei einer Ablehnung wird es zum Ausstand kommen, weshalb der Zugang nach Rostock fern-zuhalten ist.

Die Zimmerer Riels beschloffen in einer Versammlung, sich mit den streikenden Tischlern solidarisch zu erklären. Aus solchen Gründen gemahregelte Zimmerer erhalten von ihrem Ver-bande pro Tag 2,50 M. Unterstützung. Der Streik dürfte noch weitere Dimensionen annehmen, da ein Meister seine Bewilligung der Forderungen der Tischler zurückgezogen hat. Bis jetzt streiken 140 Mann.

Aus Hamburg wird uns geschrieben: Die hiesige Staats-anwaltschaft ist jetzt bei allen Strafkammern des Hamburger Land-gerichts mit ihrem Versuch, den § 153 der Gewerbe-Ordnung noch weiter zu interpretieren, als das vom Reichsgericht schon geschehen ist, abgeblüht. Sie hatte, wie das während des Hasenarbeiterstreiks des öfteren mitgeteilt wurde, in allen den Fällen Anklage aus § 153 der Gewerbe-Ordnung erhoben, wo irgend eine Gewerkschaft einzelne ihrer Mitglieder ausschloß, weil sie den streikenden Hasenarbeitern in den Rücken gefallen waren. Außerdem waren alle diejenigen — einerlei ob Streikende oder Nichtstreikende — aus § 153 G. O. angeklagt, die in öffentlichen oder Mitgliederversammlungen von Arbeitern aller Art während des Streiks Namen von Streikbrechern bekannt gegeben hatten. Sämtliche Abteilungen des Schöffengerichts erkannten in allen diesen Fällen auf Verurtheilung, und zwar wurde durchweg auf ein sehr hohes Strafmaß erkannt. Gegen diese Urtheile wurde Berufung eingelegt, und zwar, wie sich jetzt gezeigt hat, mit Erfolg. Die letzte der vier Strafkammern des Landgerichts erkannte am 13. April gegen den Widerspruch der Staatsanwaltschaft in zwei ver-urteilten Sachen auf Aufhebung der schöffengerichtlichen Urtheile und sofortige Freisprechung der Angeklagten. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird sich die Anklagebehörde aber damit noch nicht zufrieden geben, sondern an das kaiserliche Ober-Landesgericht gehen, hoffentlich mit demselben „Glück“ wie bei der Berufungsinstanz.

Außer mehreren hundert früheren Staatsqual-Arbeitern haben so ziemlich alle am Ausstand befindlichen Hasen-arbeiter wieder Beschäftigung gefunden, wenn sie auch mit den Betrieben wechseln mußten. Streikbrecher sind nur noch verschwindend wenige im und am Hasen beschäftigt. Die endgiltig Gemahregelten müssen noch immer allwöchentlich mit einer kleinen Summe Geldes unterstützt werden, jedoch wird ihre Zahl stets geringer. Die Enquete der Senatskommission geht ihren langsamen Gang weiter, ohne bisher etwas Handgreifliches gezeitigt zu haben. Auch mit der Anstellung eines Haseninspektors hat es noch gute Wege.

Die Tischler Hameled in der Provinz Hannover streiken im Streik.

In Halle a. S. ist in der Schuhfabrik von Hale ein Streik ausgebrochen. Eine Einigung ist wahrscheinlich. Ferner brach ein Streik aus in der Armaturenfabrik von Hagegier. Hier wird es wahrscheinlich zu keiner Einigung kommen, weil den Differenzen eine sehr starke Lohnreduktion zu grunde liegt.

Die Tischler in Erfurt sind in einen allgemeinen Ausstand eingetreten und haben folgende Forderungen gestellt: Verlängerung der Arbeitszeit auf 10 Stunden, Erhöhung des Wochenlohnes um 10 pCt., Erhöhung des Akkordlohnes um 15 pCt. Für Sonn- und Feiertags- sowie Ueberstundenarbeit Lohnzuschlag von 33 1/2 pCt. Von einigen Meistern war auf die Unterbreitung dieser Forderungen eine fünfprozentige Lohnerhöhung, entsprechende Normirung der Akkordrate, zehnjährige Arbeitszeit und 10 pCt. für Ueberstunden und Sonntagsarbeit zugestimmt worden. Die Lohnerhöhung sollte nur da eintreten, wo in den letzten Jahren keine Verbesserung erfolgt ist. In einer Versammlung der Holzarbeiter wurden diese Zugeständnisse besonders auch im Hinblick auf die geringe Zahl der Unterschriften für ungenügend erklärt und der Ausstand be-schloffen.

Die sächsische Textilarbeiter-Konferenz, die am 1. Oster-feiertag in Meerane abgehalten werden sollte, aber wegen der Wahl dieses Tages verboten worden war, wird nun am 8. Oster-feiertag abgehalten.

In Leipzig hat der Bund der Bau-Arbeitgeber es abgelehnt, die zwischen ihm und den Maurern und Zimmerern bestehenden Differenzen durch Schiedspruch des Gewerbegerichts als Einigungsamt erledigen zu lassen. Ueber die Natur der Differenzen theilt die „Leipz. Volksztg.“ das folgende mit:

Der Streik dreht sich um die Verlängerung der Arbeits-zeit. Die Bauunternehmer boten, da die früheren Tarif-abmachungen mit dem 1. April d. J. abließen und um den Be-stand nach einer Verlängerung der Arbeitszeit den Bind aus den Segeln zu nehmen, freiwillig eine Erhöhung des Stundenlohnes von 45 auf 48 Pf. an, wollten jedoch bei dieser Entlohnung unterscheiden zwischen rüstigen und jugendlichen oder altersschwachen Gesellen. Für die beiden letzteren Kategorien wollten die Unternehmer nur 43 Pf. Stundenlohn zahlen. Die Arbeiter erklärten sich bereit, für die Dauer eines Jahres auf das Angebot der Unternehmer bei der bisherigen 10stündigen Arbeitszeit unter der Bedingung einzugehen, daß vom 1. April 1898 ab die 9stündige Arbeitszeit bei einem Stundenlohn von 52 Pf. für rüstige Gesellen bewilligt werde. Diese Bedingung lehnten die Unternehmer ab und bekehrten darauf, daß sich die Arbeiter schon jetzt für das Jahr 1898 festlegten und auf die Verlängerung der Arbeitszeit verzichten sollten. Die öffent-lichen Arbeiterversammlungen lehnten das ab, beschloffen aber, einen zweiten Versuch zur Einigung durch die Anrufung des Gewerbe-gerichts zu unternehmen. Auch dieser Versuch, zu einem Ausgleich des Differenzpunktes zu gelangen, ist an der starren Ablehnung der Unternehmer gescheitert.

Die streikenden Arbeiterinnen der Wäschereien in Neu-Nienburg in Posen beschloffen auf Anrufen des Reichstags-Abgeordneten Sch midt aus Frankfurt a. M., das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen, um durch dessen Spruch eine einbe-ittliche Regelung der Arbeitsbedingungen zu erlangen. 60 Arbeiterinnen haben ihre Forderungen bereits bewilligt bekommen.

In Stuttgart ist der Streik der Forme der Häufker-schen Gießerei durch Vermittelung des Gewerbegerichts als Einigungsamt beendet. Er hat fast fünf Monate gedauert. Die beiderseits akzeptirten Bedingungen sind: In Zukunft wird zehn Stunden gearbeitet. Wird Ueberzeitarbeit vom Geschäft verlangt, dann ist ein Zuschlag von 25 pCt. zu zahlen. Dem seitbrigen Materialmangel wird Herr Häufker abhelfen. Die Preise sollen den ordentlichen Gesellen entsprechend geregelt und dem Arbeiter von Uebernahme einer Arbeit mitgeteilt werden. Maßregelungen wegen des Streiks dürfen nicht vorgenommen werden. Herr Häufker

wird nach Maßgabe der einlaufenden Aufträge in erster Linie die vor Ausbruch des Streiks bei ihm beschäftigt gewesenem Arbeiter wieder einstellen. Sind diese eingestellt oder anderweit in Arbeit getreten, hat Herr Häusler das Recht, sich andere Kräfte zu suchen.

Der von den Zentrumspartrioten ins Leben gerufene bayerische Eisenbahner-Verband hält an den beiden Osterfeiertagen in München eine außerordentliche Generalversammlung ab, auf welcher die Statuten, die bekanntlich dem Herrn Generaldirektor v. Obermayer zu „erheblichen Bedenken“ Anlaß gegeben haben, eine entsprechende Abänderung erfahren sollen. Man schreibt uns darüber: Der bevorstehende Umsatz der Mäcker des Verbandes ist bereits von den zentrumpatriotischen Abgeordneten Lehrer Wörle in Augsburg und Dr. Pichler in Passau vorbereitet worden, indem diese beiden Herren am letzten Sonntag den Eisenbahn-Arbeitern vorredeten, daß sie stets bereit seien, die berechtigten Forderungen des Verbandes fördern zu helfen, daß es jedoch sehr schwer sei, alle Forderungen zu erfüllen. Der Verband müsse sich daher zunächst vorzüglich darauf beschränken, die Einsetzung von Arbeiterausschüssen, einen Ausschuss aus der Staatskasse an die Arbeiter-Versorgungs- und Befriedigung und Regelung der vordringlichsten Forderungen in bezug auf Lohn und Arbeitszeit zu erreichen. Nach diesen Leistungen der beiden „Arbeiterfreunde“ dürften selbst dem vertrauensvollsten Eisenbahner die Augen darüber aufgehen, daß das Zentrum den ganzen Schwundel nur inszeniert hat, um Stimmensfang für die nächsten Wahlen zu treiben, daß es ihm aber mit der jetzt plötzlich zur Schau getragenen Fürsorge für die Eisenbahner nicht im geringsten ernst ist, sondern daß es vielmehr dieselben nur nachführen und in gewohnter Weise dann schmählich verrathen wird.

Prozeß Kofchemann und Genossen.

Elbenter Tag.

Neue Entlastungszeugen.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichtsdirektor Rieck theilt Rechtsanwalt Dr. Schöps mit: Es ist bei ihm ein Brief eingetroffen, in dem zwei Personen namhaft gemacht werden, die bei dem Fest in Weihensee mit dem Zeugen Kräuße an einem Tische gesessen und am Abend auch Kofchemann draußen gesehen haben wollen. Er wolle, so sagt der Verteidiger hinzu, nichts thun, um den Gang der Verhandlung irgendwie zu verzögern, wenn aber solche Zeugen zu erreichen seien, so halte er es doch für seine Pflicht, sie herbeizuschaffen. Die beiden Zeugen heißen Schloffer Jaworski, der in Martinsfelden arbeitet, und Gärtler Julius Heidebrand, der nicht mehr bei Ludwig Löwe in Arbeit ist. Der Vorsitzende erklärt, daß bei nochmaliger Annahme der Beweisaufnahme leider die Hoffnung, die Verhandlungen heute zu beenden, ausgeschlossen sei, daß aber wohl der Versuch gemacht werden müsse, diese Zeugen sofort herbeizuschaffen. Der Staatsanwalt ist hiermit einverstanden. — Rechtsanwalt Werthauer beantragt, da sich die Sache nun doch noch verzögere, auch einen Kaufmann Schifftan aus der Oranienstraße zu laden, welcher bekunden werde, daß der Schreibfachverständige Altrichter in einem Falle auch ein ziemlich bestimmtes Gutachten abgegeben habe, dieses aber bald widerrufen mußte. Der Gerichtshof beschließt, die genannten Zeugen sofort durch besondere Boten beziehungsweise den Fernsprecher herbeizuholen zu lassen und der Vorsitzende verlegt die Verhandlung auf 1 1/2 Stunden.

Um 11 1/2 Uhr nimmt der Vorsitzende die Verhandlungen wieder auf.

Der Zeuge Schloffer Joseph.

Es wird zunächst ein vom Staatsanwalt gestellter Zeuge, Schloffer Carl Joseph, vernommen. Es ist derjenige, der den vom Verteidiger erwählten Brief an diesen geschrieben hat. Er arbeitet bei Löwe in Martinsfelden und will gestern von seinem Kollegen Jaworski gehört haben, daß dieser am 29. Juni 1895 in Weihensee Kofchemann gesehen habe. — Präsi.: Ist Ihnen nicht bekannt, daß damals die sogenannten zielbewußten organisierten Arbeiter beschlossen hatten, sich nicht an dem Fest in Weihensee zu beteiligen? — Zeuge: Es ist wohl so etwas gesprochen worden, doch ich kann mich nicht mehr genau darauf erinnern. — Präsi.: Gehören Sie irgend einer politischen Partei an und welcher? — Zeuge: Ich bin Sozialdemokrat. — Präsi.: Wissen Sie, welcher Parteirichtung Jaworski angehört? — Zeuge: Nein; ich weiß nur, daß er sehr religiös ist.

Zeuge Schloffer Jaworski, der schon seit 5 Jahren bei Löwe arbeitet, glaubt sich mit Bestimmtheit zu erinnern, daß er auf dem Feste in Weihensee den Kofchemann an seinem Tische habe vorbeigesehen. Es mochte nach 8 Uhr gewesen sein, jedenfalls sei es vor dem Fackelzuge gewesen. Kofchemann habe zwar damals noch nicht lange in der Fabrik gearbeitet, er glaube aber nicht, sich in seiner Person zu irren. — Präsi.: Wie kommt es, daß Sie sich heute, nach beinahe zwei Jahren und obgleich Sie doch seiner Zeit nicht wissen konnten, das es irgendwie darauf ankomme, noch erinnern, unter den Tausenden von Menschen, die an jenem Abend in Weihensee an Ihrem Tisch vorbeigegangen sein werden, gerade den Kofchemann gesehen zu haben? — Zeuge: Ich glaube, mich mit Bestimmtheit erinnern zu können. — Präsi.: Welcher Parteirichtung gehören Sie an? — Zeuge: Der Zentrumspartri. — Auf nochmaliges Befragen des Vorsitzenden giebt der Zeuge die in Frage kommende Zeit auf 8 bis 9 Uhr an.

Der Werth eines Handschriften-Gutachtens.

Der nochmals ausgesessene Sekretär Altrichter giebt auf Befragen zu, daß er sich vor etwa fünf Jahren einmal in einer Sache, bei welcher ein Herr Schifftan beteiligt gewesen, sich mit seinem Gutachten geirrt habe. Er habe damals ohne jede Vorbereitung begutachten sollen, ob ein Angeklagter gewisse Handbemerkungen, die sich auf einem Briefe befanden, geschrieben habe oder nicht. Er habe die Frage bejaht. Darauf habe sich ein im Zuhörerraum des Gerichtssaales anwesender Freund des Angeklagten als Schreiber der Handglossen gemeldet und er habe unter den obwaltenden Umständen sein Gutachten zurücknehmen müssen. Dabei sei nicht außer acht zu lassen, daß bei Angehörigen derselben Berufszweige manchmal Nehmlichkeiten in der Schrift vorkommen (1) und es auch nicht ausgeschlossen war, daß damals der Angeklagte bei der Schriftprobe absichtlich die Schriftzüge der Handglossen nachgeahmt hat.

Auf weitere Beweisaufnahme wird hierauf allseitig verzichtet.

Der Vorsitzende verliest die von ihm entworfenen 25 Schuldfragen, unter denen sich auch solche wegen Beihilfe, Begünstigung und Mitwisserschaft befinden.

Der Hinterschatz des Staatsanwalts.

Hieraus nimmt Staatsanwalt Kanjow das Wort: Meine Herren Geschworenen! Wir stehen am Schlusse langwieriger und erschöpfender Verhandlungen. Was gesehen konnte, um eine Aufklärung des Thatbestandes und der Thäterchaft beizubringen, ist gesehen, und es liegt nicht an dem Gerichtshof, noch der Verteidiger, noch an mir, wenn irgend etwas in dieser Beziehung unterlassen sein sollte. Ich als Staatsanwalt habe nach Gesetz und Gewissen die Pflicht, objektiv alles vorzutragen, nicht nur was belastend, sondern auch was entlastend für die Angeklagten ist. Ich habe schon neulich keinen Anstand genommen, zu erklären, daß gegen sämtliche Angeklagte bei der derzeitigen Sachlage ein erdrückendes Material nicht beigebracht worden ist, und ich werde das Beweismaterial sachlich und ruhig prüfen. Leicht wird mir diese Aufgabe nicht, schon wenn ich die beiden Hauptpersonen, die hier in Frage kommen, berücksichtige. Da ist auf der einen Seite derjenige, der das Opfer des Anschlages werden sollte: der Polizei-Oberst Krause. Sie haben selbst diese symmetrische, ehrbare Persönlichkeit gesehen. Dieser Mann hat sich von der Pike auf emporgearbeitet, das kann ihm aber doch nur zum

Ruhme und zur höchsten Ehre gereichen, wie dies ja auch bei dem verstorbenen Unterstaatssekretär Stephan der Fall war. Bei uns in Vaterlande ist es ja noch immer möglich, durch eisernen Fleiß zu den höchsten Stellen zu gelangen, und das ist gut, denn es ist immer gut, wenn alle Stände durcheinandergelien und immer neues Blut in die Verwaltungen kommt. Auf der anderen Seite steht Kofchemann. Er stammt aus guter Familie. Sie haben den alten, ehrwürdigen, mit Kriegsdienstjahren geschmückten Vater Kofchemann gesehen und werden nun fragen, wie ist es möglich, daß der Sohn eines solchen Mannes unter der Anklage des Mordversuches stehen kann — des Mordversuchs gegen einen Mann, der ihm niemals etwas zu Leide gethan hat? Die Erklärung liegt nicht so fern. Der große Franzose Zaine, der uns die französische Revolution erst so recht hat verstehen gelehrt, hat einmal von dem Jakobinerthum der Zwanzigjährigen gesprochen. So ein junger Mensch, der gar keine eigene Lebenserfahrung und gar keinen historischen Sinn hat, der kommt hinaus in die Welt und gerät in Kreise, in denen jede Autorität untergraben, in welchen die Erziehung zur Ehrfurcht, die nach Goethe das wichtigste ist, mit Füßen getreten wird. Kofchemann ist schon mit jungen Jahren weit in der Welt herumgekommen, der Giftstoff ist ihm überall in der Welt zugezogen, besonders durch die Moh'che „Freiheit“. Das sagt genug! Reif sein ist alles, sagt Shakespeare, und denke man, wie es in dem Kopfe eines solchen unreifen, phantastischen Menschen aussehen muß, wie da der Größenwahn und die Verleumdungssucht Platz nimmt und zum Massen-, Klassen- und Rassenhaß führt, wie ein solcher junger Mensch innerlich vergiftet werden muß. Der objektive Thatbestand ist ziemlich einfach, weit schwieriger ist die Frage:

Wer ist der Thäter?

Hände über Hände sind über diese Frage zusammen geschrieben worden. Alle entlassenen Schulleute sind geprüft worden, ohne Erfolg und wenn man bedenkt, daß selbst entlassene Beamte dem Polizei-Oberst Krause das Zeugnis ausgestellt haben, daß er zwar streng aber gerecht ist, so ist es unwahrscheinlich, daß ein entlassener Polizeibeamter in Frage kommt, ebensowenig die Familie des Oberst Krause. Gegen das Vorliegen eines persönlichen Nachsatzes spricht auch die Thatsache, daß die Wederuhr auf 1/11 Uhr gestellt war, um diese Zeit aber am Sonntag der Oberst Krause regelmäßig zur Kirche zu gehen pflegt. Es liegt eine anarchistische Schreckenslist vor! Während die Sozialdemokratie proklamirt hat, daß sie nur gesetzmäßige Widerstand leistet, kämpft die Anarchie mit allen Mitteln, die ihr in die Hände fallen. Es giebt ja verschiedene Gruppen von Anarchisten, aber zweifellos ist es, daß es auch eine ganz bestimmte Richtung darunter giebt, die Anhänger der Propaganda der That sind. So verrückt es ist, so glauben diese Leute, daß es ihren Zwecken dienlich ist, wenn sie die bürgerliche Gesellschaft hin und wieder in Angst und Schrecken setzen und damit von ihrem Tafein Kunde geben. Wenn sie im Auslande einen Kavachol haben, so haben wir hier einen Kheinsberg (soll wohl heißen: Neindorf, D. R.), welcher die Früsten und das Niederwald-Denkmal in die Luft sprengen wollte. Wir haben vom Kriminalkommissar Bösel gehört, daß wir unter den Berliner Anarchisten Leute haben, die vor keiner That zurückschrecken. Natürlich muß es Aufgabe der Polizei sein, den friedlichen Bürger zu schützen und Verbrechern zu verhaften. Westphal und Kofchemann standen bei der Polizei im Verdacht, daß sie Anarchisten der energiegeltesten Art seien, und durch das Ergebnis der Hausdurchsuchungen, sowie durch andere Umstände ist dieser Verdacht vollumfänglich bestätigt worden. Man fand bei beiden gravirende Schriften, bei Kofchemann die „Freiheit“ von Most, direkt aus New-York bezogen, bei Westphal einen ganzen Jahrgang der „Autonomie“. Kofchemann hat ferner die Bluttriefende und zu Verbrechern auffordernde Schrift „Gretchen und Helene“ vertrieben und ist dieserhalb bestraft worden. Also zugetragen ist diesen beiden Angeklagten sicher die That, die ihnen zur Last gelegt wurde. Nun hieß es zuerst in der Presse und anderwärts, es sei eine Frau in Männerkleidern gewesen. Ich glaube nicht daran. Ich meine, es ist eine Mannsperson gewesen, welche einen frauenartigen Eindruck machte. Nun frage ich Sie, meine Herren Geschworenen, thut dies nicht Kofchemann?

Kofchemann hat auffallend breite Hüften, einen trappelnden Gang und das mädchenhafte Gesicht, welches er heute noch zeigt, war vor zwei Jahren gewiß noch mädchenhafter. Dazu kommt, daß die Riste 26 Pfund schwer war; ein solches Gewicht konnte ein schwaches weibliches Geschöpf nicht tragen. Wenn wir nur die Zeugnisaussagen derjenigen Personen vergleichen, welche die verdächtige Person in Fürstenualde und diejenige, die sie auf dem Schießhause gesehen haben, so muß man zu dem Schlusse kommen, daß diese Personen identisch waren. Kennzeichnend ist die Handbewegung Kofchemann's, wenn er sich die Haare zurückstößt. Und übereinstimmend sagen die Zeuginnen, welche für dergleichen Sachen doch eine scharfe Beobachtungsgabe haben „das ist er!“ als er ihnen durch den Untersuchungsrichter vorgeführt wurde. Man berücksichtige ferner, daß Kofchemann die Sache lange vorher in allen Einzelheiten durchdacht und dann mit großem Raffinement durchgeführt hat, natürlich ist es nicht so leicht, ihm auf allen seinen Wegen zu folgen und sein Thun bei diesem Verbrechen zu entlarven. Dazu gehört ein sorgfältiges und maßsames Zusammenfassen aller verdächtigen Momente und der Nachweis, daß der vorbereitete Alibiweis mißlungen ist.

Der Angeklagte hat ja zwei Zeuginnen auftreten lassen, die auf Scheinend zu seinen Gunsten ausgesagt haben, ich erinnere aber daran, in welchen persönlichen Beziehungen diese Zeuginnen zu Westphal standen und erinnere an die

Reineidstaktik der Anarchisten.

Die Beobachtungen des Barbiers Bäuer und seiner Ehefrau sind gewiß mit bestem Wissen von ihnen wiedergegeben worden, es ist aber nicht ausgeschlossen, daß sie sich irren. Es ist bezeichnend, daß Kofchemann und Westphal bei dem Barbier Bäuer mit Nachdruck von dem „Judenflinten“-Fest gesprochen haben; sie wollten wahrscheinlich hiermit dem Barbier ein Stichwort beibringen, damit er sich später noch besinnen könnte, daß sie an jenem Tage nach Weihensee gehen wollten. Doch Kofchemann nicht um 7 Uhr bei Bäuer's gewesen sein kann, geht schon einfach daraus hervor, daß Kofchemann's eigene Entlastungszeugen behauptet haben, er sei schon gegen 6 Uhr in Weihensee gewesen. Dann kann er nicht um 7 Uhr bei Bäuer's gewesen sein! Der Staatsanwalt giebt dann eingehend die einzelnen Zeugnisaussagen durch, die sich auf die Zeitabschnitte des 29. Juni 1895, auf die Anwesenheit Kofchemann's in Weihensee etc. beziehen und er zeigt, daß sowohl in den Angaben Kofchemann's, als auch in den Bekundungen der Zeugen, die ihn gesehen haben, erhebliche Widersprüche festzunageln seien. Kofchemann hat offenbar seinen Alibiweis von vornherein sehr schlau sich zusammengestellt. Niemand bestreitet, daß Kofchemann am Abend des 29. Juni 1895 in Weihensee war — es fragt sich bloß, zu welcher Zeit. — Der Zug fährt um 8 Uhr 55 Minuten vom Schießhause Bahnhof nach Weihensee, von da sind es nur 10 Minuten bis zu Sterneder. Dies ist festzubalten. Die Aussagen der Zeugen, die den Kofchemann draußen gesehen haben wollen, sind doch zu unbestimmt, um darauf etwas zu geben. Der Alibiweis ist mißlungen! Und dann die Hauptsache:

Wo ist Kofchemann am 29. Juni vormittags gewesen?

Er behauptet fleiß und fest: bei Gärtler's. Frau Gärtler verneint dies aufs entschiedenste. Hat Frau Gärtler, die in intimem Freundschaftsverhältnisse zu Kofchemann stand, die liebevoll für ihn eingeklebt hat, irgend ein Interesse daran, Kofchemann hinzuzulegen? Nimmermehr! Dann bedenken Sie die Art der Zusammenstellung der Riste. Kofchemann ist ein geschickter Mechaniker. Der Sachverständige hat zwar gesagt, ein Mechaniker würde es anders gemacht haben, ich bin aber anderer Ansicht und dann: kann nicht ein Mechaniker ganz absichtlich irgend etwas an der Riste ungeschickt und kunstwidrig gemacht haben, gerade um den Verdacht auf einem Mechaniker abzu-

lenken? Nun kommt die Schrift der Adresse. Ich erkläre, daß ich von der Kunst der Graphologie nur insoweit etwas halte, als sich jeder einzelne von den Nehmlichkeiten oder Unähnlichkeiten von Schriftzügen überzeugen kann. Aber das steht doch fest, daß in der Schreibart Kofchemann's manche große Nehmlichkeiten mit der Schrift auf der Adresse zu finden sind. Endlich kommt die Frage der Wederuhr. Ich meine doch, daß Kofchemann der Käufer des Waders in Königs-Busterhausen gewesen ist. Er wird vom Uhrmacher nach seinem Namen gefragt, seinen richtigen darf er nicht nennen, so giebt er den Namen Kurte an, der denselben Anfangsbuchstaben hat wie der Name Kofchemann. Ein kleines Zeichen, aber es giebt zu denken. Kofchemann stellt dann die Behauptung auf, er habe gehört, daß ein Schankwirth Kräger einen Wader gekauft habe und wahrscheinlich mit ihm verwechselt werde. Kräger wird vernommen, es zeigt sich, daß er nie einen Wader gekauft hat. Wer derartige Klischee zu seiner Entlastung anwendet, der kann sich nicht unschuldig fühlen, ein Unschuldiger beschränkt sich darauf zu sagen „ich war es nicht!“ Gewiesen ist ferner, daß Kofchemann wiederholt auf die Polizei und besonders auf den Polizei-Obersten Krause geschimpft und sich nach dessen Bureaustunden erkundigt hat. Es hängt viel davon ab,

ob man dem Zeugen Brede Glauben schenkt,

oder nicht. Ich halte ihn für glaubwürdig. Er erhält das beste Zeugnis von seiner Behörde und er sagt sofort dem Schutzmann: „auf eine Belohnung verzichte ich.“ Er hat den Vater des Angeklagten Kofchemann vor dem Letzteren gewarnt, er sagt: „Hüten Sie Ihren Sohn, er ist auf Abwegen, er ist Anarchist!“ So handelt kein Mann, der im Solde der Polizei steht, wie man ihn von gewisser Seite hinstellen möchte. — Nun sehe man sich ferner den Apparat an, den Kofchemann als ein Lautenwerk für Nerzte bezeichnet. Ich behaupte, daß dies eine Ausrede ist, das angebliche Lautenwerk ist eine Maschinerie, die in ihrem ganzen System dem Attentatapparat ähnlich ist. Wenn bei jemandem ein Dietrich gefunden wird, muß er sich gefallen lassen, daß er für einen Dieb gehalten wird, bis er den Nachweis vom Gegenteil erbringt. Die That hatte den Angeklagten aber doch gepakt, in der Nacht zum 30. Juni kam er nicht nach Hause und ebenso wenig am ganzen folgenden Tage. Dies läßt auf ein böses Gewissen schließen. Und wie viele Widersprüche sind ihm nachzuweisen! Bei seiner Vernehmung durch den Präsidenten erklärt er gerade heraus, „ich kenne Westphal nicht!“ Bald darauf sagt er bei einem anderen Punkt: „Ich ging mit meinem Freunde . . .“ Da stockt er, beinahe hätte er den Namen „Westphal“ ausgestoßen. Er sagte auch einmal, die Riste ist ja gar nicht an den Polizei-Obersten Krause, sondern an den Obersten Krause adressirt“. Ich behaupte, daß dieser

Mangel in der Adresse

absichtlich herbeigeführt wurde, um den Anschein zu erwecken, als gebe das Attentat von einer Privatperson aus. Alles Berechnung. Vor dem Untersuchungsrichter hat Kofchemann erklärt, daß er keine Anträge zu stellen habe, um die Glaubwürdigkeit des Zeugen Brede zu erschüttern. In seinem Kaffiser erklärt Kofchemann: „Brede muß bei seiner Behörde verdächtigt werden.“ Und richtig, bald trifft bei den Vorgesetzten Brede's ein anonymes Brief ein, worin derselbe beschuldigt wird, Wäcker aus der königlichen Bibliothek unterschlagen zu haben. So handelt kein Unschuldiger. Ich komme also zu dem Schlusse: Kofchemann ist der Absender der Riste, er hat das Attentat auf den Polizei-Oberst Krause selbst ausführen wollen, er ist schuldig zu sprechen! Mindestens aber ist er schuldig zu befinden, Beihilfe zu dem Verbrechen geleistet zu haben. Was nun

die übrigen Angeklagten

betrifft, so liegt gegen Westphal nicht so schwer belastendes Material vor, ich bin aber doch überzeugt, daß er seine Hand mit im Spiele hat. Er ist auch Anhänger der Propaganda der That, er ist mit Kofchemann eng befreundet, beide haben sich häufig besucht und gegen ihn spricht folgender schwer wiegende Moment: er hat behauptet, er habe sich am 29. Juni nicht von Kofchemann getrennt. Das ist als wahrheitswidrig nachgewiesen worden, er ist nicht mit Kofchemann in Weihensee gewesen. Ferner ist belastend für ihn, daß er gesagt hat, der Plan, ein „Lautenwerk für Nerzte zu konstruieren“ sei von ihm ausgegangen. Nicht aufricht erhalten kann ich die frühere Behauptung der Auflage, daß er mit Kofchemann die Erlangliste gemeinschaftlich angefertigt hat. Das ist nicht erwiesen, dagegen ist nachgewiesen, daß Westphal Kofchemann bei dem Verbrechen geholfen und ihm die Hilfe vorher zugesagt hat. Für Frau Westphal und den Angeklagten Weyer hat sich die Verhandlung günstiger gestaltet. Zwar sind sie auch Besucher des Spätschen Diskursclubs, aber es ist nicht erwiesen, daß sie um das Verbrechen gewußt haben. Gegen sie beantrage ich die Freisprechung. Frau Gärtler erscheint mir ganz zweifellos für überführt, dem Kofchemann ihre Hilfe geleistet zu haben. Dagegen ist sie der Majestätsbeleidigung nicht für schuldig zu erachten. Danach wären die einzelnen Fragen zu beantworten. Ich habe nach bestem Wissen und Gewissen gesprochen — fällen Sie, meine Herren Geschworenen, Ihren Spruch nach bestem Wissen und Gewissen, dann wird dem Rechte Genüge geleistet sein.

Die Verteidigung.

Rechtsanwalt Dr. Werthauer: Das Beweismaterial ist so schwach, daß die Verteidigung, die den Stoff unter sich vertheilt hat, sich ziemlich kurz fassen kann, um die Herren Geschworenen von der Nothwendigkeit eines freisprechenden Wahrspruchs zu überzeugen. Vieles von dem, was anfänglich belastend erschien, hat sich in der Verhandlung als ganz unverbächtig und wenig belastend herausgestellt. Nach den Ergebnissen der Beweisaufnahme darf man ohne weiteres behaupten: es ist erwiesen, daß Kofchemann nicht der Thäter ist. Kein Mensch hat gesehen, daß er irgend etwas mit der verhängnisvollen Riste zu thun gehabt hat, die Anklagebehörde operirt mit seiner positiven Thatfache, sondern lediglich mit Indizien. Das ist so mit dieser Verhandlung wie in einer Premiere, wo man vier Akte hindurch allerlei Dinge an sich vorbeiziehen sieht und wo man beim Fallen des Vorhanges ganz erstaunt stehen bleibt, in der Meinung, daß der Haupteffekt nun erst kommen soll. Auch bei dieser Verhandlung kann man nach dem, was sieben Tage hindurch vorgeführt wurde, sich schließlich erlauben fragen, was denn nun eigentlich bewiesen worden ist. Nichts, gar nichts! Die Herren Geschworenen können vielleicht sagen: es ist hier etwas Dunkles gesehen, wer es aber gethan, ist uns auch heute noch verborgen. Es ist keine Spur von Beweis dafür erbracht, daß es sich hier um ein anarchistisches Attentat handelt, der versuchte negative Beweis, daß kein Akt persönlicher Rache vorliege, läßt doch nach seiner Richtung hin ausweichen. Kofchemann behauptet, daß hier ein Akt politischer Spionagemisdehandlung vorliege. Ich halte das für Wahnsinn, denn ich glaube Herrn Kriminalkommissar Bösel aufs Wort, daß die Polizei sich dies Attentat nicht selbst bestellt hat. Ich gehe sogar soweit, daß ich mit dem Staatsanwalt annehme: es ist ein anarchistisches Attentat, aber keineswegs von Kofchemann ausgehend, sondern von auswärtigen Anarchisten ausgehend. Ich erinnere daran, daß vor längerer Zeit einmal ein russischer Nihilist Zwanoff verhaftet worden war, der vielleicht mit der Sache in Zusammenhang stehen könnte, denn er ist in Kopenhagen, in Paris und in Berlin gesehen worden, 1894 sind in Paris Bomben geworfen worden und es ist bezeichnend, daß in der Riste eine Zeitungsummer der „Cote libre“ vom 22. August 1894 und der „Frankfurter Oder-Zeitung“ vom 23. August 1894 gefunden worden ist. Damals ist Kofchemann noch nicht hier gewesen. Es läßt sich nicht von der Hand weisen, daß diese Riste im anarchistischen Lager im Auslande gefertigt, schon 1894 in der Hauptsache hergerichtet und vielleicht erst 1896 noch im letzten Theile vollendet und nach Berlin geschickt worden ist. Man möge doch auch daran denken, daß der eine Stettiner

Zeuge dort die verdächtige, als Mann verkleidete Frauensperson in Begleitung zweier Männer gesehen hat. Ist es so sehr ausgeschlossen, daß die Riste aus Dänemark herübergebracht worden ist? Der Verteidiger erörtert dann ausführlich die Frage, ob man sich bei den Angeklagten, die bisher völlig unbescholten waren, einer solchen That versehen könne. Er verneint dies und sucht zu beweisen, daß die Widersprüche, in welche sich der Angeklagte Koscemann verwickelt hat, ebenso wenig Belastendes für ihn enthalten, als die Kaffiber. Was den Belastungszeugen Brede betrifft, so solle man doch bedenken, daß „Neuerungen Schäume“ sind und daß man doch absolut nichts daraus folgern könnte, wenn Koscemann wirklich den Brede nach den Sprechstunden des Polizei-Oberst Krause gefragt haben sollte. Neuerungen sind Schäume und Indizien keine Beweise! Der objektive Befund der Riste deutet durchaus nicht darauf hin, daß Koscemann sie angefertigt habe, der angebliche Urtat schwebt vollständig in der Luft. Wie sollte denn der Mann darauf kommen, nach Königs-Wasserhäusern zu fahren, dort eine Uhr zu kaufen und diese mit nach Berlin zu schleppen. Als ob es in Berlin gar keine drei Mark-Waare und keine Wucherer gäbe! Koscemann sei nun an seinem ganzen Körper und dessen einzelnen Theilen genau geprüft worden. Man hat seine Füße geschilbert, die Hände geschilbert und die ganze Figur in allen möglichen Farben geschilbert — aber nirgendwo hat es mit den Maßen der verdächtigen Person gepaßt. Da hätte man denn doch zu dem Schluss kommen müssen, daß Koscemann die Person nicht sei. Weit gefehlt! Da sagte man schnell, er löste die Füße in enge Stiefel gezwängt haben und man fertigte ihm extra ein Jacket an, zog es ihm an und fragte die Zeugen, ob die verdächtige Person so ausgefallen haben könne. Das erinnere doch an die kleine Geschichte der „fliegenden Blätter“, in welcher ein Mann mit der Frage an eine junge Dame herantritt: „Fräulein, darf ich Ihnen meinen Regenschirm anbieten?“ Als dann die Dame sagte: „Aber mein Herr, es regnet ja gar nicht!“ erfolgte die Antwort: „Ich habe ja auch gar keinen — Regenschirm!“ Zum Schluss sucht der Verteidiger nachzuweisen, daß Koscemann die That gar nicht begangen haben könne. Dieser sei ja von verschrobenen anarchischen Gedanken erfüllt, es lasse sich aber doch ohne weiteres annehmen, daß ein Sohn eines solchen braven, ehrwürdigen Vaters ganz aus heiler Haut zum Verbrecher wird. Er sei spätestens um 9 Uhr in Weihensee gesehen worden und mit Rücksicht auf den Eisenbahn-Fahrplan sei es unmöglich, daß er die Riste in Fürstenwalde aufgegeben haben könne, er müßte denn wie Phileas Fogg in der Reise um die Welt in 80 Tagen ohne jeden Aufenthalt von der Eisenbahn zum Dampfschiff und umgekehrt geeilt sein. Der Verteidiger bittet zum Schluss die Geschworenen, mindestens ein non liquet auszusprechen.

Das Plaidoyer des Rechtsanwalts Dr. Schöps.

Berufs- und Strafrichter haben ein Urtheil schriftlich und mündlich zu begründen, bei den Geschworenen heißt es „Ja, ja!“ oder „Nein, nein!“ Was darüber ist, das ist vom Uebel. Aber dies entbindet die Geschworenen nicht von der Verpflichtung, genau und gewissenhaft zu prüfen, bevor sie sich ihre Ueberzeugung bilden und ihren Spruch fällen. Zur Sache übergehend, sucht der Verteidiger auszuführen, daß das Attentat weder auf den Polizei-Obersten Krause gemünzt war, noch von Berliner Anarchisten ausgeht, noch daß der ganze Apparat so hergestellert war, daß er den angeblich beabsichtigten Zweck erfüllen konnte. Polizei-Oberst Krause sei gar keine politische Persönlichkeit, etwas anderes wäre es gewesen, wenn der Kriminalkommissar Böfel hätte das Opfer werden sollen. Der Verteidiger weist auf die vielen Widersprüche der Zeugen hin, als diese die Merkmale der verdächtigen Person in Fürstenwalde und auf dem Schlesiens Bahnhof beschreiben sollten. So viele Widersprüche! Es schiebt sich um eine Anklage, in der seitens der Staatsanwaltschaft so schwache Verdachtsmomente ins Gesicht geführt wurden, wie es im vorliegenden Falle geschehe. Fast sämtliche Zeugen hätten den Eindruck gehabt, als hätten sie eine Frau in Männerkleidung gesehen und der Verteidiger neigt sich der Ansicht zu, daß es wirklich ein verkleidetes Frauenzimmer gewesen. Wenn man Koscemann in Frauenkleidung gesehen würde, so würde er trotz seines mädchenhaften Gesichtes immer aussehen wie ein verkleideter Mann, die verdächtige Person habe aber gesehen, wie eine in Männerkleidung stehende Frau und dies sei doch ein ganz gewaltiger Unterschied. Was den von Koscemann angetretenen Alibi-beweis betreffe, so könne der Verteidiger die Ansicht des Staatsanwalts, daß derselbe muthlos sei, keineswegs theilen. Wenn Koscemann in den Zeitangaben schwänke und in einigen Punkten zu hoch, in anderen zu niedrig spräche, so könne man dem entgegensehen, daß auch der Herr Staatsanwalt in seinem Plaidoyer sich nicht ganz genau an die Zeitangaben gehalten und somit dasselbe gethan habe, wie Koscemann. (Der Präsident ersucht den Verteidiger, diesen Ausspruch zurückzunehmen, es liege darin ein herabsehender Vorwurf gegen den Staatsanwalt. Der Verteidiger versichert, daß ihm ein solcher Vorwurf völlig fern gelegen habe, worauf der Präsident den kleinen Zwischenfall durch die Bemerkung erledigt, daß der Verteidiger dann den Ausdruck sehr unglücklich gewählt habe). Der Verteidiger weist darauf hin, daß das ganze Neuhere des Angeklagten Koscemann doch gewiß nicht darauf deute, daß Leidenschaft und Energie in seiner Brust schlummerten und ihn zu schweren Verbrechen befähigten. Dieser junge, blasse Mensch mit der Schillerlocke über der Stirn habe unmöglich die schwere That begangen, die man ihm zur Last lege. Was sollten denn Redensarten wie: „Wir brauchen keine Obrigkeit!“ und „Religion giebt es nicht, es ist alles Natur!“, aus dem Munde des jugendlichen unreifen Angeklagten für ein Gewicht haben? Gäbe es denn nicht auch Leute aus den höheren Klassen, welche sich von ihrem bisherigen Glauben abwandten? Sollte man denselben deshalb anarchische Verbrechen zutrauen? Mit welcher Kleinlichkeit Argumente kämpfe doch die Anklagebehörde! Koscemann solle nach Angabe eines Beamten im Gefängnis ein schenes, misstrauisches Wesen zur Schau getragen haben, ein verschlossenes Wesen, als habe er eine schwere That auf dem Gewissen. Dem könne man entgegenhalten, daß andere Zeugen den Angeklagten am Tage nach dem Attentat in Friedrichshagen gesehen und eine unbefangene, frohe Stimmung an ihm bemerkt haben. Und wer sollte denn schließlich nicht scheu und verschlossen werden, wenn man sich auf Schritt und Tritt von Beamten verfolgt wisse und immer den Polizeigriff im Nacken spüre? — Der Zeuge Brede sei durchaus nicht glaubwürdig, denn seine stückweise abgegebene Aussage sei voller Widersprüche. — Der Verteidiger kommt am Schlusse seiner Rede zu dem Antrag, daß die Geschworenen ihren Spruch auf Nichtschuldig abgeben mögen, denn das Belastungsinterdial biete zu einem anderen Spruch keine Unterlage.

Rechtsanwalt Vieber, der Verteidiger der letzten vier Angeklagten, bemerkt, daß es schwer sei, in einem Sensationsprozeß als Verteidiger aufzutreten, wenn man nicht nur mit Thatfachen, sondern mit Vermuthungen und Indizien zu rechnen habe. Die Stimmung sei gegen die Angeklagten, weil sie Anarchisten seien. Der Verteidiger habe sich hierum nicht zu kümmern, er habe dazu beizutragen, daß den Angeklagten ihr Recht werde, d. h. das Recht, daß sie in's Zuchthaus kämen, wenn sie dahin gehörten. Daß dies im vorliegenden Falle nicht der Fall, daß zu beweisen, aus innerster Ueberzeugung zu beweisen, solle seine Aufgabe sein. Daß das Westphal'sche Ehepaar als freigesprochene den Saal verlassen würden, darauf rechne er mit Bestimmtheit. Aber auch in betreff der Angeklagten Gärtler sei keineswegs erwiesen, daß sie sich der Begünstigung schuldig gemacht habe. Der Verteidiger nimmt an, daß keiner der von ihm verteidigten Angeklagten verurtheilt werden könne.

Nach beendeter Replik und Duplik erteilt der Präsident die Rechtsbelehrung.

Um 8 1/2 Uhr ziehen sich die Geschworenen zur Berathung zurück, die 11 Uhr 20 Min. beendet ist. Durch den Spruch der Geschworenen wird Koscemann der Beihilfe zum

versuchten Mord und der Beihilfe zum Verbrechen gegen das Strengstoff-Gesetz für schuldig, der Angeklagte Westphal des wissentlichen Verhanges nach der That für schuldig, Frau Westphal und Weber in allen Punkten für nicht schuldig, Frau Gärtler ebenfalls in allen Punkten für nicht schuldig erklärt. — Staatsanwalt Kanow beantragt gegen Koscemann mit Rücksicht darauf, daß er einerseits noch jung und ein verrannter Fanatiker ist, andererseits aber ein schweres Verbrechen vorliegt und es durchaus notwendig ist, vor ähnlichen Verbrechen abzuschrecken, unter Einrechnung der 9 monatigen Gefängnisstrafe eine Gesamtstrafe von 10 Jahren 1 Monat Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust unter Polizeiaufsicht. Gegen Westphal lautet der Antrag auf 1 Jahr Gefängnis. H. A. Dr. Vieber beantragt, daß der Gerichtshof, weil sich die Geschworenen offenbar in ihrem Spruche zu ungunsten des Angeklagten Westphal geirrt haben, auf Grund des § 373 der Strafprozeß-Ordnung den Spruch aufhebe. Nach Lese dieses Paragraphen schon platzgreifen, wenn nach Ansicht des Gerichtshofes nur ein non liquet vorliegt. — Koscemann und Westphal erklären, daß sie völlig unschuldig seien und die Strafe nicht annehmen. — Der Gerichtshof wies nach längerer Berathung den Antrag des Rechtsanwalts Vieber, die Sache des Angeklagten Westphal an ein neues Schwurgericht zu verweisen, zurück, da es keinem der Prozeßbetheiligten zusteht, einen Antrag auf Grund des § 317 zu stellen. Der Gerichtshof ist, wie der Vorsitzende ausführt, der Meinung, daß Koscemann schwer zu bestrafen sei, weil die menschliche Gesellschaft vor so schweren Thaten zu schützen sei. Der Gerichtshof verurtheilt Koscemann zu 10 Jahren 1 Monat Zuchthaus unter Anrechnung von 3 Monaten Zuchthaus auf die Untersuchungsfrist, ferner zu 10 Jahren Ehrverlust, Westphal zu einem Jahre Gefängnis unter Anrechnung von vier Monaten Untersuchungsfrist. Frau Westphal, Weber und Frau Gärtler werden freigesprochen. — Schluß 12 1/2 Uhr nachts.

Partei-Nachrichten.

In seiner Polemik gegen Liebknecht's Feuilleton über die holländische Reise sagt Schoenlant: „Die lange durch unsere Partei geführte, auch im ersten Theile des Erfurter Programms noch anerkennbare Ansicht von der sich stetig verschärfenden Verelendung ist nicht mehr zu halten. Conrad Schmidt hat sich jüngst im „Vorwärts“ sehr treffend darüber ausgesprochen.“

Die in Frage kommende Neufassung Konrad Schmidt's ist in der literarischen Rundschau des „Vorwärts“ vom 27. Febr. d. J. abgedruckt, und zwar bei der Besprechung von Schöber's „Volkswirtschaftslehre“. Schöber glaubt den Sozialismus unter anderem damit zu widerlegen, daß er sagt: Wenn die kapitalistische Entwicklung notwendig, die Unfreiheit, das Elend, der Druck, die Knechtung, die Erniedrigung, die Ausbeutung der proletarischen Klasse immer mehr verschärft, wie soll diese Klasse später einmal in der Lage sein, das Staatsruder energisch zu ergreifen und die Form der Gesellschaft dem eigenen Interesse entsprechend umzugestalten? Von diesem Einwande sagt Konrad Schmidt, er weise in der That auf eine seines Erachtens veraltete, aber traditionell auch noch im Erfurter Programm festgehaltene Anschauung hin; Schmidt registriert dann wohlwollend die Ansicht Kampfmeyer's, der in dieser Hinsicht eine Revision unseres Parteiprogramms verlangt, und sagt zum Schluß: „Es wäre sicher sehr zu wünschen, daß in gründlicher Diskussion unsere Stellung zu diesen Fragen geklärt wird. Deutzulage laufen noch ganz entgegengesetzte Anschauungen, so außer der Lehre von dem steigenden Elend, die Lehre von dem „Einschwachen der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft“, ungelklärt neben einander her.“

In Programmsätzen einer Partei von der internationalen Bedeutung der ungenügenden hängt mehr, als daß man sich durch die Fassung der Sätze verhalten lassen soll, sie ohne weiteres über Bord zu werfen. Konrad Schmidt empfiehlt deshalb ganz richtig: gründliche Diskussion dieser Frage, während Schoenlant fingerförmig erklärt: der Punkt von der Verelendung sei nicht mehr zu halten, was von der bürgerlichen Presse mit begreiflicher Begeisterung als „sehr bemerkenswerthe Kundgebung“, als „Symptom“ dafür kolportiert wird, daß die wissenschaftlich gesulten Köpfe der Sozialdemokratie des unfruchtbarsten Dogmatismus überdrüssig sind und einer realistischen Auffassung der sozialen Entwicklung sich zuneigen.“ („Frankfurter Zeitung“).

Ein anderes Parteiblatt, die „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ bemerkt zu der Angelegenheit: „Was Schoenlant behauptet, ist nicht zutreffend. Es findet eine sich stetig verschärfende Verelendung“ statt, sntemalen eine fortwährende Proletarisierung der Bauernmassen stattfindet. Bis der Bauer seinen Hof verläßt, redirt er seine Lebenshaltung bis zum Neuesten, und das wird von Tag zu Tag schlimmer. Diese Zerlegung ist es vor allem, welche der Sozialismus als Tendenz der kapitalistischen Gesellschaft hinstellt. Was die Industrie-Arbeiter anbetrifft, so hat man in der Partei nie bestritten, daß hier eine Verbesserung möglich ist — daraus beruht die gesammte Gewerkschaftsbewegung. Aber freilich zeigt auch die Arbeiterklasse in ihren verschiedenen Schichten eine verschiedene Gestaltung. Dieselbe Entwicklung, welche in den Großbetrieben eine kürzere Arbeitszeit und bessere Entlohnung herbeiführt hat, schuf die moderne Hausindustrie, die doch kein Mensch als sozialpolitischen Fortschritt hinzustellen wagen dürfte. Die vom Lande zuströmenden Arbeiterschichten haben auch eine Wirkung, die nicht gerade ein Segen für die Arbeiter ist. Verläßt man Deutschland, um einen allgemeineren Ueberblick zu gewinnen, so findet man, daß in England die Periode der großen Lohnsteigerungen zweifellos vorüber ist und daß in Amerika seit einer Reihe von Jahren mit der Regelmäßigkeit eines Naturgesetzes eine Lohnsenkung stattfindet.“

Alle statistischen Berechnungen, die von bürgerlichen Gelehrten gemacht wurden, um einen steigenden Wohlstand nachzuweisen, sind geradezu nährlich in ihrer wissenschaftlichen Unholbarkeit. Durchschnittsberechnungen pro Kopf oder Familie beweisen hier überhaupt nichts. Dazu kommt noch in betracht, daß unter der Landbevölkerung ein Uebergang von Natural- zur Geldwirtschaft stattfindet, daß hier die Haushaltung mit der Hofwirtschaft eng verbunden ist, sodas ein eigentliches Konsumbudget der Wirtschaftler sich gar nicht feststellen läßt, daß mit der kulturellen Entwicklung eine Verschlebung in der Lebenshaltung stattfindet, daß z. B. das Bedürfnis der Nahrung zurückgesetzt wird zu gunsten der Kleidung, Wohnungsansstattung etc., und so noch vieles andere. Wir glauben, das genügt für diesmal. Die „Frankf. Ztg.“, wie auch die „Leipz. Volksztg.“, verweisen wir im übrigen auf die Artikel von Edward Bernstein in der „Neuen Zeit“ über die Lohnsindstheorie, sowie dessen Kritik des Buches von Prof. J. Wolf. Es werden daraus entnehmen, daß man in der Partei schon vor Jahren über die einschlägigen Thatfachen sehr gut unterrichtet war.“

In Zwickau feierten am 14. April Reichstags-Abgeordneter Julius Seifert und Frau das silberne Ehejubiläum, bei welchem Anlaß die sächsischen Parteigenossen unsern werthen Mitkämpfer zahlreiche Beweise der Anerkennung seines Wirkens gaben. Wir schließen uns dem mit dem herzlichsten Wunsche an, daß es dem Gekochten Seifert und seiner Lebensgefährtin vergönnt sein möge, auch das goldene Jubiläum körperlich und geistig rüstig zu erleben.

Politikalisches, Gerichtliches etc.

Der verantwortliche Redakteur des „Volksblatts für Halle“, Genosse Salomon, wurde vom Schöffengericht wegen Verleumdung des Weihenfelder Kreisblatt-Redakteurs Wiland zu 60 M. Geldstrafe verurtheilt. Der Amtsanwalt hatte einen Monat Gefängnis beantragt.

Die Strafkammer in Fürth verwarf die Berufung, die der Redakteur Gärtner von der „Fr. Tagespost“ und „Fürther

Bürgerzeitung“ gegen das Erkenntnis des Schöffengerichts eingelegt hatte, wonach er wegen Aufnahme eines Berichtes über eine Besprechung der Nürnberger Gewerkschaftsvorstände, die den Beschluß gefaßt hatten, zu gunsten der Hamburger Streikenden einen Extrabeitrag von wöchentlich 50 Pf. zu leisten, wegen „Aufzuredung“ zu unerlaubten Sammlungen zu 20 M. Geldstrafe oder 2 Tagen Haft verurtheilt worden ist. In der Begründung des Landgerichtsurtheils hieß es: von Sammlungen zu wohltätigen Zwecken könne keine Rede sein, sondern es handle sich um die Unterstützung von Leuten, die nicht arbeiten, sondern streiken wollten, um höhere Löhne zu erzwingen.

Soziales.

Von der Firma Maschinenbau-Anstalt und Eisengießerei A. Vorfis in Berlin-Moabit werden wir um Abdruck folgender Mittheilung ersucht:

„Zu dem Grubenunglück in Vorfiswerk erhält die „Schles. Ztg.“ von dem königl. Bergmeister Jolisch, dem zuständigen Bergrevier-Beamten, eine Zuschrift, worin es heißt: Die Behauptung, daß Vorfis und seine Begleiter die Größe der ihnen drohenden Gefahren kannten oder gekannt haben müssen, entbehrt jeder sich haltigen Begründung, weil diese sich der Brandstelle in einem frischen und lebhaften Wetterstrom näherten und deshalb nach sachmännlichem Ermessen voraussetzen konnten, daß ihnen der Rückweg unter allen Umständen gewahrt bleiben werde. Dieser blieb zum Beispiel den Arbeitern offen, die sich bei der Explosion am 1. April um 12 1/2 Uhr mittags in nächster Nähe des Explosionsherdes befanden, und ohne wesentliche Verletzungen erlitten zu haben, in Sicherheit gelangten. Die Behauptung endlich, daß die gefährliche Explosion durch unvorsichtiges Vorgehen mit offenen Grubenlichtern verursacht worden ist, hat sehr wenig Wahrscheinlichkeit für sich, weil ein Gemenge von Kohlenoxydgas und Luft, das hier in betracht kommt, schon bei einem sehr geringen Gehalt an ersterem betäubend und tödtlich wirkt, während es erst bei einem weit höheren Gehalt explosibel wird. Wahrscheinlich liegt demnach Entzündung des abgedämmten explosiblen Gemenges vor. Hiernach bestatigt sich also in vollem Maße die Auffassung, daß die Katastrophe lediglich durch das unberechenbare Zusammentreffen unglücklicher Umstände ohne irgendwelche Schuld eines der Beteiligten herbeigeführt worden ist.“

Der „Vorwärts“ hat das wesentliche dieser Erklärung des Herrn Jolisch seinerzeit bereits veröffentlicht. Wie damals, so können wir auch heute leider nicht finden, daß der Versuch des Herrn Jolisch, den bei der Katastrophe mit uns Leben gekommenen Herrn Vorfis von den ihm in schlesischen Blättern gemachten Vorwürfen zu entlasten, geglückt wäre. Dazu bedarf es einleuchtender Gründe, als sie in den Muthmaßungen des Herrn Jolisch geboten sind.

Die „Christliche Bruderliebe“ in Afrika. Zu diesem interessanten Kapitel liefert der „Berliner Börsen-Courier“ einige Beiträge in Gestalt zweier Mittheilungen aus Südafrika, beziehentlich aus Transvaal. Die erste Mittheilung lautet: „Südafrikanische Goldminen. Die Goldmine Estato and Witwatersrand Company erzielte im März einen Gewinn von 9000 Pfund Sterling — Von der Ferreira Gold Mining Company wurde im März ein Gewinn von 28 060 Pf. erzielt. — Die New Modderfontein Gold Mining Company hatte im März eine Goldausbeute von 2889 Unzen zu verzeichnen. — Die Prinsjes Estate and Gold Mining Company eine solche von 3050 Unzen gegen 2847 Unzen im Februar. — Die Georg Goch Amalgamated Gold Mining Company produzierte im März 3177 Unzen Gold gegen 3695 Unzen im Februar. — Die Sibdon Berlin Company 1540 Unzen gegen 1092 Unzen im Februar.“

Die zweite Mittheilung lautet: „Zur Arbeiterfrage in Transvaal. Die Herren Ad. Goertz u. Goertz u. Co. empfangen von ihrem Johannesburg'schen Hause die Nachricht, daß augenblicklich schwarze Arbeiter reichlich am Witwatersrande vorhanden seien und daß man nunmehr an eine weitere Verminderung der Arbeitslöhne der Schwarzen gehen könne. In einer gemeinsamen Versammlung der beiden Minenkammern und der Mines Managers Association, die, um zu dieser Frage Stellung zu nehmen, am 9. April stattgefunden hatte, war eine Einstimmigkeit über diese Angelegenheit noch nicht erzielt worden und wurde die Sache einer Kommission zur Prüfung überwiesen.“

Wenn sich — was schon nichts neues mehr ist — die schwarzen Arbeiter der Lohnreduktion durch einen Streik erwehren wollen, werden sie von der frommen Polizei des gutchristlichen Staates Transvaal mit dem Knüttel und dem Gefängnis zur Reison gebracht oder gar über den Haufen geschossen.

Auf solche Weise „zionisirt“ der christliche Weiße den schwarzen Erdtheil!

Gerichts-Beitrag.

Die Revision, welche der Redakteur der „Deutschen Tageszeitung“, Arthur Wegner, gegen das Urtheil im „Marshallprozeß“ eingelegt hatte, ist gestern vom Reichsgericht verworfen worden. Wegner ist bekanntlich zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt worden.

Die am 24. d. M. stattfindende Verhandlung gegen den Reichskommissar Dr. Karl Peters findet hier in Berlin im Kammergerichtsgebäude vor dem neugebildeten Disziplinardirektor für Beamte des Schanzgebietes statt. Die Verhandlungen finden im Saal 6 des Kammergerichtsgebäudes statt, sie beginnen um 9 1/2 Uhr morgens und dürften an demselben Tage beendet werden.

Depeschen und letzte Nachrichten.

In der gestrigen Sitzung der Gewerkschaftskommission stellte der Ausschuss wegen seiner Stellungnahme zu der Schuber-Wachter-Bewegung die Vertrauensfrage. Die Delegirten erklärten gegen zwei Stimmen ihr Einverständnis mit derselben.

Hamburg, 15. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Heute wurden hier zwei Mitglieder der internationalen Embrecherbande, Reichsanwalt Carlsson und Malerlehrling Brink verhaftet. Die Verhafteten sind an mehreren schweren Einbrächen und Diebstählen betheilig gewesen. Ihre Bente sandten sie an Feller in Belgien.

Marseille, 15. April. (W. Z. B.) Aus Tonkin hier eingetroffene Zeitungen berichten von mehreren Kämpfen mit Piraten. — Nach einer Korrespondenz aus Bangkok an ein Journal in Daiphong ist daselbst ein amerikanisches Kriegsschiff eingetroffen, um Genugthuung zu verlangen für die gegen den Konsul der Vereinigten Staaten verübte Verleumdung. Ein anderes amerikanisches Kriegsschiff werde noch erwartet. — Neue Erweiterungen würden aus Zwischenfällen entstehen, welche sich mit den Vertretern auswärtiger Mächte zugetragen hätten. — In Bangkok und dem Innern des Landes seien Serräuberei und Diebstahl mit bewaffneter Hand im Zunehmen. Das ganze Land befinde sich in großer Unruhe.

Belgrad, 15. April. (W. Z. B.) Die Sabi Spenia in Mtschibien ist von Ananuten überfallen worden. Sämtliche Christen und jüdischen Häuser wurden geplündert, acht Personen wurden getödtet. Drei Mädchen wurden von den Ananuten ins Gebirge geschleppt.

Bombay, 15. April. (W. Z. B.) An der Pest sind hier seit Ausbruch der Epidemie bisher insgesamt 11 888 Personen erkrankt und 9498 gestorben; die Sterblichkeit pro Woche beträgt 970 Personen.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, 15. April, nachm. 5 Uhr.

Dem verstorbenen Mitgliede und langjährigen Vorsteher der Versammlung, Dr. Stryp, widmet der Vorsteher Dr. Langerhans ehrende Worte des Nachrufs, welche die Versammlung stehend anhört.

Auf Vorschlag des Vorstehers wird die Pferdebahnangelegenheit als erster und event. einziger Gegenstand verhandelt. Mit Bezugnahme auf die Städteordnung erklärt hierbei der Vorsteher, daß nach seiner Auffassung die Besitzer von Pferdebahnaktien an der Verachtung und Verschleissfassung nicht theilzunehmen haben, da ihr Interesse mit demjenigen der Stadt im Widerspruch steht.

Es handelt sich um den Entwurf eines Vertrages zwischen der Stadtgemeinde und der Großen bzw. der Neuen Pferdebahn-Gesellschaft in der Gestalt, die er durch die Ausschussberatung erhalten hat. Ueber den Gang der Ausschussverhandlungen wie über deren schließliches Ergebnis hat der „Vorw.“ fortlaufend ausführlich berichtet. Der Ausschuss hat 5 Sitzungen abgehalten, zwei Lesungen vorgenommen und den Wortlaut des Vertrages nach den Beschlüssen erster Lesung durch eine Redaktionskommission, bestehend aus den Stadtv. Meyer (Referent), Rosenow und Singer, feststellen lassen. Die Konzession soll von 1911 bis 1919 verlängert werden; die Umwandlung in einen elektromotorischen Betrieb hat innerhalb fünf voller Baujahre nach Unterzeichnung des Vertrages, die Einführung des Zehnpennigtarifs spätestens drei Jahre nach Abschluß des Vertrages zu erfolgen. Die Mitbenutzung der Geleise durch Konkurrenz-Unternehmungen soll auf derselben Linie auf einer Strecke von 650 Metern (nach der Vorlage nur wie bisher von 400 Metern) gestattet sein. Vom Stadtv. Singer war der Antrag gestellt, die Gesellschaften zu verpflichten:

- 1. für die Angestellten (Kutscher, Schaffner, Handwerker, Stall- und Hofsleute, sowie für die Bureau-Angestellten u. s. w.) eine Pensionskasse zu errichten, deren Statut der Genehmigung der Gemeindebehörden unterliegt.
2. für Beschaffung von Sitzgelegenheit für das Betriebspersonal während der Fahrt zu sorgen;
3. Kutscher und Schaffner nicht länger als 10 Stunden täglich zu beschäftigen.

Von diesen Anträgen hat der Ausschuss diejenigen sub 1 einstimmig angenommen, den sub 2 abgelehnt und dem Antrag sub 3 insoweit Folge gegeben, daß nach § 23 unter c die Wagenführer nur ausnahmsweise länger als 10 Stunden täglich beschäftigt sein dürfen.

In der zweiten Lesung hat der Ausschuss zum § 33 den folgenden Zusatz beschlossen:

„Auf Verlangen des Magistrats ist die Gesellschaft verpflichtet, auf den vom Magistrat zu bestimmenden Linien eine schnellere Aufeinanderfolge der Wagen einzuführen.“

Entsprechend dem Antrag Singer sub 1 ist in zweiter Lesung ein neuer § 39a in den Entwurf aufgenommen, welcher die Gesellschaften verpflichtet, die gedachte Pensionskasse binnen 6 Monaten der Vollziehung des Vertrages ab nach Maßgabe des mit dem Magistrat zu vereinbarenden Statuts einzurichten.

In der Schlussabstimmung ist der Entwurf mit 9 gegen 4 Stimmen angenommen worden. Der Ausschuss empfiehlt folgende Beschlußfassung:

Die Versammlung ermächtigt den Magistrat, einen den Grundsätzen des Entwurfes entsprechenden Vertrag mit den beiden Gesellschaften abzuschließen.

Die Versammlung knüpft an diese Ermächtigung jedoch die Bedingung, daß der Magistrat sich bereit erklärt, die aus dem Statut über die Pensionskasse (§ 39a) sich für die Gesellschaften ergebenden Verpflichtungen für den Fall des Erlöschens der Zustimmung oder beim Ausbleiben der staatsbehördlichen Genehmigung selbst zu übernehmen oder dem Betriebsnachfolger der Gesellschaft vertragsmäßig aufzuerlegen.

Referent Stadtv. Meyer verbreitet sich über die zahlreichen Petitionen, welche zu der Sache von Grundbesitzer-Vereinen, von Bezirksvereinen und anderen Urhebern eingegangen sind; er bezeichnet die starken Angriffe in denselben über die Wirtschaft der Pferdebahn u. dergl. als sehr übertrieben und beschränkt auch, daß die Übernahme in städtische Regie bessere Resultate gezeitigt hätte. Dann läßt er sich aus über die verdeckte Drohung der Gesellschaft aus, unter Uebergehung der Stadt auf Grund des Kleinbahn-Gesetzes beim Polizeipräsidenten Anträge zu stellen. Man solle sich damit nicht graulich machen lassen; wie glänzend auch die Verbindungen der Gesellschaft mit den Behörden sein mögen, wie wenig Sympathien auch die Stadt an diesen Stellen genießen möge, so ohne weiteres werde sich kein Minister über die Interessen Berlins hinwegsetzen.

Eine Generaldiskussion findet nicht statt. Zu § 1 (Gegenstand des Vertrages) führt

Stadtv. Hugo Sachs aus, daß nach dem Kleinbahn-Gesetz allerdings die Zustimmung der Stadt sowohl bei der Aenderung der Betriebsart als bei der Frage der Benutzung der Straßen durch die Behörde ergänzt werden kann. Die im letzteren Falle zu gewährende Entschädigung werde zwar einseitig von der Behörde festgesetzt, aber diese habe das Maß der städtischen Aufwendungen und das Maß des Vorteils des Unternehmers abzuwägen, und das ergebe schon eine gewisse Veruhigung für allzu ängstliche Gemüther.

Stadtv. Dr. Preuß glaubt nicht, daß, wie die Dinge liegen, das Kleinbahn-Gesetz der Pferdebahn-Gesellschaft irgend welche Handhabe bietet, die Stadt wider ihren Willen zu zwingen. Auch wenn die Gesellschaft sich dem Gesetz unterwerfe, könnte sie wohlverworbene Rechte dritter, wie die Brutto-Abgabe und den Heimfall des ganzen Unternehmens im Jahre 1911, nicht aufgeben, hätte also keine Vorteile. Man könne daher ohne Rücksicht auf das Kleinbahn-Gesetz den Vertrag beraten. Für die Zeit nach 1911 werde man sich freilich gegen die Zustimmung, das städtische Recht an den Straßen und Plätzen preiszugeben, wirksam vielleicht nur durch die Übernahme in die städtische Regie schützen können.

Stadtv. Singer: Der Berichterstatter hat, als er die Petitionen besprach, die Pferdebahngesellschaft verteidigt, und seine Zweifel an den besseren Resultaten eines Betriebes in städtischer Regie vorgetragen. Im Ausschuss ist davon und von der Verantwortlichkeit der Pferdebahnverwaltung mit keinem Worte die Rede gewesen; ich lege Wert darauf, daß das auch öffentlich konstatiert wird. Die Diskussion über das Kleinbahn-Gesetz hätte besser nicht stattgefunden. Der Stellung der Versammlung entsprechender wäre gewesen, wenn wir uns nicht um das gestimmert hätten, was die Pferdebahn anzubringen für gut befunden hat. Die Zweckmäßigkeit dieser Ausführungen ist auch nicht einzuführen, weil wir hier nicht darüber zu entscheiden und uns die Köpfe der Pferdebahn-Gesellschaften nicht zu zerbrechen haben. Erst wenn die Gesellschaften dieses Gesetz tatsächlich anrufen, wird die Zeit für uns gekommen sein, nachzuweisen, ob das Gesetz für unsere Pferdebahn zutrifft und ob das Äquivalent für die Straßennutzung richtig bemessen ist; nicht aber jetzt und bloß, weil ein beliebiger Pferdebahn-Direktor gewisse Artikel in die „Boschische Zeitung“ zu lancieren das Glück hatte. Ganz ohne Rücksicht auf die möglichen Schritte, welche die Gesellschaften thun wollen oder können, haben wir uns lediglich von dem Interesse der gesamten Bürgerschaft leiten zu lassen. Beseitigere Forderungen für das große Äquivalent, welches die Stadt mit diesem Vertrage aus den Händen giebt, sind überhaupt nicht zu denken. Daß ein Oberpräsident und ein

preussischer Minister die kapitalistischen Motive einer Aktiengesellschaft sich zu eigen machen können gegenüber unseren im Interesse der Bürgerlichkeit geltend gemachten Forderungen, glaube ich nicht eher, als bis ich es schwarz auf weiß vor mir sehe.

Stadtv. Jacobi ist nicht so sorglos wie der Vorredner bezüglich des späteren Verhaltens der Behörden und des Ministers. Man dürfe nicht übersehen, daß nachher der Minister die Entscheidung endgültig treffen. Um sich nicht später berechtigten Vorwürfen auszusetzen, müsse man an die äußerste Grenze gehen. Im Ausschusse seien eine Reihe von Erschwerungen erst in letzter Stunde beschlossene worden.

Nachdem Stadtv. Sachs und Preuß gegenüber dem Stadtv. Singer die Zweckmäßigkeit und Nothwendigkeit der Heranziehung des Kleinbahn-Gesetzes in dieser Debatte nachzuweisen versucht haben, wird § 1 genehmigt.

§ 2 (Verlängerung der Konzessionsdauer) wird bis zur Beendigung der Einzelberatung zurückgestellt.

Nach § 6 soll als Betriebssystem im allgemeinen die oberirdische Stromzuführung zur Anwendung kommen. An Stelle derselben muß dort, wo es vom Magistrat verlangt wird, auch gemischtes System mit Akkumulatoren ausgeführt werden.

Stadtv. Rosenow tritt für einen Antrag ein, der den Akkumulatorenbetrieb bevorzugt. Es sei ein Irrthum, zu glauben, daß mit dem Akkumulatorenbetrieb noch nicht genügende Erfahrungen gemacht seien. Man könne doch verlangen, daß nicht bloß in den wenigen Straßen im Centrum und im Westen, für die die Polizei den Akkumulatorenbetrieb verlange, um das Straßensystem nicht ästhetisch zu verschlimmern, nach diesem System der Betrieb gefaltet werde. Das Rathhaus, der Spittelmarkt, der Fackelsche Markt, der Alexanderplatz mit der Verolina würden mit den unschönen Drähten der Oberleitung verunziert werden, wenn es bei dem § 6 der Ausschussvor schläge bliebe.

Stadtv. Wohlgemuth befreit, daß die Akkumulatorenfrage schon definitiv gelöst ist, und verweist darauf, daß das bisher so gerühmte hannoversche System nach den neuesten Erfahrungen auch nicht besonders glänzend dasteht. In Konsequenz des Antrages Rosenow müßte der Vertrag, der sich an dieses hannoversche System anlehne und sich darauf finanziell aufbaue, wieder an die Verkehrsdeputation zurückgegeben werden.

In demselben Sinne äußert sich Stadtv. Dinsse, während Stadtv. Rosenow für seinen Antrag noch geltend macht, daß die sofortige Einführung des Akkumulatorenbetriebs für die Stadt sich erheblich billiger stellen würde.

Bürgermeister Kirchner tritt den Ausführungen Wohlgemuths dahin bei, daß die Aenderung des § 6 zu Gunsten des Akkumulatorenbetriebs eine fundamentale Umarbeitung des Vertrages notwendig machen würde. Theoretisch sei dieses System das absolut beste, aber für einen umfassenden großstädtischen Betrieb noch nicht genügend erprobt. Würde dieser Betrieb, wie der Antrag Rosenow wolle, auf das ganze innerhalb der Pferde-Ringbahn liegende Berlin erstreckt, so würde im wesentlichen nur dieser Betrieb einzuführen sein, und damit sei die Nothwendigkeit gegeben, die Vorlage mindestens in den Ausschuss zurück zu verweisen.

Saurath Jothelner als Vertreter des Stadtbauraths Hobrecht warnt gleichfalls vor dem Eingehen auf die Pläne des Herrn Rosenow. In Hannover fahren nur 61 Wagen, in Berlin sollen 600 fahren. Daß das Experiment im kleinen sich bewähren habe, sei kein Beweis dafür, daß es sich im großen bewähren werde.

Stadtv. Sachs bekennt sich als Freund des Akkumulatorensystems und sieht nicht ein, warum man jetzt, wo man zum elektromotorischen Betrieb übergehen wolle, dessen primitivste Form wähle. Die Begründung der Vorlage sei widersprüchlich, denn für die Straßenzüge, wo dieser Betrieb obligatorisch sein solle, werde die Gefährlichkeit der Oberleitungsdrähte und die ästhetische Rücksicht ins Feld geführt. Diese beiden Motive seien aber doch für die ganze Stadt gleich durchschlagend; habe es so lange mit der Angelegenheit gedauert, so könne es auch noch kurze Zeit länger dauern, denn die Verpflichtungen der Gesellschaft gegen die Stadt würden dann freilich anders zu bemessen sein.

Der Antrag Rosenow wird abgelehnt, § 6 unverändert angenommen.

In § 23 ist nach den Ausschussbeschlüssen die Verpflichtung der Gesellschaft, die Wagen auf Verlangen des Magistrats im Winter zu heizen, ausgesprochen. Außerdem findet sich darin der oben erwähnte Absatz c (Antrag Singer).

Stadtv. Goldschmidt ist über den Zusatz erfreut, der wenigstens den Wagenführern einigermassen entgegenkommt, da für diesen sehr schwierigen und aufreibenden Dienst auch 10 Stunden schon recht viel seien. Er bedauert nur, daß der Beschluß nicht einstimmig gefaßt ist. Die Stadt nehme an dem Gewinne theil und habe auch dafür zu sorgen, daß er nicht auf Kosten der Gesundheit der Angestellten erziele werde.

Stadtv. Wohlgemuth hat seiner wirtschaftlichen Ueberzeugung entsprechend gegen den Antrag gestimmt und will den in demselben liegenden Angriff auf die bestehende Wirtschaftsordnung auch hier im Plenum abschlagen helfen. Mit demselben Rechte könnten auf allen anderen Gebieten der städtischen Verwaltung ähnliche Anträge auf Einführung eines Maximal-Arbeits-tages gestellt werden. Die Gefahr des Dienstes für die Schaffner sei gar nicht so groß, und für das äußerste sei das Reichsgesetz da.

Stadtv. Spinola erklärt sich namens seiner (Keller-) Fraktion mit einer einzigen Ausnahme gegen diese Konzession an ein sozialdemokratisches Prinzip.

Stadtv. Singer: Ich will auf die Angstpolitik des Kollegen Wohlgemuth nicht eingehen, weil ich zu ihm doch das Vertrauen habe, daß er etwas, was er sonst als richtig ansieht, nicht aus purer Angst unterlassen wird. Aber charakteristisch ist, daß solche Ansichten hier ausgesprochen werden können. Unvorsichtig war es doch gewiß, offen zu erklären, daß nicht sachliche Erwägungen bei ihm ausschlaggebend sind. Ich verspreche ihm, dafür zu sorgen, daß die Bürgerchaft gelegentlich Veranlassung bekommt, sich mit ihm und seinen Freunden auseinanderzusetzen, ob sie an sich richtige Dinge aus Angst unterlassen (Widerspruch und Sehr gut!). oder ob sie den Dingen sachlich auf den Grund gehen sollen. Herr Wohlgemuth fürchtet, daß sich aus diesem Beschlusse weitere Anträge als Konsequenz entwickeln können. Ja, sind Sie denn nicht auch dazu hier, um die Gesundheit und die körperlichen Interessen der Schaffner von Berliner Arbeitern und Angestellten zu vertreten? Sie rühmen sich, Vertreter der ganzen Stadt zu sein; wollen Sie da als Vertreter nur einer Klasse der Bevölkerung Ihre Beschlüsse fassen? Die Gefahr für die Schaffner sei nicht so groß, heißt es. Wie viel Leute müssen denn erst todgefahren sein, bis diese Gefährlichkeit konstatiert ist? Die Schaffner haben einen außerordentlich angestrengten Dienst in körperlicher und geistiger Beziehung. Für die Fälle, wo Uebermüdung einen Unfallfall herbeiführt, sind sie auch noch strafrechtlich haftbar; mit der Verschärfung der Bahn zum Schadenersatz können sie sich nicht herausreden. Verlangt wird nun weiter nichts, als daß für diese Betriebe eine Maximalarbeitszeit von 10 Stunden festgesetzt wird. Damit wird kein Prinzip im allgemeinen konstatiert; es ist in der Gewerbe-Ordnung dem Bundesrat für bestimmte Betriebe längst eine gleiche Befugnis zugesprochen, und Sie, die Väter der Selbstverwaltung, wollen sich etwa der Gefahr hingeben, daß, wenn Sie nicht selbst diese Bestimmung treffen, der Bundesrat auf dem Wege der Verordnung diese Einrichtung schafft? Wenn Sie keine Veranlassung haben, sich in die Privatgeschäfte der Unternehmungen einzumischen, warum nehmen Sie dann Geld von diesen Unternehmungen? In dem Maße der Beteiligung Berlins an dem Gewinn ist auch die Stadt der Arbeitgeber dieser Schaffner. Ich möchte dringend bitten, diese Bestimmung bestehen zu lassen. Bei der vorhandenen Zwangslage können wir den Vertrag nur annehmen, wenn einige soziale

Forderungen erfüllt werden, welche wir zu stellen haben. Für uns steht und fällt der Vertrag mit diesen Bestimmungen.

Stadtv. Lünen: Ich bin ebenfalls ein Gegner der neuen Bestimmung. Die Versammlung hat sich nicht das Recht anzu-maßen, in die Arbeitsverhältnisse der Privatgesellschaften sich zu mischen. Der Versammlung geht das gar nicht an! (Heiterkeit.) Ich will Herr in meinem Hause sein; zur Verhütung von Unglücksfällen ist die Polizei da (Lachen, Widerspruch und Zustimmung). Wir stehen ganz Deutschland gegenüber mit solchem Beschlusse; nachher wird's immer heißen: Berlin hat damit angefangen, ein solches Prinzip zu schaffen. Also im Interesse der deutschen Industrie (Heiterkeit) bitte ich Sie, solchen undurchsichtigen Antrag abzulehnen.

Stadtv. Wohlgemuth hat nicht in dem Sinne Angst, wie ihm Singer untergeschoben; er hat im Gegentheil den Muth seiner Ueberzeugung bekundet.

Nach einander sprechen dann die beiden Fraktionskollegen des Vorredners, Stadtv. Dinsse und Preuß für den Ausschussantrag, der lediglich eine Zweckmäßigkeitsfrage regeln wolle.

Der Passus c des § 23 wird abgelehnt. Von 95 Anwesenden stimmen nur 42 dafür.

§ 30 betrifft die Regelung der Fragen der Kreuzung, des Anschlusses und der Mitbenutzung zum Betriebe von anderen Bahnen. Hier liegt der entscheidende Punkt; es handelt sich um 400 Meter oder 650 Meter. Nach der Meinung des Referenten sind 650 Meter kein zu großer Anspruch an die Gesellschaft, da auch damit noch keineswegs alle notwendigen Konkurrenzlinien geschaffen werden könnten. Davon, daß die Gesellschaft sich doch nicht selbst Konkurrenz machen könne, könne doch verständigerweise nicht gesprochen werden. Es handle sich darum, zu verhindern, daß ein faktisches Monopol entstehe.

Stadtv. Wohlgemuth hebt auch in diesem Falle zur Minorität. In der Öffentlichkeit hätten vielfach die Verfechter des neuen Standpunktes es an Objektivität fehlen lassen, denn es handle sich ja nur um einen umgekehrten alten Vertrag, in den plötzlich eine solche einer Expropriation ähnlich sehende Bestimmung hineinkommen solle. Auf den Eventualantrag Dinsse, der eine Reihe von Linien aufzählt, auf welchen im Falle der Ablehnung des Ausschussantrages die Gesellschaft ein Mitbenutzungsrecht von über 400 Meter zugesprochen soll, möge die Versammlung nicht eingehen.

Stadtv. Kalisch vertritt denselben Standpunkt; er erklärt, daß die Gesellschaften sich eben nicht depoffizieren lassen werden, und daß sie ja Narren wären, wenn sie es thäten. (Der letztere Ausdruck wird von der Versammlung mit lebhaften Ausprägungen des Unwillens ausgenommen und vom Vorsteher gerügt.)

Stadtv. Dinsse vertritt seinem Fraktionsgenossen Wohlgemuth gegenüber den Beschluß des Ausschusses und seinen Eventualantrag. Daß die Vertreter der Gesellschaft in diesem wunden Punkt sich getroffen fühlen, sei nur natürlich. Siebzehn Jahre lang habe die Gesellschaft sich stillschweigend die Hauptstraßen übergeben lassen und habe jetzt das tatsächliche Monopol in Händen; der Magistrat habe die hierin liegende Gefahr nicht zeitig erkannt. Die heutige Sachlage sei ein Unglück für die Verkehrsentwicklung von Berlin.

Stadtv. Jacobi sucht der Versammlung zu Gemüthe zu führen, daß in diesem Punkte die Pferdebahn auf keinen Fall nachgeben kann und die Verantwortung für das Scheitern des Vertrages sonach die alleinige Verantwortung tragen würde.

In namentlicher Abstimmung wird der Ausschussantrag (650 Meter) mit 61 gegen 32 Stimmen angenommen, und in dieser Fassung § 30.

Der Rest des Vertrages wird ohne erhebliche Debatte nach den Ausschussvor schlägen genehmigt, so auch § 39a (Pensionskasse).

In § 2 (Verlängerung der Konzessionsdauer) erklärt

Stadtv. Singer, daß er mit seinen Freunden prinzipiell auf dem Standpunkte der Ablehnung der Ueberlassung des Betriebes an privatkapitalistische Gesellschaften nach wie vor steht. In England sei schon in 8 Städten kommunaler Pferdebahnbetrieb; in Köln, Düsseldorf und Frankfurt a. M. schweben Verhandlungen gleicher Tendenz. Bei der Unmöglichkeit, diese Auffassung zum Durchbruch zu bringen, hätte er vielleicht für die Verlängerung des Vertrages gestimmt; nach Ablehnung des Antrages zu § 23 könnten sie dies nicht mehr über sich gewinnen.

Nach einer kurzen Gegenbemerkung des Stadtv. Cassel wird § 2 angenommen, ebenso die Resolution des Ausschusses.

Vom Stadtv. Kalisch ist eine weitere Resolution vorgeschlagen, wonach der Magistrat aufgefordert werden soll, sofort mit den anderen eine Konzession zum elektrischen Bahnbetriebe nachsuchenden Unternehmern in Verhandlung zu treten.

Ueber diese Resolution wird eine besondere Diskussion stattfinden.

Der Vertrag im ganzen wird in namentlicher Abstimmung mit 64 gegen 25 Stimmen angenommen.

Damit ist die Verhandlung dieses Gegenstandes erledigt und die Sitzung wird geschlossen.

Schluss nach 1/2 10 Uhr.

Lokales.

In den Verhaftungen von Parteigenossen, die am 7. April im vierten und sechsten Reichstags-Wahlkreise erfolgt sind, ist zu berichten, daß man sämmtliche bis dahin noch in Haft gewesenen Genossen am Mittwoch Abend wieder auf freien Fuß gesetzt hat. Was nunmehr noch an großen Polizeihäuten geschehen soll, muß abgewartet werden.

Die Adressen der Lokalkommissions-Mitglieder sind:

- 1. Wahlkreis: Friz Kubat, Kochstr. 11, 4 Tr.
2. Star Kentel, Stralauerstr. 54, 4 Tr.
3. W. H. Mewes, Gräferstr. 31, Seitenfl. 1 Tr.
4. Georg Schumann, Rindb. 22.
5. Star Wahl, Brunnstr. 8, Seitenfl. 1 Tr.
6. W. H. Ding, Dresdenstr. 45, 3 Tr.
7. (Dt): Ost. Blume, Frankfurter Allee 81, Hof 3 Tr.
8. Heint. Faber, Rüdersdorferstr. 24 part.
9. (Südost): W. H. J. Schel, Köpnickestr. 100.
10. Max Kengel, Wangelfstr. 84.
11. Hermann Balke, Sorauerstr. 7, 1 Tr. (für Treptow).
12. W. H. Spät, Weinstr. 28 part.
13. Gust. Basse, Sophienstr. 29/29.
14. Gust. Wibel, Swinemünderstr. 88 part.
15. W. H. Weise, Mostoderstr. 28, 2 Tr.
16. W. H. Freythafer, Gartenplatz 1, 3 Tr.
17. Schulz, Spichernstr. 132.

Alle Anfragen resp. Briefsendungen sind an Ost. Wahl, Prinzenstr. 8, Seitenfl. 1 Tr., zu richten.

Achtung, 2. Wahlkreis! Auf die vom „Sozialdemokratischen Wahlvereins des II. Wahlkreises“ am Montag, den 19. April (2. Osterfesttag), vormittags 11 1/2 Uhr veranstalteten zwei Matinee's: 1. im Lokale des Herrn Biedel, Hasenb. 53/54, 2. im Lokale des Herrn Gosmann, Kreuzbergstr. 48, machen wir hierdurch noch besonders aufmerksam. Das geringe Entree von 20 Pf. ermöglicht jedem Genossen den Besuch; alles nähere bringen die Programme. Zahlreicher Theilnahme steht entgegen der Vorstand.

Achtung, Genossen und Genossinnen! In der Versammlung, welche am Sonntag (1. Feiertag), den 18. April cr., abends 7 Uhr, beim Genossen Jubeil, Lindenstr. 106, stattfindet, wird der Genosse

Maffatsch über: „Die heilige Stellung der Frau“ referieren. Am rege Theilnahme wird gebeten.

Von Parteigenossen des vierten Reichstags-Wahlkreises (Südost) wird am Donnerstag, mittags 12 Uhr, im Konzerthaus Sanssouci, Kottbuserstr. 4a, eine Matinee der Stettiner Sänger veranstaltet, auf die wir hiermit hinweisen. Da der Eintrittspreis auf nur 30 Pf. festgesetzt ist, steht gewiß ein zahlreicher Besuch zu erwarten.

Arbeiter-Bildungsschule. Von Sonntag, den 25. April ab ist die Bibliothek in der Nordstraße, Brunnensstr. 25, an folgenden Tagen geöffnet: Sonntags 10-12 Uhr, Dienstags und Freitags abends 7-10 Uhr. Mitgliedsbeiträge werden daselbst entgegen genommen, ebenso in den Bibliotheken. Alle Sendungen und Zuschriften sind an den ersten Vorsitzenden Paul Mücke jun., Rantaustr. 119, zu richten. Der Vorstand.

Zum Prozeß gegen Koshemann und Genossen. Eine große Aktion der politischen Polizei ist in diesen Tagen draußen in Moabit vor sich gegangen. Man brauchte nur einen Blick in das Zeugenzimmer, in den Schwurgerichtssaal zu werfen, brauchte nur den Korridor auf und ab zu wandeln, um darüber ins Klare zu kommen: überall wimmelte es von Agenten der politischen Polizei. Im Zuscherraum kamen auf jeden harmlosen Neugierigen zwei Geheimpolitisten, eine Doppelreihe von Zeugenstühlen war von Kriminalbeamten besetzt und ein wenig davor am besonderen Tische vor besonderen Aktenstücken saß Kommissarius Bösel, der Mann, der das Anlagematerial aufgebaut hat. Das ist eine ganz andere Rolle, die die politische Polizei hier spielt, als in dem Prozesse Sedert-Lühow oder in dem Verfahren, das zur Vernichtung unserer Partei-Organisation führen sollte. Und sie ist sich dessen bewußt. Wie höflich und rücksichtsvoll gehen selbst die Verteidiger mit ihr um. Staatsanwalt Rangow feierte in seiner Anklagerede ihre Präventivthätigkeit zum Schutz des ruhigen Bürgers. Aus der Thatsache, daß die beiden Angeklagten Koshemann und Westphal lange Zeit polizeilich observiert worden sind, sah er den Beweis der Gefährlichkeit dieser Leute: „denn die Polizei thut so etwas nicht zum Spaß“. Aber trotz dieses eigenen und fremden Lobes der politischen Polizei bleibt die Frage: was hat die Beweiserhebung an belastendem Material wirklich ergeben? In dem Augenblick, wo wir dies schreiben, liegt der Spruch der Geschworenen noch nicht vor, aber schon steht fest, daß die Myrmidonen der politischen Abteilung mit heissem Vermögen Wasser durch ein Sieb gegossen haben und daß nur wenige Brocken darin zurückgeblieben sind. Wenn der Staatsanwalt selber die Anklage gegen Frau Westphal und den Schuhmacher Weber ganz, gegen Westphal und Frau Gärtler zum guten Theile fallen läßt, dann kann man wirklich nicht gut mit Herrn Bösel von erdrückendem Material reden, das in diesen Verhandlungen zu Tage gefördert worden ist. Bleibt Koshemann übrig. Aber was gegen ihn geführt ist, ist ein Indizienbeweis, mit all den Mängeln und Fehlerquellen eines Indizienbeweises. Eine große Rolle spielt darin die Rekognition. Aber die Gabe, scharf zu beobachten und zu unterscheiden, ist äußerst selten. Wenn einer der Herren Geschworenen den sichersten Zeugen aufgefordert hätte, sich umzudrehen und nun von seiner, des Fragenden, Person, die er unmittelbar vorher vor Augen gehabt hat, eine Beschreibung zu liefern, was für Antworten hatte es da gegeben? Und wie hätten diese Antworten differirt, wenn das Experiment bei verschiedenen Zeugen wiederholt worden wäre. Und dann die Zeitangaben! Man verjagt nur, sich auf die zeitliche Folge der eigenen Handlungen an einem etwas zurückliegenden Tage zu besinnen und man wird die Schwierigkeit solcher Feststellungen erkennen. Ganz unsicher sind die Beweise, die auf dem Gutachten der Schreibsachverständigen beruhen. Der Staatsanwalt hat sehr gut daran, daß er in seinem Plaidoyer auf die Ergebnisse der Graphologie nicht allzuviel Gewicht legte. Mit um so größerem Nachdruck hob er die psychologischen Momente hervor. Mit der Psychologie aber ist es eine eigene Sache. Der große Romanschriftsteller und Psychologe Dostojewski vergleicht sie einem Stabe mit zwei Enden. Man kann ihn von beiden Seiten gebrauchen, man kann psychologische Vorgänge in dem einen, ebenso gut aber auch in dem andern Sinne deuten. Es bleibt Sache der Auslegung und des Geschicks.

Es läßt sich darüber streiten, ob die Vertreibung der Angeklagten in den geschicktesten Händen gelegen hat. Sicher ist, daß der Vorsitzende sowohl wie der Vertreter der Anklage sehr begabte Juristen sind, denen die Verteidiger trotz ihrer Vierzahl nicht gewachsen waren. Den Verteidigern fehlt es, von Rechtsanwaltschaft abgesehen, offenbar ganz an kriminalistischer Erfahrung und an allgemeiner politischer Bildung. Sie mögen tüchtige Vertreter vor dem Zivilgericht sein, die rechten Männer, eine Sache vor Geschworenen zu führen, sind sie nicht. Charakteristisch war die Neugierigkeit, mit der sie verniedert, das Kreuzverhör der Kriminalbeamten zu vertiefen und die Thätigkeit der politischen Polizei durch andere Beispiele zu beleuchten. Das hätte sehr nahe gelegen. Wie viel zu diesem Verzicht die Prozeßleitung beigetragen hat, soll nicht untersucht werden.

Als der Staatsanwalt die Freisprechung der Frau Westphal und des Schuhmachers Weber beantragte, ging ein Leuchten der Freude über die Gesichter der beiden, die die lange Untersuchungsfrist gelblich gefärbt hat. Koshemann blieb, während Herr Rangow gegen ihn donnerte, so ruhig, wie an den Tagen vorher. Die unerklärliche Gelassenheit, die er während des ganzen Prozesses in allen seinen Phasen bewiesen hat, zeigt, daß der Inhaberschaft aussehende Jüngling feste Nerven hat.

Die Würfel sind im Wech. Wird Freiheit oder langjährige Zuchthausstrafe für ihn und Westphal herauspringen?

Der unglückliche Albert Fietzen, von dessen Unschuld so wenig jeder Mensch in Deutschland, mit Ausnahme der beschuldigten Justizfaktoren, überzeugt ist, hat aus dem Zuchthause in Werden a. d. Ruhr an seine hier lebenden Verwandten einen Brief gerichtet, der uns freundlich zur Veröffentlichung überlassen worden ist.

Das vom 11. April datirte Schreiben lautet:

Lieber guter Bruder, Schwägerin und Familie!
Der Grund, warum Du, mein guter lieber Bruder, mir keine Nachricht zukommen läßt, ist mir bis dato unerklärlich gewesen. Jetzt erkläre ich mir die Sache dahin, daß Du nicht eher schreiben wolltest, als bis die gerichtliche Entscheidung über die Wiederaufnahme des Verfahrens getroffen wurde. Gestern nun am 10. d. M. bekam ich vom königlichen Amtsgericht hier die Zustellung, daß das Wiederaufnahme-Verfahren wieder abgelehnt ist, vom 31. März. Den Schreck, den ich bekam, könnt Ihr Euch nicht vorstellen, da es meine letzte Hoffnung war, da ich erwartete, daß meine wahre Unschuld an das Tageslicht kommen würde, und jetzt werde ich hier als der gemeinfte Verbrecher, als ein Mörder sterben müssen. Meine lieben Angehörigen alle, glaubt mir, ich schwöre es Euch allen, Gott der allwissende ist mein Zeuge, daß ich nicht der Mörder meiner unglücklich verstorbenen Frau, auch keine Ahnung von der schändlichen That habe, daß ich aber fest glaube, daß der Wilhelm die That gethan hat. Daß der hohe Gerichtshof doch diese Einsicht gebraucht und hätte mir eine neue Verhandlung gegeben, meine wahre Unschuld wäre bewiesen worden und ich hätte den schändlichen Fleden aus unserer tadellosen Familie wieder gereinigt, wo ich jetzt als entehrter verdammter Mensch im Zuchthause werde sterben müssen, es müßte denn den Wilhelm sein Gewissen und deren Pflegemutter, der Frau Linden, welche jedenfalls alles von der Mordthat weiß, keine Ruhe lassen, und alles vor Gericht bekennen, ehe sie sterben. Ueber den Gerichtsbeschluss mich zu äußern, darf ich nicht, das Gericht erkennt in dem Zeugen Androl nichts neues, da selbiger sich schon am 20. Juni 1887 freiwillig gemeldet hat und nichts von dem Gesändnis des Wilhelm gesagt hat, deswegen nicht für glaubwürdig anerkannt wird. Was den Zeugen Klauscher (Berlin) betrifft, hat das Oberlandesgericht die Vernehmung abgelehnt, weil es sämtliche Erklärungen des Wilhelm als durchaus unglaubwürdig betrachtet. Lieber Bruder, man sollte es für unmöglich halten, auch wieder in dem Beschluß

Erwähnung gethan, daß schon vor 1887 Einwirkungen von unserer Familie auf Wilhelm stattgefunden hätten, wie die Staatsanwaltschaft hier anführt. Da ich ganz bestimmt von Dir weiß, lieber Bruder, daß dies nie geschehen ist, so frage ich Dich, kannst Du Dich nicht dagegen beschweren? Mir ist und bleibt es unerklärlich, warum die Geständnisse des Wilhelm nicht geglaubt werden. Ich könnte wohl eine Erklärung hierüber abgeben, aber es könnte für eine Beleidigung des hohen Gerichts angesehen werden und der Brief ginge dann nicht ab. Zum Schluß bemerke ich noch, theile es doch sofort dem Herrn Dr. Lenzmann mit, da es möglich ist, daß ihm der Beschluß noch nicht bekannt, im Falle er Beschwerde am Oberlandesgericht erheben will, auch hätte ich bestimmt geglaubt, der Herr Doktor hätte mich noch einmal, ehe er die Wiederaufnahme eingereicht hätte, hier besucht. Schreibe ihm in meinem Namen. Der liebe Gott wird es Ihm belohnen, daß er so für mein Recht eingetreten ist, auch daß er von meiner wahren Unschuld überzeugt ist, sonst wäre er nicht öffentlich im Reichstage für mich aufgetreten, es ist nur schade, daß dieser hohe Herr so sehr in Anspruch genommen ist, sage ihm meinen herzlichsten Dank für alles, was er gethan hat. Dann sage allen Herren meinen herzlichsten Dank, welche für mich im Reichstage aufgetreten sind, auch sage allen, daß so wahr ich Albert Fietzen heiße und Dein Bruder bin, ich bin unschuldig zum Tode verurtheilt. Auch sage dem Herrn Oberstleutnant v. Gilly meinen herzlichsten Dank für seine Bemühungen. Herzliche Grüße an Euch alle, Euer unglücklicher
Albert.

Bitte um baldige Antwort.

Die Bäckermisſion wird von dem hiesigen „Christlichen Verein junger Männer“ mit besonderer Liebe und Sorgfalt gepflegt. Die Misſionsarbeit besteht jedoch nicht darin, daß die frommen Brüder etwa unter den Meistern für eine Hebung der wirtschaftlichen Lage der Angestellten, der Gesellen und Lehrlinge, agitieren. Die Misſion erstreckt sich überhaupt nicht auf die Meister, sondern nur auf die Gesellen und Lehrlinge, und sie soll auch nicht dazu dienen, diesen eine menschenwürdigeren Existenz zu verschaffen, sondern nur dazu, sie zu frommen, genügsamen und demüthig duldbaren Menschen zu machen. Darum wird die Arbeit des Vereins auch von so vielen Meistern so eifrig unterstützt. Mancher einer unter ihnen mag darin das letzte Mittel gegen die Vergeßlichkeit der Gesellen erblicken, die ihn mit ihrer Forderung höherer Löhne, kürzerer Arbeitszeit, gefänderer Schlafräume u. s. w. bedrohen. Am meisten haben unter dem frommen Eifer ihrer Meister die Lehrlinge zu leiden, die ja dem Lehrherrn gegenüber wehrlos sind. Die Bäckereimission „Konordia“ hat vor mehreren Jahren geradezu ihre Fortbildungsschule in die Räume der Zweigabteilung „Alexanderplatz“ des „Christlichen Vereins junger Männer“ verlegt und hat diesem Verein für die kostenlose Ueberlassung der Räume das Recht gewährt, die Lehrlinge nach dem zweisündigen Unterricht noch anderthalb Stunden länger dazubehalten und ihnen noch eine besondere Beispielsnahrung zu verabreichen. Sehr lehrreich ist, was in der Aprilnummer des „Monatlichen Anzeigers“ des genannten Vereins über die Arbeit an diesen Lehrlingen berichtet wird. „Bei den Bäckereilehrlingen“, heißt es da, „haben wir die besondere Pflicht, kurz und möglichst kräftig und für unsere Zuhörer interessant zu reden, denn wir haben es dort mit einem unsichtbaren Feinde zu thun, den zu verschrecken und nicht immer leicht wird: dem Schlaf. Und wer wollte es den jungen Leuten übel nehmen, wenn sie mit Müdigkeit kämpfen müssen, nachdem sie in der Nacht gearbeitet haben und am Nachmittag eigentlich schlafen sollten.“ Dieses „eigentlich“ ist in der That löstlich! Also trotz der Einsicht, daß den armen Jungen Ruhe Noth thäte, hält man sie zurück und langweilt sie mit dem Vortrag erbaulicher Geschichten, mit Bibelanlegungen u. s. w.! Der Bericht sagt weiter: „Diese kleine Schwierigkeit (die Müdigkeit nämlich) beeinträchtigt jedoch die Freude am Kommen keineswegs und viele streuen sich die ganze Woche auf ihre Erholungsstunden in unferem Hause. Als es vor etwa 2 Jahren den Anschein hatte, als sollte die Schule in ein anderes Lokal verlegt werden, haben manche bitterlich geweint, — gerade auch solche, an denen wir bisher weder Interesse noch Verständnis für unsere Sache wahrgenommen hatten.“ Soll man daraus auf einen gottesfürchtigen Sinn unserer Berliner Bäckereilehrlinge schließen? Man darf wohl eher annehmen, daß manche dieser Jungen sich bei den christlichen jungen Männern nur deshalb wohl fühlten, weil sie hier noch auf weitere anderthalb Stunden wenigstens halb schlafen können, während sie in dieser Zeit beim Meister trotz aller Müdigkeit doch nicht ruhen dürfen. Nur so kann man es sich erklären, daß gerade solche Jungen die Erbauungsstunden am meisten lieb gewonnen hatten, die für die „höheren“ Zwecke und Absichten des Vereins weder Interesse noch Verständnis gezeigt hatten. Daß die Schwärmerei für diese Erbauungsstunden hinterher nur bei wenigen länger vorhält, also schwerlich bei vielen echt sein kann, das geht auch aus dem Bericht selber hervor: „Aus vielen unserer Lehrlinge sind im Laufe der Zeit Gesellen geworden, und einige von diesen besuchen jetzt regelmäßig die Versammlungen der Bäckereigesellen. Wir wünschten zwar, daß noch viel mehr in dieser Weise ihre Treue bewiesen, doch muß in betracht gezogen werden, daß Bäckereigesellen viel wandern.“ Am Wandern allein wird es wohl nicht liegen, daß die ehemaligen Bäckereilehrlinge als Gesellen so selten wiederkommen.

Die beiden verhafteten Anarchisten Landauer und Spohr sind nach dem Untersuchungsgefängnis in Moabit übergeführt worden und haben gestern die erste Vernehmung vor dem Amtsrichter Werler gehabt. Die Verhafteten werden beschuldigt, bei ihrer Aussage im Prozeß Koshemann und ihren Mittheilungen über die von dem verstorbenen Pentmann an Spohr gerichtete Postkarte einen Wein (?) geleistet zu haben. — Soeben theilt uns Herr Spohr per Rohrpostkarte mit, daß er wieder auf freien Fuß gesetzt sei, da der Herr Untersuchungsrichter keinen begründeten Anlaß für die Annahme fand, daß Spohr die Postkarte selbst geschrieben habe. Ob Herr Landauer ebenfalls freigelassen wurde, ist uns zur Zeit nicht bekannt.

Der zum Oberinspektor des Arbeitshauses zu Rummelsburg gewählte Herr Magistratssekretär Pieper wurde gestern durch den Vorsitzenden der Deputation des Arbeitshauses, Stadtrath Namroth und Stadtrath Heller in sein Amt eingeführt.

Auch eine Kritik des Wilhelm-Denkmal. Dieser Tage hatte ich, so schreibt uns einer unserer Mitarbeiter, Gelegenheit, ganz untheilhaftig ein droßliches Urtheil über das Kaiser Wilhelm-Denkmal zu hören aus dem Munde eines einfachen Mannes, der sich in seinem dunklen Orange des rechten Empfindens wohl bewußt war. Ich sah auf dem Verdeck eines Omnibusses auf der Fahrt aus dem Norden nach dem Südwesten. Unter den Deckpassagieren befand sich auch einer, der, wie es zuweilen vorkommt, in gemüthlicher Weise mit seiner Nachbarschaft eine laut geführte Unterhaltung anknüpfte und über alles mögliche und sonst noch etwas sprach. Als unser Vehikel den Aufgänger passirte und in die Schloßfreiheit einbog, wurde der Gesprächsstoff natürlich auf das Wegdenkmal gelenkt und da hörte ich denn den Wortführer in der Unterhaltung ein Urtheil fällen, welches mich vermöge seiner neuen Empfindungswahrheit einigermaßen frappirte. Der Mann zog nämlich eine Parallele zwischen dem Denkmal des „alten Fritz“ und dem des „alten Wilhelm“ und gab dem ersteren den Vorzug vor dem letzteren, indem er meinte: „Das Denkmal vom alten Fritz gefällt mir besser. Da sind wenigstens die jungen Generäle mit drauf, — aber hier sind ja weiter nicht wie nackte Frauenzimmer!“ — Vox populi!

Der Arbeitsausſchuß der Gewerbe-Ausstellung von 1896 hat sich nunmehr endlich entschlossen, die Arbeiten zur Wiederaufstellung des Treptower Parks im Wege der beschränkten Submisſion ausschreiben zu lassen. Als Endtermin zur Abgabe von Geboten ist, wie wir hören, der 26. April festgesetzt worden. Auf Grund der vom städtischen Obergärtner Hempel aufgestellten Pläne für die Wiederherstellungsarbeiten hat der Arbeitsausſchuß zugleich durch Sachverständige einen Kostenaufschlag aufstellen lassen, wonach die Ausführung dieser Arbeiten einen Kostenaufwand von 100 000 M.

erfordern würde; er ist indeß zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Wiederherstellungsarbeiten besser und schneller durch den Magistrat selbst bewirkt werden könnten, weil diesem, wie mit Recht angenommen wird, ein zahlreicheres und fachkundigeres technisches Hilfspersonal zu Gebote steht, als irgend einem Privatunternehmer. Daher hat der Arbeitsausſchuß dem Magistrat nachmals den Vorschlag unterbreiten lassen, die Wiederherstellungsarbeiten im Treptower Park mit Ausschluß desjenigen Terrains, welches die Allgemeine Gartenbau-Ausstellung zu ihren Zwecken beansprucht, gegen Zahlung des erwähnten Kostenbetrages von 100 000 M. selbst in die Hand zu nehmen. Es ist Sache des Magistrats, sich nicht überdöseln zu lassen.

In der Urania (Zwölfdenkstraße) wurde am Mittwoch Abend von Herrn Dr. med. Franz Kronecker ein Projektionsvortrag über das Himalaya-Gebirge gehalten. An dem Vortrage waren die Lichtbilder, welche die höchste Alpenwelt unserer Erde veranschaulichten, entschieden das interessanteste; die Ausführungen des Redners selber, der im vorigen Jahre Indien bereist hat, dienten nur als Erläuterungen, und zwar als recht trockene zu den vorgeführten Bildern. So floßen denn die Berichte über die allgemeinen Zustände auf diesem interessanten Stück Erde recht spärlich; ein soziales Interesse bietet vielleicht die mit einiger Bewunderung wiederzugegebene Mittheilung, daß die eingeborenen Diener und Führer, welche Herrn Kronecker begleiteten, streng auf einen recht kurz bemessenen Normalarbeitstag sahen und sich durch kein Mittel der Welt animiren ließen, mehr zu leisten, als sie für billig hielten. Es scheint demnach, daß der göttlichen Weltordnung im Innern Indiens noch sehr wenig Respekt entgegengebracht wird.

Aus dem preussisch-deutschen Militärstaats weiß die „Berl. Zeitung“ folgende Historie zu melden: „Ein schneidiger Kavallerie-Lieutenant fuhr vorgestern Abend in der sechsten Stunde an der Oranien- und Lindenstraßen-Ecke mit seinem Sig, welches er selbst lenkte, in einem um die Ecke biegenden Arbeitswagen der Firma Domke aus der Holzringstraße direkt hinein. Durch den bestigen Anprall wurde der Scheerbaum des Domke'schen Wagens zerbrochen und der Kutscher, namens Coquette, zu Boden gerissen. Ohne von dem angerichteten Schaden irgend welche Notiz zu nehmen, wollte der Herr Lieutenant weiter fahren, wurde jedoch von den vielen Passanten und Augenzeugen daran verhindert. Es wurde ihm das Pferd festgehalten und ein Schuhmann herbeigeholt. Als derselbe erschien, forderte ihn der Lieutenant auf, die Menge auseinanderzutreiben, damit er freie Fahrt beläme, und zwar mit den Worten: „Bringen Sie die Leute fort!“ Dies geschah auch, und der Herr Lieutenant fuhr davon, ohne daß es von dem Schuhmann nötig gefunden wurde, die Personalien des schneidigen Herrn festzustellen. Nun erst machte sich der Schuhmann daran, sich von dem Geschädigten die Sachlage erklären zu lassen. Welchen Zweck das jetzt noch, nachdem der schuldige Theil davongefahren war, hatte, konnte sich allerdings niemand erklären.“

Arbeiter-Fahrkarten. Für die Beförderung der Arbeiter auf den preussischen Staatsbahnen sind seit dem 1. April einige neue Bestimmungen in Kraft. Die Arbeiter-Wochenkarten können jetzt an jedem Wochentage gelöst werden und gelten für sechs aufeinander folgende Arbeitstage entweder zu einer täglichen Hin- und Rückfahrt oder zu einer täglichen Fahrt zwischen Wohnort und Arbeitsstelle. Werden dieselben an einem Nachmittage gelöst, so kann die letzte Rückfahrt auch noch am siebenten Arbeitstage vormittags erfolgen. Wo die Arbeiter bei der Fahrt nach dem Arbeitsort am Montag früh oder am Tage nach einem Festtage zu spät auf der Arbeitsstelle eintreffen würden, oder auch aus anderen Gründen kann die Benutzung der dazu bestimmten Füge mit Arbeiter-Fahrkarten auch am Sonntag oder dem betreffenden Festtage gestattet werden. Bezüglich der Arbeiter-Rückfahrkarten bleiben die bisherigen Bestimmungen in Kraft. Die Ausgabe der einfachen Arbeiter-Fahrkarten wird aufs äußerste beschränkt; dieselben sollen nach und nach ganz aufgehoben werden.

Die unter städtischer Verwaltung stehende Berliner Tischerschule beginnt den Unterricht für das Sommerhalbjahr 1897 mit dem 22. April. Gegenstände des Unterrichts und der Übungen sind: Freihandzeichnen, Projektionszeichnen, Gipszeichnen, Holzverbindungs- und Formenlehre, Fachzeichnen für Tischler, chemische Behandlung der Hölzer, Modelliren und Holzbildhauern, Fachzeichnen für Drechsler und Werkzeug- und Materialkunde für Drechsler. Der Unterricht findet statt: Kraustr. 49, Wasserthorstraße 31, Behdenickerstr. 17, Thurnstr. 86, Fruchtstr. 88, Reichenbergerstr. 131, Ballaststr. 15, Putzbrunnstr. 23. Die Schüler zahlen für Kursus im Fachzeichnen 4 M.; für den Unterricht in den übrigen Kursen je 2 M. für das Halbjahr.

Der III. Jyklus der vom Magistrat angeordneten elektrischen Vorlesungen des Professors Eymanns beginnt am 24. April d. J. in den Räumen der I. Handwerkerſchule, Lindenstr. 97/98.

Der neue Sommer-Fahrplan der Berliner Dampfstraßenbahn, welcher am 1. Mai in Kraft tritt, weist sehr viele und wesentliche Verbesserungen auf. So wird auf der Strecke Anhalterstraße — Rollendortplatz — Schöneberg — Friedenau — Steglitz vom Bahnhof Zoologischer Garten aus der zehn Minuten-Verkehr bis Friedenau (Canterstraße) bereits um 6.56 früh eröffnet und bis 11.16 abends ausgedehnt. Auch der zwanzig Minuten-Verkehr nach Steglitz beginnt bereits um 6.56 und wird bis 11.58 ausgedehnt. An Sonntagen und Feiertagen findet bei günstiger Witterung von 2 Uhr nachmittags ab der zehn Minuten-Verkehr bis Steglitz statt. Auf der Linie Rollendortplatz — Wilmersdorf — Schmargendorf — Hundesholz werden der 7.05 früh und der 10.05 abends vom Rollendortplatz abgehende Zug bis Forsthaus Hundesholz fahren. Ob auch die gemeingefährliche Ausbeutung der Arbeitskräfte an der Dampfstraßenbahn einer etwas gestreuten Behandlung Platz gemacht hat, wird nicht berichtet.

Das Polizeipräsidium macht bekannt: Der Apothekenbesitzer Dr. Bäcker in Berlin, Prinzenstr. 102 wohnhaft, ist zum pharmazeutischen Apotheken-Revisor und stellvertretenden Mitgliede der Kommission für die Prüfung der Apotheker-Gehilfen ernannt worden. Dem Apothekenbesitzer Kottke zu Charlottenburg, Spandauerstr. 25 wohnhaft, ist das Amt eines Revisor-Stellvertreters bei Apothekenrevisionen übertragen worden.

Die letzte Ehre in Preußen. Als am Mittwoch Nachmittag Dr. Strind auf dem Louisestädtischen Begräbnißplatz in der Bergmannstraße begraben wurde, wollte Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Langemann dem Todten an der Gruft einige Worte nachrufen. Doch mußte er dies, wie ein hiesiges Blatt meldet, bleiben lassen, weil keine kirchliche Genehmigung vorlag. Ein Pastor stand daneben.

Der Zentralstraßen-Prozeß, den „Volke-Prozeß“, den Prozeß Sedert-Lühow und den Koshemann-Prozeß wird in Bezug auf die Zeitdauer ein Prozeß überflügeln, welcher im Monat Oktober d. J. beginnen soll. Dem Vernehmen nach handelt es sich dabei um die Erklärung der Anklagesachen wider den Bankier Sternberg, die wohl schon zwei Jahre in der Schwebe ist. Für diesen Prozeß, der im großen Schwurgerichtssaal stattfinden wird, ist die „Ange“ Spanne Zeit von sechs Wochen in Aussicht genommen. Zum Glück handelt es sich um eine Straffamersache und nicht um eine Schwurgerichtssache, sonst würden außer den Richtern, dem Staatsanwalt und den Zeugen auch noch die Geschworenen zu bebauern sein.

Auf dem Stadtbahnhof Alexanderplatz erfährt der Verkehr mit dem heutigen Chaisfreitag eine längst erforderliche geborene anderweitige Regelung. An verkehrsreichen Tagen, namentlich an Sonntagen, entstand in dem Auf- und Abgange an der Königsstraße oft ein unentwirrbares Gedränge. Ein Menschenkrona wälzte sich zum Bahnhofsgeleise hinauf, der andere wälzte sich herab und drängte dem Abgange zu. Eine Theilung der Treppe durch eine Barriere in ein „rechts“ und „links“ erwies sich von vornherein als zwecklos. Nunmehr hat die Bahnverwaltung die gewaltige Lösung durchbrechen lassen, auf welcher der Bahnhofsgeleise ruht. Eine Treppe führt durch die neugeschaffene Oeffnung nach dem Wartesaal der Stadtbahn herab und von hier nach der Straße an der Stadtbahn, dicht

Fachverein der Stellmacher

Berlin und Umgegend.
Montag, den 19. April (2. Osterfeiertag), abends 5 1/2 Uhr, im Lokal „Englischer Garten“, Alexanderstr. 27c:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Herrn Dr. Weyl über: „Arbeit und Erholung im Klassenstaat und in der sozialistischen Gesellschaft: eine Osterbetrachtung.“
Darauf: Geselliges Beisammensein und Tanz.
Um zahlreiche Beteiligung bitten
Der Vorstand.

Fachverein der Holz- u. Bretterträger

Berlin und Umgegend.
Montag, den 19. April (2. Feiertag), nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Ewald, Schönleinstrasse No. 6.

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vereinsangelegenheiten. 2. Verschiedenes. — Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein mit Tanz.
Bühnenbesuch ist erwünscht.
Der Vorstand.

Verband der in Holzbearbeitungs-Fabriken u. auf Holzplätzen besch. Arbeiter Deutschlands

am 18. und 19. April (Oster-Feiertage), vormittags 9 Uhr, bei Wilke, Andreasstraße 26.

General-Versammlung

Nichtmitglieder haben keinen Zutritt; für Mitglieder legitimirt das Mitgliedsbuch.
Am 1. Oster-Feiertag, abends 8 Uhr, bei Wilke, Unterhaltungs-Abend für Mitglieder und deren Angehörige.
Eintritt freil.
Das Komitee.

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter

Zahlstelle Schöneberg.
Sonntag, den 18. April 1897, nachmittags 1 1/2 Uhr, in Obst's Salon, Grunewaldstraße 110:

Mitglieder-Versammlung.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Der Vorstand: Heinrich Band, Bevollmächtigter.

Verband der Möbelpolirer.

Die Versammlung im Osten fällt wegen der Feiertage aus. Die Kaffee- und Morgen-Abend von 6-8 Uhr in den Zahlstellen anwesend. Urania-Billets sind noch einige bei H. Schütz, Remerstr. 60a, zu haben. Die Kollegen werden ersucht, betreffs Abrechnung der Billets ihr Mitgliedsbuch mitzubringen und § 7 Abs. 1 und § 8 unter a zu beachten.
Der Vorstand.

Achtung! Putzer, Achtung!

Das Bureau Grenadierstraße 33 ist am 1. und 2. Osterfeiertag der Provinzial-Konferenz wegen geschlossen. Die Kollegen werden ersucht, ihre Beiträge am Sonnabend oder 3. Feiertag zu entrichten.

Auf dem Bau Kantstraße Charlottenburger Gefängnis haben die Innenspüler die Arbeit vom Rathsbaurmeister Herrn Krebs ebenfalls übernommen, der Baumeister Langnick ist nicht betheiligt.
Bei dem Bau Straße 18, Charlottenburg, muß es statt Schächler Schüler aus Pankow heißen.

Die Lohnkommission der Putzer Berlin und Umgegend.

Achtung! Männer und Frauen. Achtung!

Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen

am Montag, den 19. April (2. Osterfeiertag) nachm. 4 1/2 Uhr, im Lokale Alexanderstr. 27c bei Hoffmann.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Die Eroberung des Nordpols“. Refer.: Dr. Jost.
2. Diskussion.

Nach der Versammlung: Geselliges Beisammensein mit Tanz, arrangirt vom

Verein z. Wahrung der Interessen der Maurer Berlin und Umgegend.

Billets inkl. Tanz 25 Pf. — Billets sind bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern zu haben. — Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der Einrufer: Albert Schacht, Georgenkirchstr. 52.

Achtung, Friedrichsfelde!

Donnerstag, den 22. April 1897, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Schulz, Prinzen-Allee Nr. 6:

Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins.

Tages-Ordnung:
Vortrag, Diskussion, Vorstandswahl, Verschiedenes.
Der Vorstand.

Wedding-Park

Müllerstraße 178. Am Wedding-Platz, Ringbahn-Station.
In dem 3000 Personen fassenden, neuangelegten Garten mit schönen Lauben:

Am 1. und 2. Oster-Feiertag: **Großes Frei-Konzert**, ausgeführt von der Kapelle des Herrn Musikdirektors Koch.
Anfang 4 Uhr.
Bei ungünstiger Witterung ausreichender Schutz vorhanden.

Am 2. und 3. Feiertag: **Grosser Ball**. Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.
Verdeckte Sommerkegelbahnen. Franz. Billards.
Vollbelustigungen aller Arten.

Die Kaffeeküche ist täglich geöffnet.
Wilhelm Trapp.

Volksgarten (früher Weimann)

Badstrasse 56. Gesundbrunnen. Pankstrasse 25.
Telephon: Amt II Nr. 2136.

Zur Eröffnung der Sommer-Saison: Am 1. und 2. Oster-Feiertag: **Grosses Garten-Konzert**

verbunden mit **Theater- u. Spezialitätenvorstellung.**
Am 2. Feiertag: **Grosser Fest-Ball.**

Kaffeeküche, Karouffels, Kutschbahn, Schankein, Würfelbuden, Schießbuden etc. etc. — Rein Stadtbisessment ist der Neuzeit entsprechend vollständig renovirt worden, so daß dasselbe dem geehrten Publikum einen angenehmen Aufenthalt bieten wird.
15300*

Vereinen, Gesellschaften und Versammlungen empfiehlt die Besichtigung meines Etablissement's. Dasselbe verberge ich unter den annehmbarsten Bedingungen.
Um gütigen Zuspruch bitte!
Zernik, Direktor.

Abessinier-Brunnen für Feld und Garten, Sauger, Rohr, Gartenlaube, Stühle, Drahtgarn, Gewebe, Stachelbradt, Laternen, Segeltuch, H. Oelen, billig zu verkaufen. Carl Kaufmann, Grunewaldstr. 29, am Urban.
Die Besichtigung, die ich gegen Frau Schaudin ausgesprochen, nehme ich hiermit zurück und halte dieselbe für eine achtbare Frau.
15715 Frau Buchholz.

Orts-Krankenkasse der Handschuhmacher

und verw. Gewerbe Berlins.
Sonntag, den 26. April, vormittags 10 Uhr, bei Babel, Rosenthalerstr. 57:

Ordnentliche General-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Revisanten pro Rechnungs-Jahr 1896.
2. Bericht der Revisoren über stattgefundene Prüfung der Belege pro 1896 und Decharge-Ertheilung.
3. Verschiedenes.

Auf diese Versammlung werden die großjährigen männlichen Mitglieder sowie deren Herren Arbeitgeber aufmerksam gemacht und ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Berlin, den 16. April 1897.

Der Vorstand:
F. A. Berth, Holländisch, Vorsitzender 15506
Friedrichsmerstr. 50.

Orts-Krankenkasse für das Gewerbe der Verfertigung von Musikinstrumenten.

Sonnabend, den 24. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Babel, Rosenthalerstr. 57.

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Berlesung des Protokolls.
2. Jahresbericht für 1896.
3. Bericht der Revisoren.
4. Antrag des Vorstandes, betreffs Abänderung der §§ 10, 13 und 14 des Statuts.
5. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Kasse der Lederzurichter Berlins.

Sonntag, 26. April, vorm. 10 1/2 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11: 15306

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Rechnungslegung vom 1. Quartal 1897. 2. Geschäftliches.
Der Vorstand. G. Bulte.

Ortskrankenkasse d. Zimmerer-Gewerbes zu Berlin.

General-Versammlung
Sonntag, den 26. April 1897, Vormittags 10 Uhr, Grenadierstraße 33 bei Bulte.

Tages-Ordnung:
1. Abnahme der Jahresrechnung pro 1896.
2. Erweiterung der Unterstützungsdauer von 26 auf 39 Wochen, bezw. Abänderung der §§ 10 und 13 der Stat. sowie der diesbez. Nachträge.
3. Gehaltsregelung.
4. Verschiedenes.
15686
Der Vorstand:
H. Rudolph, Vorsitz., Prosdauerstr. 35.

Bekanntmachung.

Die ordentliche

General-Versammlung der Orts-Krankenkasse für den Kaufleute, Handelsleute und Apotheker

findet statt am Dienstag, 27. April, 8 1/2 Uhr abends, im „Lichtenhaldischen Kongerthaus“, Alte Jakobstraße 37.

Tages-Ordnung:
1. Abnahme der Jahresrechnung 1896.
2. Definitive Feststellung einer Gehaltssteigerung.
3. Wahl von 2 Vorstandsmitgliedern auf 3 Jahre und 1 Vorstandsmitglied auf 2 Jahre seitens der Kassemitglieder.
90/13

Der Vorstand:
Carl Barnewitz, Vorsitzender, Fährstr. 10.
Carl Baste, Schriftführer, Holzmarktstr. 38.

Hutmacher, Hutfournituren- und Filzwaren-Verfertiger zu Berlin.

Sonntag, den 26. April 1897, vormittags 10 Uhr, im Restaurant des Herrn A. Feind, Weinstr. 11, Ordentliche

General-Versammlung der Orts-Krankenkasse

wozu die Delegirten hiermit eingeladen werden.
Tages-Ordnung:
a. in getrennter Versammlung:
1. Renowahl des Gesamtvorstandes (3 Arbeitgeber u. 6 Arbeitnehmer).
b. in gemeinschaftl. Versammlung:
2. Wahl der Revisoren zur Prüfung der Rechnungen pro 1896 (§ 47, Abs. 1 der Statuten).
3. Antrag des Vorstandes auf Zahlung des Krankengeldes für Feiertage, welche in die Woche fallen.
4. Verschiedenes.
Eintritt nur gegen Vorzeigung der Polkarte gestattet.
Der Vorstand. 15738
ges. S. Rietz, Vorsitzend., Anhalterstr. 14.

Jahresrechnung

Ich wohne jetzt Königsbergerstraße 22 in der bisher von Herrn Dr. Scheyer innegehabten Wohnung.
140/19

Dr. Cohnheim.

Ren: Mai-Rosen

zur Maifeier!
gibt es A. Radtke, Berlin O., Ballfabrikstr. 41. Vortheilhaft. f. Wiederw.

Ausserordentlich preiswerthe Offerte

für

Damen-Confection und Putz-Artikel.

Abtheilung für Damen-Confection.

Damen-Jackets, in 8 versch. Farben, 2,50, 2,75.

Sammet-Capes, mit schöner Rand-Garnitur, 3,90.

Sammet-Capes, gefüttert, elegant garnirt, 5,75.

Moirée-Kragen, allerletzte Neuheit, mit Seide gefüttert, 5,75.

Velour du Nord-Kragen, hochelegant gearbeitet, u. modern, 7,50.

Damen-Mäntel, mit abnehmbarer Pelarine, 9,00.

Damen-Capes, extra lang, 1,45.

Gelegenheitskauf

Damen-Handschuhe, Paar . . . 20 Pf.

Abtheilung für Costümes

Spezialfach der Firma

Reinwollenes

Cheviot-Costüm

hochelegant gearbeitet, in 14 Farben vorrätzig.

Stück 10,-, 12,-, 12,75.

Einzelne

Loden- u. Cheviot-Röcke

Stück 4,-, 4,50 und 5 M.

Gelegenheitskauf

Matrosen-Jäckchen für Kinder 1,40.

Abtheilung für Putz-Artikel.

Sammt-Rosen, Stück 3 Pf.

Grosse wollene Stoff-Rosen, Stück 10 Pf.

Perlaigrettes zur Hutgarnitur 8 Pf.

Perldeckel zur Hutgarnitur 10 Pf.

Veilchen, Dutzend 1 Pf.

Damen-Matrosenhüte 95 Pf.

Kinderhüte, Stück 45 Pf.

Gelegenheitskauf

Kinder-Strümpfe, Paar 9 Pf.

Ich bitte mein reichsortirtes Lager in **Kinderkleidern** vom einfachen bis zum elegantesten Genre gefälligst zu berücksichtigen.

Jacques Cohn,

182 Müllerstrasse 182, am Weddingplatz.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Zunahme der Frauarbeit. — Verhältnisse der Lohnarbeiterinnen in Wien.

Der wirtschaftliche Prozeß, durch den der weibliche Bevölkerungs- theil aus den Schranken häuslicher Arbeit in stets wachsendem Maße auf den Markt, zur eigentlichen Erwerbsarbeit herausgedrängt wird, schreitet unaufhaltsam in den kapitalistischen Ländern vorwärts. Auch die deutsche Berufs- zählung vom Jahre 1895 weist als charakteristische Symptome der kapitalistischen Entwicklung einen starken Rückgang der landwirtschaftlich thätigen Bevölkerung gegenüber der in Handel und Industrie beschäftigten, innerhalb des Handels und der Industrie eine rapide Verminderung der wirtschaftlich Selbständigen gegenüber den Unselbständigen, und endlich eine sehr bedeutende Zunahme der in- dustriellen und kaufmännischen Frauen- arbeit während der letzten dreizehn Jahre auf. Nach einer in den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reiches erschienenen „Vorläufigen Mittheilung“ ist die Zahl der in der In- dustrie thätigen Männer in dem zwischen den letzten Berufs- zählungen von 1882 und 95 liegenden Zeitraum um 28 pCt., die Zahl der in der Industrie beschäftigten Frauen dagegen um fast 85 pCt. gestiegen. Noch markanter tritt die Verschiebung in den Handels- branchen hervor. Während die Zahl der beschäftigten Männer hier um 38 pCt. vermehrte, hat die der beschäftigten Frauen in einem mehr als doppelt so raschem Tempo, nämlich um 94 pCt. zugenommen.

Dabei ist es charakteristisch, daß, wie in der gesammten industriell und kaufmännisch thätigen Bevölkerung, so ganz besonders auch in dem weiblichen Theile derselben die Zahl der selbständig Thätigen gegenüber den Angestellten zurückgegangen ist. Während im Jahre 1882 die selbständig erwerbthätigen Frauen in Industrie und Handel an Zahl den weiblichen Angestellten und Arbeiterinnen noch gleichstanden, machten diese im Jahre 1895 bereits zwei Drittel der Gesammthzahl aus. Die Resultate der ganzen Bewegung treten in den absoluten Zahlen klar hervor: Es wurden im Jahre 1895 in der Industrie rund 1/2 Million weibliche Selbständige, 1 Million niederes weibliches Arbeitspersonal und 10 000 höheres, und im Handel 200 000 weibliche Selbständige, 834 000 niederes und 12 000 höheres weibliches Personal gezählt; es sind also rund 2,1 Millionen Frauen in Industrie und Handel thätig.

Die Gründe, die sowohl auf Seite des Arbeitsangebotes als der Arbeitsnachfrage auf die stetige Zunahme der weiblichen Erwerbs- thätigkeit hinwirken, sind oft genug erörtert. Die Unzulänglichkeit der männlichen Arbeitskräfte, die zu dem Unterhalt der Arbeiter- familie nicht hinreichen, erzwingt das Arbeitsangebot der weiblichen Familienglieder, und andererseits ist der wirtschaftliche Rückhalt, den die arbeitende Frau durch den Erwerb des Mannes in der Familie hat, eine der Hauptbedingungen, die ein Herunterdrücken der weiblichen Löhne weit unter das zu wirklich selbständiger Wirtschaftsführung erforderliche Maß erlauben. So wird die Frauarbeit, welche die Unzulänglichkeit des männlichen Arbeits- lohnes heben soll, durch ihre Willigkeit in der Hand der Unternehmer ein mächtiges Konkurrenzmittel, die gesteigerten Lohnansprüche der männlichen Arbeiter in Schach zu halten. Die Willigkeit der weiblichen Arbeitsangebots wirkt stetig auf die Vergrößerung der weiblichen Arbeitsnachfrage hin und ebnet so dem wachsenden Zustrom der Frauen die Wege.

Wo der Rückhalt an dem Einkommen des Ehemannes oder der Eltern fehlt, langt der Erwerb der auf sich selbst gestellten Frau trotz nervenzerrüttender Ueberarbeit meist kaum zur jämmerlichsten Lebensfristung hin. Der Mangel, der in der absoluten Existenz- unsicherheit, in der stetigen Gefahr, außer Arbeit zu kommen, seine Ergänzung findet, drängt zu irgend einem Nebenverberbe aus den ver- schiedenen Formen der Prostitution. Die Ausbeutung wird zur Nippelrin, und ohnmächtig steht unsere christlich-kapitalistische Gesell- schaft, die von der Ausbeutung als ihrem eigenen Lebensprinzip nicht lassen kann, dieser furchtbaren, durch sie selbst geschaffenen Ver- kettung der Verhältnisse, deren Ungeheuerlichkeit durch kein Geld der Sklaverei überbügelt werden kann, gegenüber.

Die Wiener Arbeiterinnen-Enquete des Vorjahres, deren Er- gebnisse jetzt in einem großen Band gesammelt vorliegen, hat wieder einmal ein großes Licht auf den Jammer der modernen proletarischen Frauarbeit geworfen, auf die Verheerungen, welche die Konkurrenz in jenen ungeschützten und unorganisirten Schichten erregt. Das Wiener Geld, ist, wie der große Berliner Konfektionsarbeiter-Streit gezeigt hat, zugleich das Berliner, es ist ebenso, wie englische Erhebungen beweisen, das Londoner, das New- Yorker, das Geld der modernen großstädtischen Frauarbeit über- haupt. Formen und Einzelheiten weichen von einander ab, der Kern der Sache ist derselbe.

Bezeichnenderweise war es nicht die Regierung, sondern private bürgerliche Kreise waren es, die zur Erforschung der Lohnverhältnisse der Wiener Arbeiterinnen eine aus Mitgliedern der verschiedensten Parteien (auch der sozialistischen) zusammengesetzte Kommission ins Leben riefen. In 35 Sitzungen wurden 260 sachverständige Auskunftspersonen, dar- unter 59 männliche, 181 weibliche Arbeiter und 20 Unternehmer be- fragt; insgesammt Vertreter von 59 Branchen. Die Zahl der weiblichen Angestellten, Arbeiter und Tagelöhner in Wien beträgt 116 250; soweit es aber der beschränkte Rahmen einer Enquete überhaupt zu- läßt, dürften die vor der Kommission gemachten Aussagen ein treffendes Bild von der Gesamtlage dieser Hunderttausend geben. Was irgend geschehen konnte, um die größtmögliche Glaub- würdigkeit der Aussagen sicher zu stellen, geschah. Durch täglich in der Presse erscheinende Berichte wurde das Publikum auf dem Laufenden erhalten und Michtigstellungen, soweit solche etwa möglich waren, geradezu herausgefordert. Eine Reihe

*) Die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Wiener Lohnarbeiterinnen. Ergebnisse und Steno- graphisches Protokoll der Enquete über die Frauarbeit, abgehalten in Wien vom 1. März bis 21. April 1896. Wien. Erste Wiener Volks- Buchhandlung 1897. 686 S. Preis 6 M.

von Unternehmern meldeten sich denn auch zur Vernehmung, ohne daß indessen die Aussagen der Arbeiterinnen in irgend einem wesent- lichen Punkt als übertrieben hätten widerlegt werden können. Viel- mehr wurde, wie Dr. Schüller, eines der Kommissionsmitglieder, in seiner höchst interessanten Verarbeitung der Enquete-Ergebnisse (im Märzheft des „Archivs für soziale Gesetzgebung und Statistik“) hervorhebt, bereits in den ersten Sitzungen die Beobachtung gemacht, daß die Arbeiterinnen aus falscher Scham meistens ihre Lage eher besser als schlechter darzustellen suchten.

Als ungefähre durchschnittlicher Wochenverdienst ge- lernter Arbeiterinnen ergibt sich bei einer Vergleichung der sehr mannigfaltigen und oft viel niedrigeren Lohnangaben nach Schüller ein Satz von 4 Gulden 80 Kreuzern, also von etwa 8 Mark, der bei den gegebenen Lebensmittel- und Wohnpreisen zur nothdürftigsten Deckung der Nahrung, Kleidung und Wohnung einer alleinstehenden Wiener Arbeiterin anreicht. Wenn sie niemanden unterstützen muß, sich überhaupt nie ein Vergnügen gönnt, nie eine Extra-Ausgabe macht, nie krank wird und dauernd ihre Arbeit behält, könnte sie eben noch auskommen. Aber auch diese kahle Möglichkeit läßt sich in nichts auf, da gerade die vorzugsweise Frauen beschäftigenden Branchen, so vor allem die Bekleidungsindustrie, durchaus von der Saisonarbeit abhängen. Die hausindustrielle Form der Unternehmung, in welche die weib- liche Arbeit vor allem hinströmt, vermag sich wie keine andere den Launen des Marktes, dem störrischen Begehrt und dem Nachlassen desselben anzupassen — auf Kosten der Arbeiter, die bald zur tollsten Ueberarbeit angefaßelt, bald auf die Strafe gezwungen werden. Das Interesse, welches ein wirklicher Fabrikbetrieb dem Unternehmer aufzwingt, mit allen Kräften für die Kontinuität des Produktionsprozesses zu sorgen, weil bei einer Einstellung des Be- triebes jede Verzinsung des großen in der Fabrik fest angelegten Kapitals ausfällt, dieses zwingende Interesse ist bei der Haus- industrie, die ohne Bauleistungen und Maschinen nur mit zirkulirendem Kapitale, bloßen Auslagen für Lohn und Stoffe, zu rechnen hat, nicht vorhanden. Hier kann, das ist nur einer der vielen schönen Züge dieser räuberischen oder kapitalistischen Ausbeutungsformen, tollste Ueberarbeit und absoluter Stillstand, beide gleich verhängnis- voll für die Arbeitenden, je nach der Marktlaune ohne Zinsen- verlust des Unternehmers bunt mit einander wechseln. So werden die Frauen, die in der guten Saison unter Aufwand größter Er- sparungskünste sich mit ihrem Lohne vielleicht durchschlagen können, für ganze Monate auf das Pflaster geworfen. Auch von der Bekleidungsindustrie abgesehen, herrscht größte Unregelmäßigkeit der Beschäftigung gerade unter den un- qualifisirten weiblichen Arbeitskräften. Auf sie als die Schwächsten wird überall die wenigste Rücksicht genommen. Wie für die verschiedensten Branchen durch die Kommission festgestellt wurde, ist ein Arbeitsausfall von Wochen und Monaten durchaus die Regel. Oft erfährt die Arbeiterin erst, wenn sie am Morgen ins Geschäft kommt, daß es für sie nichts zu thun giebt. Sie mag dann sehen, wie sie auf einmal neue Arbeit findet, oder abwarten, ob man im Laufe der nächsten Tage sie vielleicht im selben Geschäft wieder brauchen kann!

Wenn aber gearbeitet wird, in der Saison, kennt die Arbeit- zeit keine Grenzen. In der Handschuhherlei, berichtet Schüller nach der Enquete, wird oft die ganze Nacht durchgearbeitet, ebenso in der Stickerie und Wollwuscherei. In vielen Branchen wurden bei dringenden Aufträgen 20 stündige Arbeitsstage konstatiert, in vielen herrscht absolute Unregelmäßigkeit der Arbeits- dauer. Und nicht nur in den Werkstätten werden beliebige Ueberstunden gemacht, die Arbeiterinnen sind, so fieberhaft treibt sie die Angst des Geldes an, meist noch froh, wenn sie sich Nacharbeit nach Hause mitnehmen können. Und damit doch ja nicht die er- schöpften Kräfte durch langameres Arbeiten sich etwa zum Schaden des Unternehmers oder Zwischenmeisters erholen können, herrscht durchgehends der grausame anpeitschende Zwang des Akord- Lohnsystems.

Die Nahrung, die mit dem Lohne bestritten werden kann, ist die erdmäßigste und gänzlich ungeeignet, die durch Ueberarbeit zerrütteten Kräfte irgendwie herzustellen. Die Werkstätte, sagt ein Mädchen aus der Blumenwäucher- und Federhutmacherbranche aus, wird in der Mittagsstunde gespeist. Die Arbeiterinnen gehen meist in die Volksküche oder die Volkskaffee's. Dort verzehren sie für nur 6 Kreuzer Kaffee und um 4 Kreuzer Brot. Die besser Situirten gehen in's Gasthaus, und es laufen sich 2 zusammen 2 Suppen, 2 Gemäse und ein Fleisch. Das kostet für beide zusammen 40 Kreuzer. Das Frühstück zu Hause ist Kaffee, das Gabelbrühdrot. . . . Bei einem Fabrikanten ist es Ufuf, daß die Arbeiter während der Saison in ein Kaffee gehen und dort arbeiten, aber die Werkstätte wird gespart. Die Mädchen arbeiten in Kaffeehäuser einen Theil der Nacharbeit, damit sie am Abend mehr nach Hause mit- nehmen können. . . . Mit geringen Abweichungen wiederholt sich über- all dasselbe Bild, eine Raubwirtschaft der Kräfte, ein künstliches Hinwegwischen des Magens über das fortwährende Hungersüßel: „Wenn man eine Glaske Kaffee getrunken hat, glaubt man, man sei satt und daß ist die Hauptsache!“

Die Wohnungsverhältnisse sind, wie man sich denken kann, entsprechend elend, am haarsträubendsten in der Ziegelbranche. Man müßte den ganzen in seiner furchtbaren Einsamkeit erschütternden Bericht der Enquete darüber wiedergeben. Hier nur einige Stellen: „Wir wohnen, erklärte die zur Kunst erstehene Ziegel- arbeiterin, zwei Familien (zusammen 8 Leute) in einem Zimmer, das sechs Meter lang und vier Meter breit ist. . . . Es trifft sich, daß eine Verbindung vorkommt, wo höchst viel Familien beisammen sind. Wenn die Männer nur ein bißchen Charakter haben, so bleiben sie nicht im Zimmer, sondern gehen hinaus. Die größeren Kinder weiß man schon hinausbringen. . . . Wir wohnen auf dem Boden. Gerade wie ein Vogelhäufel ist es gemacht. . . . Irgend ein Vorhang, der das Zimmer zwischen den beiden Familien theilt, ist nicht da. . . . Wenn ein Wind geht, regnet es auch bei uns hinein, es geht durch die Mauer durch, weil die nur einen halben Ziegel stark ist. . . . In einem Ort sind 27 Personen, vier Familien, und dann sind noch lebige Surchen da, drei oder vier auf ein Bett.“

Die Gesundheitszustände sind, wie sie unter den elenden Verhältnissen nicht anders sein können. In der Krankenkasse der Buch- binder, Kartonnage- und verwandter Branchen gab der Kassenvertreter an, daß von 1890—95 bei einem jährlichen Durchschnittsbestande von etwa 1800 weiblichen Kassenmitgliedern 121 Frauen im Durchschnitts- alter von 22 1/2 Jahren gestorben seien, und zwar von diesen an der Proletarierkrankheit, der Schwindsucht allein 91 (!). Von der Zuder- bäckerverbranche sagt ein männlicher Experte aus: „Die Schwindsucht ist eine Krankheit, die in unserem Gewerbe allgemein ist, auch bei den Männern.“ Auf die Anfrage, was wohl die Ursache sein mag: „Das dürfte auf die ungenügende Ernährung zurückzuführen sein. Bei einzelnen Zweigen des Gewerbes dürften noch andere Ursachen vorliegen. So sind die Arbeiterinnen in der Waffel- und Hohlhippenbranche einer Hitze von 40—45 Grad ausgefetzt“ u. s. w. u. s. w. Die schwangeren Frauen arbeiten bis zu ihrer Ent- bindung weiter. Tod und Fehlgeburten, sowie Kindersterblichkeit bestimmen den Nachwuchs in unerhörtem Maße. Während in dem reichen ersten Wiener Gemeindebezirk auf 870 Einwohner ein Todes- fall vor erreichtem ersten Lebensjahre kommt, entfällt in den Ar- beiterbezirken bereits auf 76 und 71 Einwohner ein solcher Todes- fall. Dabei ist in ganz Wien mehr als ein Drittel aller Geburten unehelich.

Mit der ökonomischen Ausbeutung geht die geschlecht- liche, oft ganz direkt durch Lehrherren, Meister und Postere, Hand in Hand. „Mancher Herr ist sehr anständig,“ erklärt z. B. eine Arbeiterin der Wäschebranche, „mein Vorgesetzter aber war sehr un- anständig. Sie stellen sehr oft Forderungen an die Mädchen. Die Verhältnisse sind sehr unehrenhafte. Die Arbeiterinnen sind meist ledig. Uneheliche Kinder findet man oft bei solchen Ar- beiterinnen.“ Ich kenne eine Federhutmacherin, gab eine Expertin an, die in andern Umständen ist; sie ist in Arbeit gekommen und da hat ihr der Herr gesagt, wenn sie das thut, wird er ihr Arbeit geben. Das Loos der Lehrmädchen, die ganz der Willkür ihres Arbeitsherrn übergeben sind, ist noch unendlich schrecklicher als das der bereits ausgebildeten Arbeiterinnen. Hier kommt zum sonstigen Elend noch eine ausgesuchte Brutalität der Behand- lung hinzu. „Ich habe oft Schläge bekommen,“ erzählt die bereit- willige Wäsche-Arbeiterin aus ihrer Lehrzeit, „daß ich ganz blau war. Der Herr war groß und stark. Er hat ein spanisches Rohr ge- habt. Das habe ich ein paar Mal verfißt. Dann hat er mich mit dem Pfeifenrohr geschlagen.“

Das materielle Elend lähmt alle geistige Spannkraft. „Mit Ausnahme einiger weniger machten alle Expertinnen, trotzdem die meisten noch ganz jung waren, so berichtet der Augenzeuge Schüller, doch den Einrud, als hätte sich vollständige Apathie ihrer Gemüths. . . . Geistige Interessen sind so gut wie gar keine vorhanden. . . . Nur in ganz vereinzelten Fällen wurde irgend eine Lektüre festgesetzt und auch da nur Klassiker und Fänskreuzer- Romane, sehr selten ordentliche Bücher oder ein Arbeiterblatt. . . . Von Interesse für öffentliche Angelegenheiten zeigten sie keine Spur. Nur die wenigen Sozialdemokratinnen machten hierooon eine Ausnahme. . . . Nur wenige von den Expertinnen gehörten einer Organisation an und der Umstand, daß sie sich ihrer Zugehörigkeit zu einem Fachverein immer rühmten, als wäre dies etwas ganz Hervorragendes, deutet schon darauf hin, daß in den Kreisen der arbeitenden Frauen der Gedanke an eine widerstandsfähige Organisation noch lange nicht Wurzel ge- fäßt hat.“

Von allen anderen Ursachen abgesehen, erklärt die Niedrigkeit der weiblichen Löhne, die Zerplitterung durch die Hausindustrie und die Masse gerade der weiblichen, allezeit zur Verfügung stehenden Reserve-Arme bereits zur Genüge, warum der gewerthafte Zu- sammenschluß in den Schichten des weiblichen Proletariats fast überall auf kaum unübersteigliche Hindernisse stößt. Das Elend er- zeugt die Ohnmacht und die Ohnmacht verewigt das Elend.

Auch die Staatsgewalt, so lange sie nicht durch eine mächtige Arbeiterbewegung gezwungen wird, sieht diesem furchterlichen Schau- spiele unthätig zu. Der geringe Frauenschutz, der in Oesterreich z. B. für die Fabrikarbeiterinnen durchgesetzt worden ist, kommt für die Hausindustrie, in der doch vor allem weib- liche Arbeitskräfte thätig sind, in Fortfall. Es ist aber wenig Aussicht vorhanden, daß man in dieser Betriebs- form, die technisch eben so rückständig wie verhängnisvoll für die beschäftigten Arbeitskräfte ist, durch energische Schutzmaßregeln wird zu Verbe gehen wollen. Im Gegentheil, man kann sagen, daß die Sozialpolitik der verschiedenen Staaten, indem sie die grenzen- lose Ausbeutung der Fabrikarbeiterschaft gewissen Schranken unter- warf und dem Unternehmer gewisse Lasten aufbürdete, geradezu eine Prämie auf die Einführung hausindustrieller, von solchen Schranken und Lasten ganz oder fast ganz befreier Hausindustrien gesetzt hat.

So schrieb seinerzeit der Berliner „Konfektionär“: „Unter der neuen Fabrikordnung, unter der Last, welche Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung den Fabrikanten aufbürden, werden sich die Konfektionäre bedanken, den Fabrikbetrieb einzuführen; jeht erkennt man die Hausindustrie viel mehr als eine Wohlthat an, als früher.“ Die Enquete bestätigte nur, was in Deutschland die Fabrik- und Gewerbe-Inspektoren-Berichte vielfach konstatiert haben, daß die Verlagsgeschäfte in Zunahme be- griffen sind und wegen ihrer billigen Arbeitslöhne von den Unter- nehmern allgemein vorgezogen werden.

Nur die Einführung eines energischen Arbeiterschutzes in das Gebiet der Hausindustrie kann hier Halt gebieten und die auf Kosten von Menschenblut und Fleisch künstlich gesteigerte Ausbeutung derselben zu gunsten der technisch weit überlegenen und günstigeren Arbeitsbedingungen bietenden Fabrikbetriebsform einschränken. Auch so ist das, was der gegenwärtige Staat gegen das Uebermaß des weiblichen Arbeitselendes zu thun vermag, nur ein Tropfen auf den heißen Stein; aber, auch dieses wenige zu thun, wird er sich im Namen der „Familie“ und der „Arbeitsfreiheit“ mit allen Kräften wehren.

Unterricht für Maurer u. Zimmerer, besonders Ausbild. s. Polier durch erfahre. Praktiker mit Staatsprüfung. Wo? hin? Zum alten Freund auf Bichelswerder. Achtung! Kein Laden. Fahrpad. Destillation! Kanarienhöhne. Wache. Destillation! Kanarienhöhne. Wache. Destillation! Kanarienhöhne. Wache.

Körper- u. Naturheilverein. Leiter: Otto Grundmann und Jean. Naturärztliche Sprechstunden täglich 11—2, 6—8. Zur Mai-Feier. Wilmersdorf b. Berlin. Klingenbergs Volksgarten. Restauration mit Garten und Kaffeeküche. Theodor Henne.

Zur Mai-Feier. Herren- und Damen- Güte. Achtung! Künstliche Zähne von 3 M. an. Guckel. Empfehle mein Weiss- und Bayrischbier-Lokal allen meinen Freunden und Bekannten.

Zum Osterfeste!
Damen-
und
Kinder-Hüte
in elegantester Ausführung
stannond billig.
Die schönsten
Kinder-
Kleider

für jedes Alter.
Carl Schloss
Waarenhaus Süd-Ost
22 Wiener-Strasse 22
1 Gränauer-Strasse 1.

Stroh- u. Filzhut-Fabrik
Eugen Goltz

25 Chausseestrasse 25
im Friedr.-Wilhelms-Theat.



Chic. 2,50.
Grüßtes

Spezial-Geschäft
in **Damen- u. Mädchen-**
Stroh-Hüten

Abtheilung für Putz
elegantes Genre von 3,50,
5,-, 7,50 und 10 Mk.

Detail-Verkauf
zu Fabrikpreisen.

Täglicher Eingang d. neuesten
Pariser u. Wiener Formen.

Billigste Bezugsquelle
für Wiederverkäufer.
Pferdebahngeld wird vergütet.

Album- u. Lederwaaren-Fabrik
Oskar Gundau, Oranien-
str. 30.
Ede Kavaliersstrasse.



Niemand sollte
verjäumen

bei Bedarf **Brunnenstr. 110**
(neben dem Pferdebahn-Depot)
von **Jgnatz Sello** zu beziehen:
Bischof **Raitrank**, 1/2 Liter, 50 Pf.;
alten **Nordhäuser** per Liter
50 Pf., hochfeinen **Stonsdorfer**
infl. Orig.-Fl. (1/2 Str.) à 80 Pf.,
Malb und Halb, selbste Altör-
mischung, per 1/2 Champagner-Flasche
infl. 90 Pf., **Ingwer-, Pfeffer-**
münz- u. **Liköre** 1/2 Liter,
infl. 1,10 M., 1/2 Liter, infl. 55 Pf.,
Himbeer- und Kirschsafft,
rein und bid eingelocht, per Liter
1,10 M., süßes **Ungarwein**,
Orig.-Fl. (1/2 Liter) von 90 Pf. an,
sowie **Jammit, Weine, Cognac,**
Rum etc. Spirituosen im Einzel-
verkauf, auch eingeweicht nur zu
Engrospreisen. Billigste Be-
zugsquelle. Bitte genau auf
No. 110, Brunnenstr. No. 110
zu achten. 1888

Blousen, Jupons,
fertige Wäsche,
Handschuhe,
Corsets,
Putzartikel,
Gardinen, Portiären,
kauft man am billigsten im
Waarenhaus
A. Brasch,
Brickenstr. 8,
Frankfurterstr. 70,
Rosenthalerstrasse 4.
Vorgelegter des Interests erhalten
3 pCt. Rabatt. 1399

Künstliche Zähne.
F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr.
Abtheilung pr. Woche 1 M.

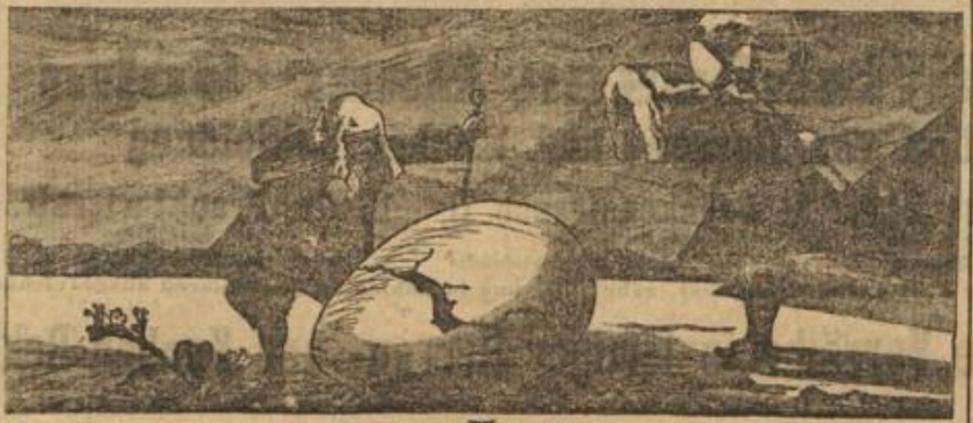
Hut-Engros-Geschäft
Alvin Sussmann, Holzmarktstr. 38, part.
Größte Leistungsfähigkeit der Hutbranche.
Herren-Hüte, weiche oder steif, von 1,75 an bis 3,50 M.
Kinder-, Knaben- und Konfirmandenhüte von 1 M. an.
Hochleganter Zylinder Ia. 7,50 M.
Damenhüte Ia. 7,50, 8,- M. 15142
Salon-Neuheit „weiche Herrenhut“ in allen Farben pr. St. 2,75 M.
Am 1. Feiertag bleibt das Geschäft fest geschlossen.

Uhren, Goldwaren Grosse Auswahl! **H. Zimmermann**
Billige Preise. Uhrmacher u. Juwelier
Oranienstrasse 206.

Eine Osterüberraschung.



I.



II.



III.

Hackescher Markt 4, **J. Brünn** Am Stadtbahnhof
Ede Neue Promenade. „Börse“.

Zum Wohnungswechsel gelangen große Lagerbestände meiner
Teppiche! Gardinen! Steppdecken!
Fertige Wäsche! Leinwandwaren!
zu ganz aussergewöhnlich billigen Preisen zum
Ausverkauf!

Central-Leihhaus, Jägerstr. 72, zwischen
Kanonier- und
Mauerstrasse.
Institut für Gelegenheitskäufe einzig in seiner Art in Berlin.
Zum neu umgebauten Geschäftshaus. **Frühjahrs-Paletots und Anzüge,**
Eglicher Verkauf von modernen **Frühjahrs-Paletots und Anzüge,**
Mode 1897, neu und wenig getragen, in besten Stoffen und neuesten Mustern von 10, 12,
15, 20-30 Mark (Pracht-Exemplare), Knaben- und Jünglings-Anzüge, Monars-Anzüge,
in den feinsten Verhältnissen nach Maß hergestellte Sachen und nur ca. 1 Monat getragen (auch für
torpente Personen passend), goldene u. silberne Herren- u. Damen-Uhren, Ringe, Ketten, Fracks u. Service-Anzüge.
Alles fabelhaft billig. Auch Sonntag v. 7-10 u. 12-2 Uhr geöffnet. Poliz. conc. Verhänd. Die Verwaltung.

Julius Liedtke,
42 Reichenbergerstr. 42,
empfiehlt sein Lager von
Schuhwaaren aller Art.

Weissensee.
Allen Freunden und Genossen empfehle bei Auskäufen und Besuch von
Kirchhöfen mein **Weiss- und Bairisch-Bier-Lokal.** 1388
Paul Spindler, Schönstr. 10 (letzte Kirchhöfen am Pferdemarkt).

Preisliste von
Carl Stier

Fabrik für Herren- u. Knaben-Garderobe
168 Oranienstr. 168.

Potsdam:
Brandenburgerstr. 23.

Ich empfehle zu nachstehenden sehr billigen Preisen:

- A. Anzüge.**
- | | Mark |
|--|---------------------|
| Jaquet-Anzug v. melirt. u. karrirt. Buckskin, schöne Muster | 17,50 |
| Jaquet-Anzug von melirtem gewirnten Buckskin, schöne Muster, sehr haltbar | 20,- |
| Jaquet-Anzug von dunkelblau oder schwarz Cheviot, ein- oder zweireihig | 20,- |
| Jaquet-Anzug von feinem Cheviot, karrirt und melirt | 25,- |
| Jaquet-Anzug von dunklem Velour, schöne Muster, sehr haltbar und schwer | 30, 37 und 22,50 |
| Jaquet-Anzug v. blauem Cheviot, eleg. Anzug, 1- od. 2-reihig | 30,- |
| Jaquet- oder Rock-Anzug von Kammgarn, halb u. eleg. | 30,- |
| Jaquet- oder Rock-Anzug v. gemust. Kammg. eleg. Anzug | 30,- |
| Jaquet- oder Rock-Anzug v. einf. Kammg., fein. Salonanz. | 30,- |
| Jaquet-Anzug v. feinst. Cheviot, blau, schwarz od. braun | 30,- |
| Jaquet-Anzug von prima Cheviot, blau, schwarz od. braun | 42,- |
| Jaquet-Anzug von prima melirtem Cheviot, grösste Neuheit, hohelegant und sehr haltbar | 45,- |
| Jaquet- oder Rock-Anzug von gemustertem Aachener Kammgarn, eleganter Promenaden-Anzug, Neuheit | 42,- |
| Jaquet-Anzug von gemustertem Aachener Kammgarn, Neuheit, sehr fein | 45,- |
| Gehrock-Anzüge in Kammgarn oder Tuch, sehr elegant, | 36, 40, 45 bis 54,- |

- B. Paletots.**
- | | |
|--|------------|
| Paletot von melirtem Cheviot | 15,- |
| Paletot v. dunkl. Chev. i. grau, braun u. schw. melirt. Farben | 18,- |
| Paletot von glattem Satin, sehr elegant | 24 u. 30,- |
| Paletot v. Chev. in hochf. neuen Farben mit feinstem Futter | 25,- |
| Paletot v. f. Kammg., Cheviot, Satin etc., sehr eleg. | 33 u. 30,- |
| Havelocks u. Mäntel v. echt bayer. Lodenst. 36, 30, 20 bis | 9,- |

- C. Hosen.**
- | | |
|---|---------------|
| Hose von gewirntem Buckskin in melirten Mustern | 3,10 |
| Hose von gewirntem Buckskin, schöne Melangen | 4,50 |
| Hose v. Zwirnbuckskin, schöne gestr. Must. in haltbar. Stoffen | 5,50 |
| Hose v. Forster Zwirn-Cheviot, elegante, haltbare Stoffe | 7,50 |
| Hose von Velour, in kräftiger, gestreift. Waare, hell u. dunkel | 6,50 |
| Hose von Velour, in sehr kräft. Waare, gestr. od. gemustert | 8,- |
| Hose von schwarzem Satin 15,-, 12,-, 10,- und | 8,50 |
| Hose von Kammgarn mit Seide, hochfeine neue Muster | 9,50 |
| Hose von Velour, prima | 12,- |
| Hose von Aachener Kammgarn, sehr elegant | 12,- und 10,- |
| Hose von prima Kammgarn, hochfein | 20,- bis 15,- |
| Hose v. Kottbuser Zwirn, Neuheit, sehr elegant und fest | 8,50 |
| Hose von Kottbuser Cheviot | 14,- und 12,- |

- D. Knaben-Anzüge.**
In Knaben-Anzügen halte ich stets eine sehr grosse Auswahl der neuesten Stoffe u. Façons u. empfehle dieselben schon von 4 Mark an.

- E. Jünglings-Anzüge**
- | | |
|--|---------------|
| Jaquet-Anzug in Diagonal-Cheviot | 12,- |
| Jaquet-Anzug in Diagonal-Kammgarn | 15,- bis 18,- |
| Jaquet-Anzug in Satin, kräftiger Anzug | 18,- bis 24,- |
| Jaquet-Anzug in Satin oder Ripps-Kammgarn | 20,- bis 24,- |
| Jaquet-Anzug in prima Diagonal oder Kammgarn | 27,- bis 33,- |
| Jaquet-Anzug in Zwirnbuckskin, sehr haltbar | 15,- bis 20,- |
| Jaquet-Anzug in blau oder braun Cheviot | 18,- bis 27,- |

- F. Radfahrer-Anzüge.**
- | | |
|-------------------------|--|
| Jaquet-Anzug in Trikot | 30,-, 25,- und 15,- |
| Jaquet-Anzug in Loden | 36,-, 30,-, 25,-, 20,- und 18,- |
| Jaquet-Anzug in Cheviot | 36,-, 30,-, 27,-, 25,-, 22,50 und 15,- |
- Die Radfahrer-Anzüge sind zum grössten Theil so eingerichtet, dass die Hosen lang und kurz getragen werden können.

- G. Joppen.**
- | | |
|--|-------------|
| Joppe von Loden ohne Futter | 5,- |
| Joppe von Loden ohne Futter | 7,50 |
| Joppe von Loden mit Futter | 9,50 |
| Joppe von Loden mit Futter | 10,50 |
| Joppe von Kameelhaar-Loden ohne Futter | 8,50 |
| Joppe von Kameelhaar-Loden | 12 bis 20,- |

Sämmtliche Joppenstoffe sind wasserdicht imprägnirt.
Die festen Preise sind an jedem Gegenstande deutlich angegeben, ein Handeln findet nicht statt.

Nach Auswärts sende Muster und Maassanleitung franko zu und garantire für tadellosen Sitz, worüber Wöl unverlangte Anerkennungen vorliegen.

Gutachten!

284 097,32 Meter Waaren

in Worten Zweihundertvierundachtzigtausend und sieben und neunzig Meter 32 Zentimeter Waaren, inkl. 14823,75 Meter Besatzstoffe sind gemäß der mir vorgelegten ordnungsgemäß geführten Bücher und Beläge der Firma **Geschäftshäuser Baer Sohn, Berlin N., Chausseestr. 24a, und SO. Brückenstraße 11, und O. Große Frankfurterstraße 16, in der Zeit vom 1. Januar 1896 bis 31. Dezember 1896 für deren Handel und zur Verarbeitung geliefert.**

Berlin, den 7. März 1897. (Stempel.)

Der gerichtliche Bücher-Revisor:
Ernst Bierstedt.

Aus nebenstehendem Gutachten geht unsere staunen-erregende Leistungsfähigkeit hervor. Der Stoffeingang für unsere Fabrikation, einschließlich der in unseren Waarenwerkstätten geschnittenen Ballen während eines einzigen, und zwar des letzten Jahres, soll hierdurch dem Publikum dargethan werden.

In diesem überaus großen Waaren-Einkauf liegt das große Geheimniß der billigen Preise, die wir auch für das Jahr 1897 in Anschlag gebracht haben.

Folgende Hypothesen sind geographisch und feuilletonistisch interessant. Wenn die bei uns im Jahre 1896 eingegangenen Stoffe in voller Breite und ganzer Länge aneinander gelegt würden, so würden diese ungefähr von Berlin nach Hamburg reichen.

Gehen wir von der Annahme aus, daß für jeden Anzug ein Durchschnittsmaß von 3 Metern 20 Zentimetern erforderlich wäre, so hätten wir das Ergebnis von etwa 90 000 Anzügen. Wollte man aus der Meterzahl Hosen à 1 Meter 10 Zentimeter schneiden, so kämen etwa 280 000 Stück heraus. Bei Paletots oder Mäntel würden sich ungefähr 150 000, bei Knaben-Anzügen etwa 1/4 Million ergeben; sollte es sich gar um Westen handeln, so dürften sich 1/4 Millionen herauschneiden lassen. Würden die Waaren dagegen in Streifen von 5 Zentimetern geschnitten werden, so ergeben diese bei Berechnung einer Durchschnittsbreite des Stoffes von 130 Zentimetern 3 703 266 Meter

gleich 3703 Kilometer, eine Strecke, welche die größere Hälfte des Weges von Hamburg nach New-York darstellt (3675 Seemeilen) und welche z. B. die Entfernung von Berlin nach Athen um 1000 Kilometer übertrifft.

Von Berlin nach Athen sind 2705 Kilometer. Die Strecke von Berlin nach London (1067 Kilometer) oder von Berlin nach Paris (1069 Kilometer) wird mehr als dreimal, diejenige nach Rom (1696 Kilometer) mehr als zweimal übertraffen.

Würde jedes Stück Waare mit einer Durchschnittslänge von 30 Metern berechnet, so könnte man circa 9500 Stück zählen. Die durchschnittliche Höhe solcher Stücke beträgt 25 Zentimeter.

Aufeinandergestellt ergeben 9500 Stücke die Höhe von 2375 Metern. Man denke sich dann den Berliner Rathhausthurm, dessen Höhe 94,2 Meter beträgt, 25 Mal übereinander gestellt, oder einen Berg 764 Meter höher als der Gipfel der Schneelope im Riesengebirge (1611 Meter über dem Meeresspiegel), etwa dreimal so hoch als der große Feldberg im Taunus, etwa noch einmal so hoch als der Vesuv bei Neapel, der 1297 Meter hoch ist.

Würde man endlich lauter Tuchenden oder Tuchränder in einer Breite von 1 Zentimeter machen, dann hätte man 18 516 330 Meter gleich 18 516 Kilometer, eine Strecke von hier bis Yokohama, eine Fahrt, zu der die Deutsche Dampfschiffahrts-Gesellschaft 61 Tage nötig hat (11 755 Seemeilen).

Geschäftshäuser Baer Sohn

Fabrikation von Herren- und Knaben-Bekleidung

24a Chausseestrasse 24a, 11 Brückenstrasse 11, 16 Gr. Frankfurterstr. 16,

zwischen Invalidenstrasse
und Friedrich Wilhelmstadt. Theater.

Große Kungestrasse
nahe dem Bahnhof Jannowitzbrücke.

Schrägüber
dem Oden-Theater.

Geschäfts-Grundsatz: Alle Preise sind streng fest, sehr billig und in Zahlen an den Waaren ausgezeichnet.

Zu Ostern sehr grosse Vorräthe in fertiger Herren- und Knaben-Bekleidung.

Frischen Maitrank

ausgezeichnet im Geschmack und Aroma, à Fl. Mk. 0,70 inkl., 10 Fl. Mk. 6,50.
Johann Beerwein, weiß und roth, Stachelbeer- und Heidelbeerwein,
anerkannt vorzüglich, à Fl. Mk. 0,85 inkl., 50 Fl. Mk. 35,-.

Eugen Neumann & Co. SW. 68.

Komptoir und Gesamtlager-Kellereien Lindenstr. 16, 3. Hof.
Detailverkauf: Vaden:
Velle-Alliance-Platz 6a, Amt 4, 3679, Neue Friedrichstr. 81, Grüner Weg 56
Cranienstr. 190, Genthinerstr. 29, Kommandantenstr. 67,
Charlottenburg: Kaiser Friedrichstraße 48, Potsdam: Bäderstraße 7.

Berliner Bock-Brauerei Act.-Gesellschaft

Ausschank: Tempelhofer Berg, Fideleinstrasse No. 2-5.



Letzte Woche.
Ausschank Original-Bockbier
Grosser Bock-Jubel.

Freunden und Bekannten hierdurch zur Nachricht, daß ich mein Weiskund- und Bairisch-Bier-Local von O. Koppenstr. 47 nach
N., Voltastr. 43 (Ecke Strelitzerstraße)
verlegt habe. Weiskund wie bekannt - sogar noch besser, wie in der Koppenstr. - hier, u. auswärtige Biere, gr. Frühstücksbier.
N.B. Vereinszimmer für 80-100 Personen zu H. Festlichkeiten, Besammlungen, sowie für Jubiläen etc. steht zur Verfügung.
Wilhelm Lorenz, N., Voltastr. 43, Telephon.
Ecke Strelitzerstraße.

Frühjahrs-Paletots

unvergleichbar an Güte, Billigkeit u. Façon, in tausendfacher Auswahl, von 10, 12, 15, 18, 20, 22, 24 Mk., die hochfeinsten, auch mit Seide gefüttert, 25, 27, 30 Mk.

Jaquet- u. Rockanzüge jetzt nur 12, 15, 18, 20, 22, 24, 27 Mk., Brodteplulare 30, 33, 36 Mk.

Havelocks und Pelerinen-Mäntel
in Loden u. Gewebstoffen, reelle Fabrikate, 8, 10, 12, 15, 18 Mk. Prima.

Goldene 110, Leipzigerstrasse 110

Heute Charfreitag bis 2 Uhr geöffnet.

Monopol-Cheviot!!

Unsere bekannte Specialität solid u. modern bewiesen durch zahllose Empfehlungen, liefern wir in schwarz, blau oder braun 3/4 Meter zum Anzuge für 10 Mark. - Extra prima, 140 Centimeter breit, 3 Met. zum Anzuge 12 Mark, reine Welle, echte Farbe. Muster hiervon und allen anderen Herrenstoffen in überraschend schöner Auswahl zu bekannt niedrigen Preisen franco an Jedermann. Kein Kaufzwang.
Wilkes & Cie., Tuchindustrie, Aachen No. 78.

Cigarren-Wiederverkäufer,

welchen direkte Verbindung mit
hervorragend leistungsfähiger Cigarrenfabrik
ermöglicht ist, belieben ihre Adressen unter Aufsicht „Cigarren“ in der Exp. d. Bl. niederzulegen. Gediegene Fabrikate und nur edlen, rein überseeischen Tabaken von 27 Mk. an.
Grosse Auswahl nur abgelagerter Cigarren.

Uhren- und Goldwaaren-Fabrik und Lager

M. Bock, Uhrmacher und Dranienstr. 181.
Juwelier,
Einzelverkauf zu Fabrikpreisen.
Eigene Reparatur-Werkstatt. Jede Uhr reinigen und reparieren (außer Bruch) kostet bei mir 1,25 Mk. bei 3jähr. Garantie.
Trauringe, 2 Dataten höher, gefestigt gefasst, 20 Mk.
Sortierger dieselb Inveratet gewährt ich 4 pSt. Rabatt. 11622

Schleuniger Räumungs-Ausverkauf.

Die noch vorhandenen Waaren aus der
M. Pinkus & Co.'schen Konkursmasse
Wiltsnackerstraße 48
bestehend in fertiger Herren- und Knaben-Garderobe, Konfirmanden- und schwarzen Herren-Anzügen, modernen Stoffen und Stoffresten zu Anzügen, Paletots und Hosen sollen schnellig geräumt werden. Bestellungen nach Maß werden unter Garantie des Gutes von besonders angeestellten guten Arbeitsträgern angefertigt.
Sämtliche Waaren werden bis zum
Schluß des Ausverkaufs
zu Taxpreisen abgegeben.
Auch Sonntags von 8-10 und 12-2 Uhr geöffnet.

Damenhüte

und Kinderhüte, elegant garnirt und ungarirt, sowie Wäsche und Weißwaaren, empfiehlt in größter Auswahl zu billigsten Preisen 14683

Ch. Fabor, Cranienstr. 201,
zwischen Heinrichsplatz und
Rantensackstraße.

Askari-Cigaretten

sind bisher unübertroffen!
Von allen Kennern bevorzugt.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.

Compl. Wohnungs-Einrichtungen.
Tischlermeister,
Franz Tutzauer, Berlin SW., Blücherstr. 14.

Morzipan- und Konfituren-Fabrik

von **A. Stürmer, Brunnen-Strasse Nr. 27.**
Empfehle dem geehrten Publikum mein reichhaltiges Lager in
Makereiern, Osterhasen
in feiner Ausführung und zu soliden Preisen.

Sonnabend: Restek-Verkauf!
Anzug-, Paletot-, Hosen-Stoffe.
Brenner & Cie.,
Alte Jakobstrasse No. 57-59.

Achtung!

O. J. Engelke, Neue Jakobstraße 26.
echten alten Nordhäuser Bitter Nr. 1, - 1/2 L. Mk. 0,70.
extra alte Waare " 1,40, " 0,70.
Kleinverkauf von 10 Pfg. an.

Trauringe

à Dukaten 10 Mark.
H. Gotthilf, Goldschmiede.
H. Gotthilf, meißner,
Alexandrienerstr. 64.
Ecke Drebbenerstraße, 1217L.

Sophastoffe

auch Reste
in Rips, Damast, Crêpe,
Phantastik, Gobelin und
Blüsch Spottblüsch!
Proben franco!
Lünerstoffs
in allen Qualitäten
zu Fabrikpreisen.
Berlin S.,
Cranienstr.
Nr. 158.

Herrenhüte

in neuesten Formen und Farben
Engl. Haarhüte 4,- M.
Einseitiggehüte 1,- M.
verkauft wieder einzeln in be-
kannt billigen Preisen 11109
Die Fabrik, Grüner Weg 2
1. Etage.

Sophastoff-Reste

zu Bezügen ausreichend,
in Phantastik,
Rips, Damast, Crêpe,
Gobelin, Moquette und
Blüsch, sowie Zartelstaschen
Spottblüsch.
J. Adler,
10559
Leppich-Gang,
Spandauerstr. 30,
vis-à-vis dem Rathhause.
Anfertige Preislisten gratis u. franco.

Herren-Hüte 65 Pf.

Bessere Hüte enorm billig
verkauft aus der Fabrik
im Komptoir
Garni-Strasse 4/5
Kastanien-Allee 101.
Sonntags geöffnet.

Möbel

auf Theilzahlung. Spez. keine u.
mittlere Wohn-Gem.
Kellermann, Neue Jakobstr. 26.

Verfassungen.

In einer gut besuchten Volksversammlung, die am Mittwoch in der Brauerei Friedrichshagen stattfand, hielt Genosse Liebknecht einen Vortrag über Sozialreform. Einen prinzipiellen Gegensatz zwischen Sozialreform und Sozialrevolution — bemerkte der Redner — gebe es nicht. Beide hätten das Ziel: den Kapitalismus zu beseitigen und an dessen Stelle den Sozialismus einzuführen. Was man heute in Deutschland mit der Bezeichnung Sozialreform belege — die Arbeiterschutz- und die Arbeiterversicherungs-Gesetze — sei keine Sozialreform im eigentlichen Sinne des Wortes. Obwohl dieselbe immerhin einen gewissen Fortschritt bedeute, sei sie doch nicht im entferntesten geeignet, den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit aufzuheben und die Ausbeutung der Arbeiter durch den Kapitalismus zu beseitigen. Der Redner begründete diesen Gedanken ausführlich an der Hand unserer sogenannten Sozialgesetzgebung und wies nach, warum eine wirkliche Sozialreform sich im heutigen, vom Kapitalismus beherrschten Staat nicht durchführen lasse. Eine Sozialreform, die dem Kapitalismus nicht zu Leibe geht, sei ein Unding. Die einzige Partei, welche Sozialreform erstrebt, die Sozialdemokratie, habe die Aufgabe, die Opfer des Kapitalismus für sich zu gewinnen, damit sie so stark werde, um auf die Gesetzgebung einen maßgebenden Einfluss zu gewinnen. Bis dahin sei alle Sozialreform nur Schein. Der nahezu 1 1/2 stündige Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Als erster Diskussionsredner trat ein den Berliner Versammlungsbesuchern hinlänglich bekannter freisinniger Konfessionsrat namens B o r n a s auf, ein Mann, der sich seit Jahren nicht nur bei seinen Gegnern, sondern auch in Versammlungen seiner Freunde lächerlich zu machen pflegt. Nachdem er zunächst der Monarchie im allgemeinen und den Hohenzollern im besonderen seine Reverenz gemacht hatte, erregte er die Heiterkeit der Versammlung durch seine mit unfeinwilliger Komik vorgetragenen Selbstereien, welche ans neue bewiesen, daß der Herr es nicht lassen kann, über Dinge zu reden, von denen er nicht das geringste versteht. Hieraus nahm Genosse Liebknecht das Wort zu einer längeren Erwiderung, indem er gegenüber den gegnerischen Entstellungen ein richtiges Bild von den sozialdemokratischen Bestrebungen in großen Zügen entwarf. Nachdem ein junger Mann sich gegen Bornas persönlich gewandt hatte, trat der national-sozialistische Lithograph Tischendörfer auf, um die von seinem Herrn und Meister Naumann schon vor längerer Zeit vorgetragenen Anschauungen zum besten zu geben, welche dahin gehen, daß in den letzten 12 Jahren in Deutschland auf dem Gebiet der Sozialgesetzgebung großes geleistet sei, und daß nur die widerspenstigen sozialdemokratischen Führer, welche die in den kaiserlichen Erlassen verheißene Sozialpolitik nicht unterstützten, Schuld daran wären, daß es mit der Sozialreform nicht weiter gegangen sei. Zum Schluß nahm Genosse Liebknecht nochmals das Wort. Er vertrat gegenüber dem Vorredner den Standpunkt der Sozialdemokratie und legte die Gründe dar, weshalb die Arbeiter mit Recht mißtrauisch sind gegenüber den Verheißungen, die ihnen „von oben“ gemacht wurden. National-sozial sein, das heißt, das heißt man hübsch mit dem Kapitalismus gehe, die Militär- und Marineforderungen bewilligt, und den Arbeitern die kümmerlichen Brocken kleiner, plebsbürgerlicher Reformchen biete. Die Sozialdemokratie gehe weder auf den Keim der Christlich-Sozialen, noch auf den der National-Sozialen; das sei alles „ein und dieselbe Konzeption in Grün“. Redner kam noch auf den Artikel Naumann's zu sprechen, der sein — Liebknecht's — „Ende“ ankündige. „Die Herren mögen sich gedulden. Der Appell an den Chauvinismus verjagt nicht bei den deutschen Arbeitern. Sie haben begriffen, daß nur im internationalen Sozialismus der Sieg ist, und sie lassen sich durch konfuse Charlatane so wenig wie durch berechnende Streber von ihrem Programm und ihrer Taktik abbringen, die sich im geistigen und politischen Kampf so trefflich bewährt haben. Die Arbeiterklasse nimmt jeden in ihre Reihen, der ehrlich mitkämpfen will, aber sie weist jeden zurück, der eine besondere Partei gründen will, und sie weiß, daß sie im Stande ist, alle anderen Klassen und Parteien zu überwinden, und daß sie nur dann stark ist, wenn sie, einzig und geschlossen, auf sich selber allein vertraut.“ Die Versammlung begrüßte auch diese Ausführungen mit lebhaftem Beifall und ging dann mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie aus. —

Ueber die Arbeitslosigkeit in der Steinindustrie debattierte am Donnerstag Vormittag eine nur schwach besuchte öffentliche Steinarbeiter-Versammlung im „Englischen Garten“, in der Mischke das einleitende Referat übernommen hatte. Redner schildert das momentan grassierende Submissionswesen, die mit diesem verbundene Schmutzkonkurrenz, auf Grund welcher die Unternehmer

den übergrößten Theil der Steinarbeiten in und an den Steinbrüchen auf dem platten Lande durch bedeutend billigere Arbeitskräfte verrichten lassen. An der Hand einer lokalen Statistik, an der sich von 550 Steinarbeitern 320 beteiligten, unterbreitet er, daß deren Jazit einen Jahresdurchschnittslohn von 1233,90 M. und eine Zeit der Arbeitslosigkeit von 12 1/2 Wochen pro Jahr ergebe. Jedoch sei das Bild in beiden Theilen ein viel zu rosiges, indem die Nichtorganisirten sich der Enquete fernhielten, die bekanntlich sehr oft unter dem Tarnis arbeiten, des weiteren auch infolge ihrer Leistungen sehr häufig arbeitslos werden. Sei auch die Arbeitslosigkeit nicht auszurufen, so doch in vielen Theilen zu lindern, wenn alle Kollegen ihre Hand hierzu bieten. Genosse Kehler ergänzte in einigen Punkten die Ausführungen des Vorredners, dabei bemerkend, daß die in den Brüchen hergestellte Arbeit nur S h u n d a r b e i t sei, wie der Reichstagsbau dies treffend bewiesen. Die Stadt Berlin, die größte Bauunternehmerin, sei gezwungen, sich auf Grund ihres Submissionswesens für schweres Geld „Schund“ anschmieren zu lassen, indem vor allem die Rechnung des Unternehmers, alsdann die weiteren Faktoren in Betracht kämen. Sollte er (Kehler) jedoch den Arbeitslosen einen momentanen Rath geben, so heiße der: Reißet ab! Beweis sei bei den kommunalen Behörden zu verlangen, alle Steinarbeiten für kommunale Bauten in Berlin fertigzustellen zu lassen, ein augenblicklicher Erfolg sei jedoch ausgeschlossen. Nachdem ein weiterer Redner darauf hingewiesen, daß die in der Provinz angefertigte Arbeit keineswegs minderwertig sei, nimmt die Versammlung eine Resolution an, in der sie gegen das Submissionswesen und die damit verbundene Schmutzkonkurrenz energisch protestirt und erklärt, daß diese Uebel allein auf die Theilnahmslosigkeit der Arbeiter an ihrer Organisation zurückzuführen sind; weiter verpflichten sich die Anwesenden, mit allen Kräften für Stärkung der Organisation Sorge zu tragen, um somit der Arbeitslosigkeit in etwas zu steuern. Schließlich wird eine dreigliedrige Kommission gewählt, deren Aufgabe ist, bei den kommunalen Behörden behufs Abstellung der ausschlaggebenden Mängel vorstellig zu werden. Unter „Beseitigung“ werden eine Reihe Fälle unterbreitet, welche von der Arbeitslosigkeit der Steinarbeiter herbedeutet Zeugnis ablegen.

Der Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands hielt am Donnerstag, den 8. d. M., seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab, in welcher Genosse Wagner über das Thema: „Volksbildung und Klassenbewußtsein“ referirte. Der Kassierbericht mußte bis zur nächsten Versammlung vertagt werden. Beschllossen wurde, daß jedes Mitglied, das am 1. Mai arbeiten muß, eine Markante von 25 Pf. zu entnehmen habe. Desgleichen soll in Zukunft jeden Monat 10 Pf. Extrastener erhoben werden. In Charlottenburg soll demnächst eine Agitations-Versammlung abgehalten werden.

Der Fachverein der Stellmacher hielt am 11. April, Rosenhalestraße 57 seine Generalversammlung ab. Nach dem Bericht des Kassiers, Kollegen Neumann, stand einer Einnahme von 579,96 M. eine Ausgabe von 145,62 M. gegenüber; mithin blieb am Schlusse des 1. Quartals 1897 ein Bestand von 234,34 M. Dem Kassier wurde Decharge erteilt. Darauf wurde das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Heider durch Erheben von den Sihen gelehrt. Nach dem Bericht des Kollegen Köhne wurden in den Vorstand gewählt: Köhne als erster, Josefsta als zweiter Vorsitzender, Kronagel und Bornsdorf zu Kassieren, Weyer und Krepka zu Schriftführern, Rindler, Fischer und Neumann zu Revisoren. Darauf wurde noch einstimmig der Antrag angenommen, vom 1. Mai bis 1. Oktober eine Extrastener von 20 Pf. pro Monat zu erheben. — Am zweiten Osterfeiertag wird Alexanderstr. 27 ein Vergnügen, verbunden mit Vortrag des Herrn Dr. Meyl über Volksernährung, stattfinden. Nachdem noch bekannt gegeben, daß der Arbeitsnachweis nach wie vor im Lokal zum Wagenbauer, Eisasserstraße 9, stattfindet, folgte Schluß der Versammlung.

Die Rabitzpauer beschloßen in ihrer Versammlung vom 14. April gegen zwei Stimmen, sich unter der Voraussetzung, daß sie eine besondere Abtheilung (eigene Zahlstelle) bilden, sich dem Zentralverband der Maurer anzuschließen. In den provisorischen Vorstand wurden gewählt zum ersten Bevollmächtigten Niele, zum Kassier Müller und zum Schriftführer Sasse. Zu der am zweiten und dritten Oster-Feiertag in Berlin, Grenadierstraße 33, stattfindenden Konferenz für die Provinz Brandenburg delegirte man König. Zum Schlußpunkt wurde berichtet, daß die Rabitzpauer an vielen Stellen ebenfalls schon die neunstündige Arbeitszeit haben. Ihnen wurde vorgeschlagen, die Bauten nach Arbeitszeit und Lohn kontrolliren zu lassen, damit ihnen zu geeigneter Zeit Material zur Verfügung stehe. Die Nothwendigkeit einer Lohnbewegung liege vor, wäre jedoch bei dem

Stand der Organisation noch nicht möglich; es gelte vorerst mit allem Eifer für die Organisation zu agitiren. Auf Vorschlag wurde mitgetheilt, daß der Beitrag 20 Pf. betragen würde, wofür der „Grundstein“ gratis geliefert werde; ebenfalls müßten zur Ansammlung eines Fonds für nothwendig werdende örtliche Ausgaben 25 Pf. erhoben werden. Den bereits bei anderen Zahlstellen eingetragenen wurde erklärt, daß deren Bücher Gültigkeit behielten und nur die Zahlstellennummer umgeändert werde. Zur Aufnahme in die neuzugründende Organisation hatten sich mittlerweile 40-50 Personen in die zirkulirenden Listen eingetragen.

In Friedrichshagen tagte am 8. April eine öffentliche Maurer-Versammlung, in welcher Kollege N a b e -Berlin einen Vortrag zur „Hebung unserer wirtschaftlichen Lage“ hielt. Unter Verschiedenem wurde ein Versammlungsbericht des „Vorwärts“ betreffs des Hadersdorfer Maurerstreiks verlesen, wonach Friedrichshagener organisirte Kollegen in Hadersdorf als Streikbrecher gearbeitet hätten. Eine vorläufige Untersuchung ergab, daß einige M. Schönebecker Kollegen, welche allerdings der Zahlstelle Friedrichshagen angehören, sich dieses Vergehens schuldig gemacht haben. Die örtliche Verwaltung wird das weitere veranlassen. Andererseits wurde in der Versammlung auch festgestellt, daß dieser Fall von seiten der lokal organisirten Kollegen sehr aufgefaßt wäre. Bedauert wurde ferner, daß die Streikkommission von Hadersdorf es nicht der Mühe werth hielt, dieses hierher zu berichten.

Friedrichshagen. In einer Gemeindevähler-Versammlung für alle drei Klassen, die am Sonnabend, den 10. April, im Felseller tagte, erstattete unser Vertreter Genosse S o n n e n b u r g Bericht über seine Thätigkeit als Gemeindevorordneter. Von der gesammten Gemeindevorstellung, die hierzu besonders eingeladen war, längsten alle mit ihrer Abwesenheit. Genosse S o n n e n b u r g erstattete in längerer Ausführungen Bericht über das verlossene Jahr, welches den Steuerzahlern besonders durch den beschlossenen Kirchenbau verschiedene Hunderttausend Mark ausbürdet. Redner führte seinen schon in der Gemeindevorstellung geltendgemachten Standpunkt in allen anderen Fragen unter Zustimmung der Versammlung an, auch sprachen sich die Diskussionsredner in seinem Sinne aus, nur einer, der wohl nicht recht wußte, was er will, ein gewisser Herr G u r r, erging sich in konfusem Redensarten, er wurde jedoch vom Referenten wie auch von den Diskussionsrednern gründlich abgefertigt. Zum Schluß wurde eine Resolution, in der sich die Versammlung mit der Haltung des Genossen S o n n e n b u r g als Gemeindevorretter einverstanden erklärt, einstimmig angenommen mit der Versicherung, bei der nächstjährigen Gemeindevahl noch ein paar Sozialdemokraten in die Gemeindevorstellung zu wählen.

Nixdorf. Die Zimmerer beschäftigten sich am Sonntag in ihrer öffentlichen Versammlung mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen am Orte. Fischer-Berlin referirte über das Ergebniß der letzten statistischen Aufnahmen. Von den in Nixdorf wohnenden Arbeitgebern zahlen 14 neben der neunstündigen Arbeitszeit 55 Pf. Minimallohn, 9 Arbeitgeber zahlen Klassenlohn und bei zwei Arbeitgebern wird zehn Stunden gearbeitet. Die Zahl der im ganzen beschäftigten Zimmerer betrage 153. Die Zahl beweise, daß immer noch eine große Arbeitslosigkeit vorhanden sei. Weyer-Nixdorf verbreitete sich eingehend über die Zustände auf denjenigen Arbeitsstellen, wo Klassenlöhne gezahlt werden und stellt fest, daß dort nur immer wenige Zimmerleute beschäftigt sind, jedoch liege die Schuld nur an den betreffenden Arbeitern selbst. Da in der Versammlung auch einige dieser Kameraden anwesend waren, entspann sich eine lebhaft Debatte, so daß die andere Punkte der Tagesordnung zurückgestellt werden mußten.

Arbeiterbildungsschule. Am Sonntag, den 25. April ab. ist die Bibliothek in der Nordstraße, Brunnenstr. 25, für die Mitglieder an folgenden Tagen geöffnet: Sonntag, vormittags von 10-12, Dienstag und Freitag, abends 8-10 Uhr. Mitgliedsbeiträge werden an diesen Tagen in der Nordstraße entgegengenommen, ebenso in folgenden Zahlstellen: Goltz, Schulstr. 40a; Schöning, Köpenickerstr. 65; Reaf, Gartenstr. 45; Bahle, Rosenhalestr. 57; Gietner, Müllerstr. 7a; Burghaus, GutsMuthstr. 22; Blankenfeld, Stephanstr. 29; Werner, Mühlentstr. 69; Grube, Marienburgerstr. 8; Kehler, Jungferstr. 1; G. König, Diefenbachstr. 30.

Alle Zuschriften sind an den Vorstehenden Paul Müller jr., 50, Mantelstr. 119, Weidenbungen an den Kassier G. König 8, S. Diefenbachstr. 30 zu senden.

Die Lesesäle der Arbeiter-Bildungsschule, Brunnenstr. 25, im wochentags von 6-9 Uhr, Sonntag von 4-9 Uhr, unentgeltlich für jedermann geöffnet; die Geschäftsstelle der Schule N., Brunnenstr. 25, die den Vereinskassen zur Vermittelung von Vorträgen wissenschaftlichen Charakters zur Verfügung steht, ist ebenfalls von 6-9 Uhr nachmittags geöffnet.

Arbeiter-Jüngerbund Berlin und Umgebung. Vorstehender: W. Neumann, Volkswalderstr. 2. Alle Vorendungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich K o r t u n n, Mantelstr. 45, v. 2 Tr.

Stund der geselligen Arbeitervereins Berlin und Umgebung. Alle Zuschriften, den Bund betreffend, sind zu richten an G. S e n d l i t z, Alexanderstr. 100.

Allgemeines Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter, Billale Berlin a. S. Sonnabend, den 17. April, abends 8 1/2 Uhr, Mantelstr. 45: Mitglieder-Versammlung.

Wochentags bis 10 Uhr abends geöffnet.

Jacques Raphaëli

Garantirt beste Haltbarkeit durch gedruckte Garantiescheine. **Schuhwaaren.** Eleganteste Passform.

Für Herren.		Für Damen.		Für Knaben u. Mädchen.	
Segeltuch-Schnürschuhe* mit Absatz, Lederbesatz	M. 3,10	Tastingschuhe* mit Absatz	M. 1,30	Segeltuch-Turnschuhe* mit Gummizug bis 18 cm innere Länge	M. 1,75
Tastingschuhe* mit Absatz	M. 3,75	Segeltuch-Schnürschuhe* mit Lederbesatz	M. 2,60	bis 22 cm	M. 2,00, bis 26 cm
Kindleder-Zugstiefel	M. 3,90	Strand-Schnürschuhe echt Ziegenleder	M. 3,65	bis 30 cm	M. 2,40, bis 36 cm
Kohleder-Zugstiefel	M. 4,75	Kohleder-Knopfstiefel	M. 4,50	M. 2,75.	
Kohleder-Halbschuhe zum Schnüren oder Gummizug	M. 4,50	Kohleder-Zugstiefel	M. 3,40	Segeltuch-Schnürschuhe* mit Lederbesatz, Absatz bis 18 cm	M. 1,80
Spiegelkohleder-Zugstiefel	M. 7,25	Kohleder-Zugstiefel Hand genäht	M. 5,75	bis 22 cm	M. 2,10.
				Kohleder Zug- u. Schnürschuhe bis 18 cm innere Länge	M. 2,50
				bis 22 cm	M. 3,25.
				Kohleder-Knopf- u. Schnürstiefel innere Länge	M. 3
				bis 22 cm	M. 4,00.
				Knaben-Schnürstiefel Kohleder einbändig bis 25 cm innere Länge	M. 5,25.

Die mit * bezeichneten Artikel sind ausnahmsweise theils mit Faktiszuthaten in der Einlage hergestellt.

Hente Freitag sind meine Geschäfte von 1/2 8 bis 10 Uhr und von 12-2 Uhr geöffnet.

Wochentags bis 10 Uhr abends geöffnet.

